Antifaschistisches
INFO BLATT
22
Mai/Juni 1993 4,- DM

Asylgesetze - Grenzen dicht für alle

Freiwillige Polizeireserve - Nazis in Uniform

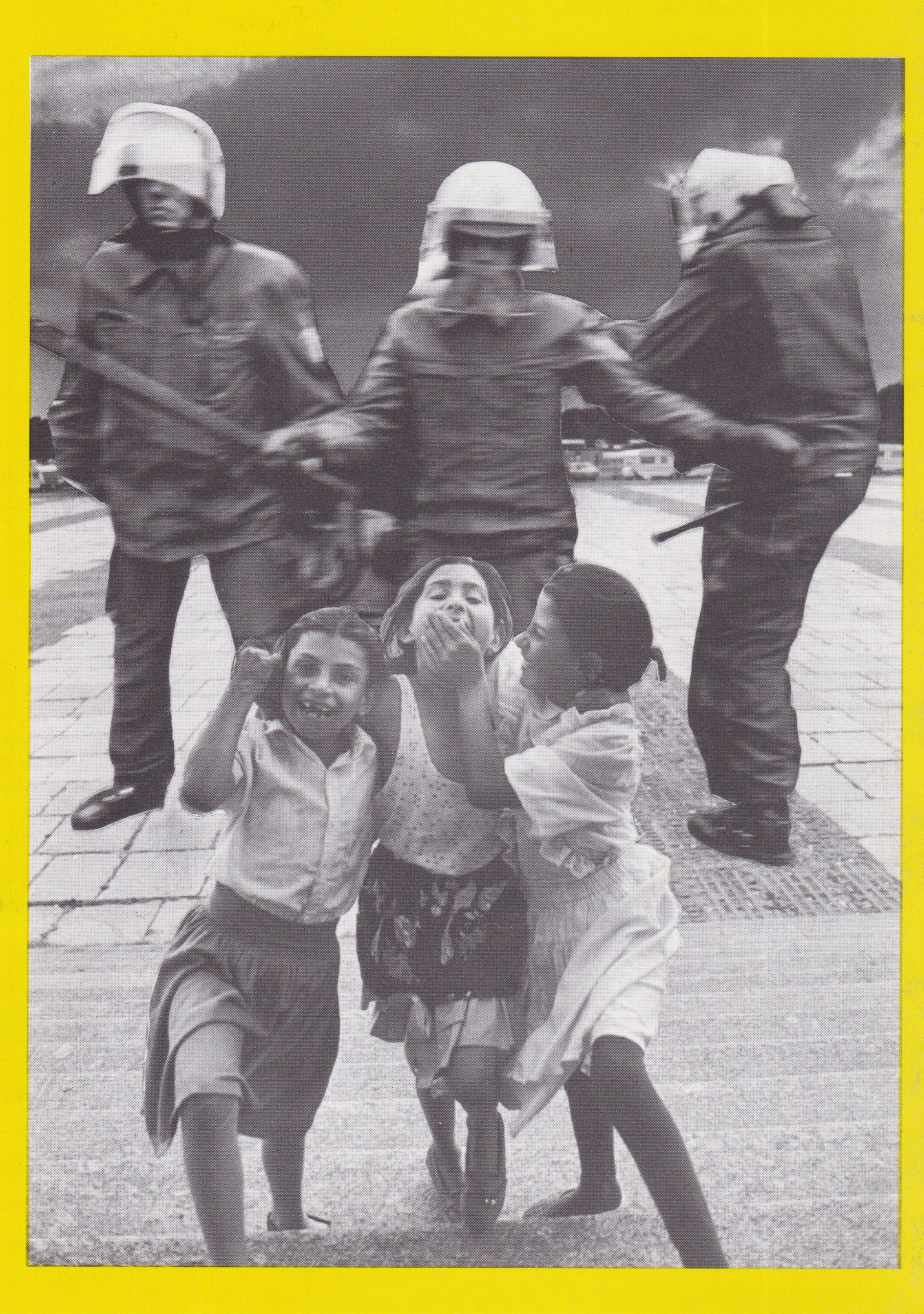
GdNF intern

Deutsche Liga für Volk und Heimat

Die Nationalen

Frauen in der Naziskinszene

Wahlen in Frankreich





Antifaschistisches Infoblatt

Nr. 22, Mai/Juni 1993
V.i.S.d.P. und Kontaktadresse
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
W-1000 Berlin 61 (neu: 10961)

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Aus dem Inhalt

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen!

Als erstes möchten wir uns ganz herzlich bei der Autonomen Antifa Speyer und dem Schwarzen Loch Speyer bedanken, die für das Antifa-Info ein Solikonzert veranstaltet haben. Besonderen Dank auch an die Bands »Kalte Zeiten« und »Six Feet Underground«, die auf sämtliches Geld verzichtet haben. Ein weiteres Dankeschön geht an die Stiftung »Umverteilen«-Berlin, die uns bei der Anschaffung technischer Geräte unterstützt hat. Das Antifa-Info bleibt eine nichtkommerzielle Zeitung von Antifas für Antifas und verzichtet weiterhin auf bezahlte Werbeanzeigen, um unabhängig zu bleiben.

Die Postgebühren haben sich für uns auf das Doppelte pro Ausgabe erhöht. Wir versuchen, den Preis von 4,- DM so lange wie möglich zu halten, sind aber dabei vorerst auf weitere Unterstützung angewiesen. Die Verteuerungen der Post werden aber auch nicht dazu führen, daß bei uns alle Briefe ankommen. So ist in letzter Zeit immer mehr Post an und von uns spurlos verschwunden oder ist ohne Grund zurück an den Absender gegangen. Es kam schon zu wütenden Beschwerden, doch in diesem Fall trifft uns keine Schuld, die Briefe kommen einfach nicht an. Damit Euch und uns kein Geld verloren geht überweist uns bitte zukünftig alle Beträge. Dazu ist in diesem Heft die Kontonummer veröffentlicht. Bei allen Überweisungen bitte den Verwendungszweck und den Absender nicht vergessen!!! Wir konnten von den letzten Überweisungen jede Menge nicht zuordnen, da der Absender des Geldes nicht mit der Lieferadresse übereinstimmte. Wundert Euch bitte nicht, wenn Ihr deswegen Mahnungen bekommt, obwohl Ihr (mit falscher Absenderangabe) bereits überwiesen habt. Sollte das bei Euch zutreffen, dann sagt uns das bitte, schreibt auf, wann Ihr überwiesen habt, wieviel, welcher Absender oder schickt uns eine Kopie der Einzahlungsquittung.

Außerdem führt die Post am 1. Juli auch noch neue Postleitzahlen ein. Damit wir nicht bei jeder Person den zentner-schweren Katalog wälzen müssen bitten wir Euch, uns Eure neue PLZ möglichst schnell mitzuteilen. Ihr könnt sie telefonisch unter der kostenlosen Service-Nummer 0130/55555 erfragen.

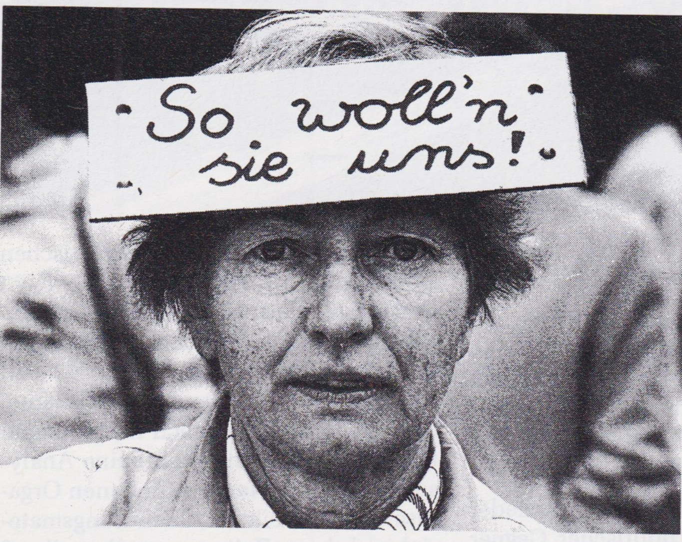
Vielen Dank auch an die zunehmende Zahl von LeserInnen des Infos, die uns durch die Zusendung von Material, Flugblättern oder Leserbriefen unterstützen.

Für die Ausgabe Nr. 23 des Infos bereiten wir eine Organisierungsdebatte der Antifa vor und hoffen auf Zuschriften von Euch. Leider mußten wir den angekündigten Artikel über die Unterdrückung behinderter Menschen im Dritten Reich auf die nächste Ausgabe verschieben.

Eure Info-Redaktion

Die Demontage der »BRD-Demokratie« und des »Sozialstaates« hat begonnen

Trotz des anhaltenden Terrors der Nazis und der Kriminalisierung durch den deutschen Staatsapparat nehmen antifaschistische Aktivitäten zu. An vielen Orten haben sich neue Gruppen gebildet, die den Nazis entgegentreten. Die Nazis reagieren darauf verstärkt mit gezielten Angriffen und versuchen AntifaschistInnen zu bedrohen, einzuschüchtern und zu ermorden. Der aktive 23-jährige Antifaschist Olaf aus Suhl wurde in seiner Wohnung erhängt aufgefunden, nachdem er vorher schon Morddrohungen von Nazis erhalten hatte. Der ebenfalls 23-jährige Mario Jödecke (Gamasche) wurde bei einer Prügelei zwischen rechten Heavy-Metals und Punkern erstochen.



Auch die Mordwelle gegen ImmigrantInnen hält an. Als Beispiel sei hier der Tod eines 56-jährigen türkischen Immigranten, der von zwei Nazis, darunter ein REP-Mitglied mit einer an die Schläfe angesetzten Gaspistole bedroht wurde und an Herzversagen starb. In vielen Fällen wird der Terror der Nazis durch die Ermittlugsbehörden gedeckt, die Verfahren frühzeitig eingestellt und von den Pressestellen verharmlost. Hier ein Beispiel, stellvertretend für viele: ein Anfang 20-jähriger aus Quedlinburg wurde wegen Werfens eines Molotowcocktails auf ein vollbesetztes Flüchtlingsheim nicht etwa wegen versuchten Mordes verurteilt, sondern wegen gefährlicher Brandstiftung zu einer Strafe von zwei Jahren auf Bewährung. Wird gegenüber Nazi-Jugendlichen, die Brandsätze gegen Flüchtlingsheime und Wohnungen werfen argumentiert, daß eine Untersuchungshaft ihre soziale Bindungen gefährden kann, wird bei linken Jugendlichen ein anderer Maßstab angelegt. In Berlin wurden drei Olympiagegner im Alter von 18 bis 21 Jahren wegen Sachbeschädigung einer Bank für zwei Wochen in U-Haft genommen, um sie zu zwei Wochen Jugendarrest in zwei Fällen und 150.– DM in einem Fall zu verurteilen. Oder der Mainzer Antifaschist Gunther, der seit vier Monaten in U-Haft sitzt, weil er vier Stunden nach einer Antifa-Aktion gegen ein Nazi-Treffen in die Fänge einer Polizeistreife geraten ist.

Die Diskussionen wie ein besserer und lebendiger Widerstand aussehen soll ziehen mittlerweile breitere Kreise und ermöglichen neue Formen der Zusammenarbeit. Gemeint ist eine Zusammenarbeit der Menschen aus verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen, die die Gefahr des vom Staat und den Nazis betriebenen Rechtsruckes erkannt haben und realistisch einschätzen. Von Menschen, die wissen, daß Eigeninitiative gefragt ist und man sich auf die deutschen Behörden und die »demokratischen Parteien« nicht verlassen kann. Zugegeben sind das alles positive Entwicklungen, die sich eher im Kleinen abspielen und nicht spektakulär das Kräfteverhältnis kurzfristig ändern können. Das vermochte auch die massenhafte Mobilisierung der Lichterketten nicht.

Deutsche Ermittlungsbehörden decken Neonazi-Organisationen: Der Generalbundesanwalt

Die Mobilisierung der Empörung konnte das Innenministerium nicht dazu bewegen konsequent gegen die Nazi-Organisationen vorzugehen. Die Verbote von NATIONALISTISCHER FRONT (NF), der DEUTSCHEN ALTERNATIVE (DA) und der NATIONALEN OFFENSIVE (NO) sind zwar in erstes Instanz vom Berliner Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden, doch ihre Wirkung ist bescheiden. Konsequent wird der Charakter dieser Organisationen verharmlost und die dahinter stehenden Kaderstrukturen, die das eigentliche Gerüst darstellen, ausgeblendet. Auch nach Rostock ist die Existenz der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) insbesondere für die Herren vom Bundesverfassungsschutz und den Generalbundesanwalt VON STAHL kein wirkliches Thema. Und das trotz der Tatsache, daß die GdNF die gleichen Strukturen hat, wie ihre 1983 verbotene Vorläuferorganisation ANS/NA und heute alle Kriterien erfüllt um vom Generalbundesanwalt gesondert behandelt zu werden: Sie ist eine Oganisation, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet ist, die über die Grenzen der BRD hinaus arbeitet, die terroristische Ausbildung betreibt, z.B. bei der faschistischen Miliz HOS in Kroatien, die eine eigene SA aufgestellt hat, die ihre Übungen sogar im Fernsehen präsentiert usw.

Von sieben Verfahren, die der Generalbundesanwalt übernommen hatte,



blieben ihm nur die Ermittlungen gegen die Gruppe um MICHAEL PETERS, die unter anderem für den Mord an drei türkischen Frauen in Mölln verantwortlich ist.

● Abgeben mußte von Stahl das Verfahren gegen die Thüringer Nazis um THOMAS DIENEL, die oben genannte SA-Übung im Spiegel TV vorführten. Es sei eine Show gewesen, die für das Kamerateam organisiert worden sei.

● Das Verfahren gegen die 1. WERWOLF JAGDEINHEIT SENFTENBERG wurde von Stahl von den Thüringer Behörden aus der Hand genommen, da diese nicht die Kriterien einer terroristischen Vereinigung erfülle. Die Terrortruppe sei nur von dem Willen einer Person abhängig gewesen. Zur Erinnerung: Zur Last werden dieser Gruppe ein kaltblütiger Raubmord an einem 27-jährigen Familienvater, den die Nazis erst hinrichteten um danach sein Auto und die Leiche zu verbrennen. Gefunden wurde bei der Gruppe ein Waffenarsenal mit ca. 200 Handgranaten, drei Maschinenpistolen sowie weitere militärische Ausrüstungsgegenstände, die in Erddepots gelagert wurden. Die Anwendung dieser Mordinstrumente wurden in regelmäßigen »Wehrsportübungen« erprobt.

● Außerdem ist das Verfahren gegen den KU KLUX KLAN (KKK) in Deutschland eingestellt worden, da es sich bei den Aktivitäten des KKK nur um eine kulthafte Verbrennung von Holzkreuzen handele.

● Die Verfahren gegen Mitglieder der NF, die Listen politischer Gegner angelegt hatten und bei denen Gewehre, Munition und Anleitungen zum Terror gefunden worden waren, sind natürlich wegen der untergeordneten Bedeutung ebenfalls abgegeben worden.

Hier wird deutlich, daß sich die Bundesanwaltschaft nur bewegt, um dem Ausland vorzuführen, daß die deutsche Justiz auf dem rechten Auge nicht vollständig blind ist. Die Gruppe von Mölln hatte sicher einen geringeren Organisationsgrad als die NF, die Wehrwolf Jagdeinheit, der KKK oder die GdNF.

Der Verfassungsschutz

Auch der Bundesverfassungsschutzchef WERTEBACH zeichnet sich durch Verharmlosung und Nazi-Kumpanei aus. Wie anders ist das Beharren auf der vom Kölner Bundesamt ermittelten Zahl von 2.078 rechtsextremistischen Anschlägen bis Anfang Dezember '92 gegenüber rund 4.500 ermittelten Anschlägen durch das Bundeskriminalamt bis Ende Dezember '92 zu erklären? Wie anders ist zu erklären, daß das Bundesamt noch nicht einmal in der Lage zu sein scheint eine Analyse von bei den Nazis gefundenen Organisationshandbücher, Schulungsmaterial und deren Zeitungen zu betreiben? Über den Charakter dieser Organisationen wird darüber einiges deutlicher als durch die Verfassungsschutzberichte.

Bis vor Kurzem wußte der brandenburgische Verfassungschef WOLFGANG PFAFF noch nichts über die seit drei Jahren stattfindenen Wehrsportübungen im Lande. Erst als deren Existenz nicht mehr zu verschweigen gewesen war wurde öffentlich erklärt, daß dem VS »neue« Erkenntnisse über Wehrsportübungen vorlägen.

Der Staatsapparat bewegt sich gegen Rechts nur auf Grund von Druck und versucht dabei den Schaden für die Nazi- Organisationen möglichst gering zu halten. Als "Bauernopfer" kann die Razzia gegen Nazi-Musikgruppen Anfang Februar 93 gewertet werden. Das verspricht aufgrund der eindeutig nazistischen Texte Popularität und erweckt

den Anschein von Aktivität für das In- und Ausland.

Das BKA

Daß es bei der Bestimmung des Kurses der Sicherheitsbehörden Unterschiede gibt, wird aus den Einschätzungen des BKA deutlich. Sie scheint die einzige Behörde zu sein, die die Gefahr der Nazi- Organisationen bedrohlicher einschätzt, doch deren Ermittlungsarbeit wird anscheinend vom Bundesinnenministerium und dem VS mehr oder weniger sabotiert. Während die Ermittlungsbehörden dabei waren verstärkt Material gegen die Nazi-Organisationen zu sammeln, platzten die Verbote von RUDOLF SEITERS mitten in deren Arbeit und waren eben nur der Profilierung Seiters zu Nutze. Selbstverständlich sehen wir im BKA keinen antifaschistischen Verbündeten auch wenn es die einzige Behörde war, die ausgesprochen hat, daß die Deportation der Flüchtlinge aus Hoyerswerda und die Asyldebatte Gründe für eine faschistische Mobilisierung dieses Ausmaßes waren.

Auch die Nachfolgepartei der NF, die SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT (SrA), scheint kein Thema bei den Herren zu sein. obwohl sie mit den gleichen Methoden, der gleichen Zielrichtung und fast identischen KaderInnen weiterarbeiten. Unterdessen verstärken sich die Sammlungstendenzen der Nazigruppen, die vor allem auf der regionalen Ebene eng zusammenarbeiten und mit gemeinsamen Listen zur Wahl antreten. Da die eigentlichen Strukturen der DrahtzieherInnen nicht von der Repression betroffen ist, macht es für die Kader auch keine Probleme sich woanders weiter zu organisieren und die Verbote positiv zu betrachten: Die Zersplitterung der Nazis wird durch die Verbote nicht gefördert, sondern im Gegenteil, es wächst die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Die rassistische Hatz geht weiter

Daß der Einfluß der Nazi-Ideologie beständig wächst machen nicht zuletzt die hessischen Kommunalwahlen deutlich, bei denen die Nazis rund 15% der Stimmen erhielten. Die Bundesregierung spielt mit ihrer Propaganda weiter die rassistische Karte. Die Kampagne des Bundesarbeitsministers NORBERT BLÜM gegen Schwarzarbeit trägt hauptsächlich eine rassistische Komponente, da gerade die SchwarzarbeiterInnen anderer Nationalität im Mittelpunkt der Hetzpropaganda stehen. Sie werden quasi zu »Volksschädlingen« abgestempelt, was die vielen Deutschen, die ihren Lohn durch Schwarzarbeit aufbessern, auch einigermaßen wieder beruhigen könnte. Anstatt die kriminellen Machenschaften der Sklavenhändler (Zeitarbeitsfirmen) und der Baubranche in den Mittelpunkt zu stellen, werden den FernsehzuschauerInnen die PolInnen, RumänInnen usw. als TäterInnen präsentiert.

Die Unternehmerverbände blasen zum Angriff auf die Gewerkschaften

Während wir mit der technischen Erstellung der neuen Ausgabe begonnen haben, finden in der Metallindustrie Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens sowie in der ostdeutschen Staahlindustrie die Streik-Urabstimmungen statt. Wir können also zum Ergebnis und zum Verlauf der Auseinandersetzung nicht Stellung nehmen. Dennoch wollen wir auf die aktuelle Tarifbewegung wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung hinweisen, geht es doch diesmal nicht nur um ein paar Prozent mehr Lohn oder die Länge der Arbeitszeit. Das Unternehmerlager versucht mit der Kündigung bestehender Verträge und mit ihrer Forderung nach Öffnungsklauseln zentrale Bestandteile der bisherigen Tarif- und Sozialpolitik außer Kraft zu setzen. Es ist das erste Mal seit 1928, daß sich das deutsche Kapital nicht mehr an bestehende Verträge gebunden fühlt und sie aufkündigt.

Der Aufstieg des Faschismus in Deutschland vor 1933 hatte zur Voraussetzung:

- die Weltwirtschaftskrise, die die gesamte kapitalistische Welt erfaßt hatte,
- die Unterordnung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, ihr schrittweises Zurückweichen vor den

Angriffen der Unternehmer und der Reaktion,

- die Unfähigkeit der revolutionären Kräfte in Deutschland, vor allem der KPD, größere Teile der Arbeiterschaft vom Reformismus zu lösen und sie um praktische Alternativen und Aufgabenm zu sammeln.

Auch wenn wir heute von anderen Ausgangsbedingungen ausgehen müssen, die Geschichte sich so nicht wiederholen wird, der Ausgang der Auseinandersetzung inm der ostdeutschen Metallindustrie wird auch entscheidenen Einfluß auf die weitere politische Entwicklung haben. Reaktionäre und faschistische Strömungen werden noch stärker begünstigt, sollten sich die Unternehmer ohne größere Gegenwehr durchsetzen können. Wir werden versuchen in der nächsten Ausgabe ausführlicher auf den Tarifkampf einzugehen. Wer sich schon jetzt damit befassen will, dem schicken wir gegen DM 1,– plus Rückporto einen Artikel aus der Zeitschrift »Arbeiterpolitik« zu.

Korrupt und Verlogen

Die Herrschaften haben auch allen Grund von sich selbst und ihrer Lobby abzulenken, da ihre Korruptheit und Unfähigkeit offensichtlich wird. Ob Minister Krauses Putzfrau oder Streibls AMIGO-Affäre, der Barschel- Sumpf um BJÖRN ENGHOLM oder, oder..., die Parteienverdrossenheit wächst und ist keineswegs einfach mit einer behaupteten Politikverdrossenheit gleichzusetzen. Die herrschenden Parteien verwandeln, daß einst von ihnen so gepriesene Grundgesetz in einen Schweizer Käse (wir wollen hier ausdrücklichst nicht den Schweizer Käse beleidigen), schrittweise wird die Kriegsbeteiligung der Bundeswehr herbeigeführt, da ist den Herren jeder Anlaß, ob Somalia oder Bosnien-Herzegowina recht; das Asylrecht wurde zur Karikatur gemacht.

Antidemokratische Züge prägen das innenpolitische Bild der BRD und heute zeigt sich auch warum die Inszenierung von Rostock und Hoyerswerda »nötig« waren: Der soziale Sprengstoff wurde erfolgreich auf das Feindbild der AsylbewerberInnen abgewälzt und der soziale Angriff trifft viele Belegschaften und die vielen Arbeitslosen unvorbereitet. Von dem Erfolg oder Mißerfolg der Kämpfe gegen Betriebsstillegungen, Schließung von Projekten, Massenentlassungen und Kündigung der Tarifverträge wird es maßgeblich abhängen, wie sich die innenpolitische Situation der BRD weiterentwickeln wird.

Wird das Diktat der herrschenden Klasse nach einigen gewerkschaftlichen Winkelzügen angenommen, wird sich Resignation und Frust breitmachen, die Leute werden vereinzelt und suchen sich womöglich den nächst Schwächeren und gehen der rassistischen Propaganda auf den Leim. Im Osten Deutschlands sind ganze Regionen verödet. Es wächst die Unzufriedenheit und die Wut auf die herrschenden Parteien über den Ausverkauf des Landes. Das vorgegebene Muster wie sich der Deutsche Beachtung verschaffen kann, um »Gehör zu finden« ist nicht zuletzt in Hoyerswerda und Rostock vorexerziert worden. Entwickeln sich zumindest in einigen Regionen eigenständige Kämpfe, besteht die Chance auf eine Weiterentwickling von sozialen Kämpfen, die bitter nötig sind um sich nicht vereinzelt durchschlagen und an jede Bedingung anpassen zu müssen. Es wird entscheidend sein, ob das soziale Klima hauptsächlich von Konkurrenz oder von Solidarität geprägt ist – entscheidend für die Entwicklung der Gewalt in der Gesellschaft, für die Rechte von "Minderheiten" und für die Entwicklung des Herrschaftsystems in Deutschland: Bürgerliche Demokratie, Diktatur nach den Notstandsgesetzen oder Faschismus!

Das Antifa-Info im Abonnement

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonement zu beziehen. Das geht folgendermaßen: Ihr schreibt uns, ab welcher Ausgabe Ihr das Info beziehen wollt und an welche Adresse die Hefte gehen sollen. Dazu könnt Ihr den Bestellvordruck auf der Rückseite verwenden. Wenn Ihr die entsprechende Knete oder einen Scheck gleich mit in den Briefumschlag steckt, kann eigentlich nichts mehr schiefgehen. Ist Euch das zu unsicher, dann überweist das Geld auf unser Konto. Bei allen Überweisungen ist es wichtig, daß Ihr eindeutig draufschreibt, von wem das Geld kommt und wohin die Infos geschickt werden sollen. Wir schicken nur Abos raus, wenn sie bezahlt sind – also Cash in Voraus.

Ein Einzelabo umfaßt fünf Ausgaben und kostet 30,– DM. Das Abo verlängert sich nicht automatisch, mit der letzten Nummer erhaltet Ihr einen Hinweis, daß das Abo abgelaufen ist. Über Förderabos für 40,– DM oder mehr freuen wir uns riesig. Ihr unterstützt damit die Antifa-Arbeit und das Erscheinen des Infos.

Alle bereits erschienenen Infos könnt Ihr natürlich auch nachbestellen. Ausgegangene Ausgaben sind kopiert und entsprechend teurer. Die Preise entnehmt bitte der nebenstehenden Liste (alte Preislisten sind ungültig), es kommt dann immer noch der entsprechende Portobetrag hinzu. Auch hier gilt, daß wir nur bereits bezahlte Sachen verschicken.

Menschen, die unser Info weiterverkaufen, bekommen es billiger. Meldet Euch bei uns und sagt, wieviel Infos Ihr haben wollt, wir teilen Euch dann die genauen Versandbedingungen mit.

Bereits erschienene Infos, ein Inhaltsverzeichnis der Nummern 0 bis 20 ist gegen Rückporto erhältlich.

Portokosten:
3,– DM bis 5 Stück, 5,– DM ab 6 Stück

INFO 0,	87,		1,00 DM
INFO 1,	87,	Kopie,	6,00 DM
INFO 2,	Dezember 87,		2,00 DM
Sondernr.,	Mai 88		2,00 DM
INFO 3,	März 88,		2,00 DM
INFO 4,	88,	Kopie,	7,50 DM
INFO 5,	Nov./Dez. 88,	Kopie,	6,00 DM
INFO 6/7,	Feb./März 89,	Kopie,	8,50 DM
INFO 8,	Mai/Juni 89,	Kopie,	8,50 DM
INFO 9,	Okt./Nov. 89,	Kopie,	9,50 DM
INFO 10,	Feb./März 90,		3,00 DM
INFO 11,	Mai/Juni 90,		3,00 DM
INFO 12,	Sept./Okt. 90,	Kopie,	7,00 DM
INFO 13,	Winter 90/91,		3,00 DM
INFO 14,	Frühjahr 91,		3,00 DM
INFO 15,	Sommer 91,		3,00 DM
INFO 16,	Winter 91/92,		3,00 DM
INFO 17,	März 92,		4,00 DM
INFO 18,	Mai/Juni 92,		4,00 DM
INFO 19,	Juli/Aug. 92,		4,00 DM
INFO 20a/b,	Nov./Dez. 92,	Kopie,	10,50 DM
INFO 21,	März/April 92,		4,00 DM

Speziell für Infoläden/Antifagruppen:
INFO 0,2,3,11,13,14,17,18 für 15,- (incl. Porto)

Deportation von Roma-Flüchtlingen – Veränderung des Artikel 16

Deutschland macht seine Grenzen dicht

Seit Januar dieses Jahres werden wöchentlich Roma vom Berliner Flughafen Schönefeld nach Rumänien abgeschoben. Dieses geschieht auf Grund des am 1.11.1992 zwischen Deutschland und Rumänien verabschiedeten Abkommens *»über die Rücknahme von sich illegal in Deutschland aufhaltenden rumänischen Staatsbürgern«*. Als *»illegal«* gelten hierbei diejenigen, die ohne Ausweis in die BRD eingereist sind. Dies betrifft ca. 40 000 in der BRD lebende Roma-Flüchtlinge.

In den Monaten Januar bis April wurden bereits 8000 Roma abgeschoben, 90% von ihnen wurden beim Überqueren der Oder-Neiße-Grenze abgefangen und, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, einen Asylantrag zu stellen, zum Flughafen Schönefeld gefahren, von wo aus sie sofort nach Rumänien zurückgeflogen wurden. Mit dieser Vorgehensweise wendet der deutsche Staat bereits den veränderten Artikel 16 an, obwohl dieser noch nicht verabschiedet ist.

In Rumänien angekommen, werden die Männer sofort wegen illegaler Ausreise verhaftet. Dieses wissend und auch wissend, daß es in Rumänien immer wieder zu Pogromen kommt, bei denen Roma-Siedlungen bereits angesteckt und Menschen umgebracht worden sind, spricht der deutsche Staat nach wie vor davon, daß die Roma in Rumänien nicht verfolgt werden. Die bisherigen Geschehnisse werden auf den rebellierenden Mob geschoben, mit dem die Regierung angeblich nichts zu tun hat. Gleichzeitig ist jedoch in der rumänischen Presse und im Fernsehen, beides in der Hand der Regierung, zu lesen und zu sehen, wie öffentlich zum Haß gegen die Roma aufgerufen wird und wie sie zu Sündenböcken für die rumänische Mißwirtschaft und die soziale Armut gemacht werden. Dafür, daß Rumänien die Roma »zurücknimmt«, zahlt die



BRD 30 Millionen DM, die jedoch, nach Auskunft eines Vertreters der Roma-Jugend in Bukarest, nicht etwa für die Unterstützung der Roma, sondern für die Unterstützung von in Rumänien lebenden Volksdeutschen verwendet wird.

Bislang ist es in der BRD zu fast keinen öffentlichen Protestaktionen gegen die Abschiebungen gekommen. SOS-Rassismus rief wenige Male zu Aktionen am Flughafen Schönefeld auf, es kamen jedoch nie mehr als ca. 30 Personen, die auch vom sehr massiv auftretenden Bundesgrenzschutz sehr schnell gezwungen wurden, das Flughafengelände wieder zu verlassen. (Wer Interesse an den Aktionen hat, möge sich doch bitte bei SOS-Rassismus, Tel.: 200 25 40, melden)

Die Deportation der Roma ist aber nur ein Beispiel für eine Reihe von Maßnahmen, die die BRD einsetzt, um hier lebende ImmigrantInnen und Flüchtlinge des Landes zu verweisen und die Grenzen für Nicht-Deutsche zu schließen. Als weitere Beispiele müssen hier das neue Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz und die Veränderung des Artikel 16 des Grundgesetzes genannt werden.

Das Asylverfahren-beschleunigungsgesetz

Das Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz, das offiziell seit dem 1. Juli 1992 in Kraft ist, umfaßt zwei Maßnamen:

1. Das Asylverfahren wird von bisher 2 Jahren auf 6 Wochen verkürzt, wobei es nur einmal zu einer Anhörung der Flüchtlinge kommt, die in den ersten zwei Wochen stattfinden muß. Bei dieser Anhörung müssen die Flüchtlinge alle Fakten nennen, die für ihre Anerkennung als Flüchtling von Bedeutung sind. Alles, was zu einem späteren Zeitpunkt gesagt wird, spielt bei der Entscheidung über ihren Asylantrag keine Rolle mehr. Eine unmenschliche Bestimmung, wenn man weiß, daß z.B. Folter- oder Vergewaltigungsopfer oft erst nach mehreren Anläufen über die Verbrechen, die an ihnen begangen wurden, sprechen können.
2. Das neue Gesetz sieht die Unterbringung in »Gemeinschaftsunterkünften« vor, die die Außenstellen der Anerkennungsstelle für ausländische Flüchtlinge in Zirndorf und direkt dem Innenministerium unterstellt sind. Der Begriff »Gemeinschaftsunterkunft« ist dabei mehr als verklärend, denn in diesen Lagern müssen mindestens 500

Menschen auf engstem Raum, von Stacheldraht umgeben und von Wachschutz und Polizei bewacht, leben. Abgeschirmt von der Außenwelt sind sie den Entscheidungen des jeweiligen lagereigenen Verwaltungsrichters ausgesetzt, denn außer offiziellen Personen (Richter etc.) dürfen andere, z.B. Flüchtlingshilfsorganisationen, das Gelände nicht betreten.

Praktisch wird das Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz seit dem 1. April 1993 vollzogen, da jetzt die 46 »Gemeinschaftsunterkünfte« fertiggestellt worden sind. In Berlin ist die neue Außenstelle von Zirndorf in Spandau in der Streitstraße, wohin nun die zentrale Aufnahmestelle von Hohenschönhausen umziehen wird. Mit diesen »Gemeinschaftsunterkünften« hat der Staat Internierungslager geschaffen, die dafür prädestiniert sind, den Haß der Faschisten auf sich zu ziehen.





Die Veränderung des Artikel 16

Schon mit dem Ausländergesetz von 1991 wurde es Flüchtlingen aus Asien und Afrika fast unmöglich gemacht, über den Luftweg in die BRD einzureisen, da sie ab diesem Zeitpunkt an den Flughäfen nur noch mit gültigem Paß und Ausweis akzeptiert wurden. Das ist mehr als zynisch, da es für Menschen, die aus ihrem Heimatland fliehen, sehr schwierig ist, einen Paß oder ein Visum zu erhalten. Dafür müßten sie zu öffentliche Behörden, wo sie die Gefahr eingingen, verhaftet zu werden.

Seit dem Mauerfall und dem Zerfall der ehemals sozialistischen Länder kommen nun aber 90% der Flüchtlinge auf dem Landweg aus den Balkanländern und den GUS-Staaten, was für die deutsche Regierung hieß, daß sie sich etwas neues ausdenken mußte, um diese Menschen von der BRD fernzuhalten. Der sogenannte »Asylkompromiß« von SPD/FDP/CDU/CSU ist nun das Ergebnis. Wobei der Kompromiß darin liegt, daß man das macht, was die CDU/CSU sowieso schon immer wollte.

Nach dem »Asylkompromiß« soll der veränderte Artikel 16 (dann 16a) beinhalten, daß zwar das individuelle Recht auf Asyl und die Rechtsweggarantie bestehen bleiben – aber: Es kommen erst gar keine Flüchtlinge mehr rein ins Land. Das wird dadurch erreicht, daß der Artikel 16a besagt, daß alle Flüchtlinge bereits an der Grenze abgeschoben werden können, die aus sicheren Drittländern kommen, wozu man selbstverständlich alle Nachbarstaaten der BRD erklärt hat. Flüchtlinge können also nur noch in die BRD einreisen, wenn sie mit einem Direktflug und mit gültigem Ausweis und Visum aus ihrem Heimatland kommen. Dieses ist für die Flüchtlinge kaum möglich, da sie auf ihren Heimatflughäfen sofort verhaftet werden. Es bleibt damit eigentlich nur noch der Schiffsweg, aber der ist bekanntlich zum Erreichen der BRD aus geographischen Gründen etwas schwierig.

Da Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Art.16a als Bürgerkriegsflüchtlinge außerhalb des Asylverfahrens behandelt werden und bleiben dürfen, wird das neue Gesetz hauptsächlich Menschen aus Rumänien und Bulgarien, darunter überdurchschnittlich viele Roma, und Menschen aus den GUS-Staaten betreffen.

Um die Flüchtlinge aus Rumänien und Bulgarien bereits an der Grenze abzufangen, sind an der Grenze zu Polen und der Tschechischen Republik, beides sogenannte sichere Drittstaaten, Radaranlagen errichtet worden. Darüber hinaus ist man dabei, einen Hilfsgrenzschutz zusammenzustellen, deren Mitglieder der Tagesspiegel bereits als äußerst rassistisch entlarvt hat. Polen und die Tschechische Republik, die dann verpflichtet sind, die Flüchtlinge aufzunehmen, haben jedoch keine Infrastruktur für diese Menschen und

Aus der Bundestagsdebatte zur ersten Beratung des von CDU/CSU, FDP und SPD gemeinsam eingebrachten Entwurfs zur Änderung des Art. 16 des Grundgesetzes.

»Das hat nichts mit Anpassung, mit Koalitionsüberlegungen und was da sonst so alles vermutet wird, zu tun. Es geht einzig und allein darum, daß die Opposition die ihr beschränkten Mitgestaltungsmöglichkeiten nutzt, um ihren Vorstellungen entsprechend gemeinwohlorientiert zu arbeiten.« (Hans-Ulrich Klose, SPD)

»Wie soll das nötige Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrzahl der Ankömmlinge und uns entstehen, wenn die erste Begegnung mit einer falschen Behauptung, nämlich der, politisch verfolgt zu sein, beginnt?« (Jörg van Essen, FDP)

»... eines der dringensten Probleme der Innenpolitik ....« (Innenminister Rudolf Seiters, CDU)

»Jahrelang sind diejenigen ... die eine Grundgesetzänderung als Voraussetzung für gerechtere und effizientere Asylverfahren forderten, als Hetzer oder gar Ausländerfeinde beschimpft worden. Ich hoffe, ... daß das endlich vorbei ist. Ansonsten müßten sich alle, die den Asylkompromiß heute mittragen, als solche bezeichnen lassen.« (Bayrischer Innenminister Dr. Edmund Stoiber, CSU)

» ... Radikale – in dem Fall war von Republikanern die Rede – würden in ihren Programmen etwas fordern, und jetzt mache die Mehrheit der demokratischen Parteien das nach, was dort gefordert werde. Ich sage Ihnen ganz offen: Bei allen Gruppierungen, ob radikal oder nicht, werden Sie einzelne Sätze finden, die sie inhaltlich nicht widerlegen können, die vielleicht richtig sind und die zu unterstützen nicht allein deshalb unterbleiben darf, weil sie politisch von der falschen Seite vertreten werden. Wenn Schönhuber das Einmaleins beherrscht, werden Sie sich nicht hinstellen und sagen wollen, daß Sie ab heute gegen das Einmaleins sind.« (Wolfgang Zeitlmann, CDU/CSU)

werden daher ihrerseits versuchen, die Flüchtlinge gar nicht erst in ihr Land zu lassen und werden »Mauern« an ihren Ostgrenzen errichten. Polen hat bereits die Visumspflicht für die GUS-Staaten eingeführt und diskutiert ebenfalls die Installation von Radaranlagen. Die Tschechische Republik schließt die Grenzen zur Slowakei, ein Staat, der noch bis zum 1.1.93 Teil der CSFR war. Die jeweils im Osten sich anschließenden Staaten werden ähnlich reagieren, so daß die Flüchtlinge am Schluß wieder in dem Land sind, aus dem sie geflohen sind. Der deutsche UN-Flüchtlingskommissar, WALTER KOISSER, hat die Art der drohenden Kettenabschiebung bereits als Verstoß gegen das Völkerrecht bezeichnet und nannte es beschämend, daß nun nicht mehr der Fluchtgrund, sondern nur noch der Fluchtweg für die mögliche Anerkennung als Flüchtling relevant ist.

Die Staaten Polen, CR, Slowakei und Ungarn, die diese neue Regelung betreffen wird, gehören alle zu den armen Ländern Europas und sind wirtschaftlich viel schlechter gestellt als die BRD. Eine Konferenz, die ein gemeinsames Umgehen mit dieser neuen Situation zum Inhalt hatte, ist jedoch ergebnislos zu Ende gegangen. Dagegen gibt es ein Abkommen zwischen der BRD und Polen und der BRD und der CR, nach dem beiden Ländern Geld für die abgeschobenen Flüchtlinge und die »Altlasten« (so wird hier über Menschen gesprochen!) erhalten. Wie weit das Abkommen über die »Rücknahme« von Flüchtlingen rückwirkend ist, ist noch unklar. Im Gespräch ist, daß es nur auf Flüchtlinge angewendet werden kann, die in den letzten drei Monaten in die BRD gekommen sind. Die Forderung der angrenzenden Staaten, mit den Abschiebungen erst nach Verabschiedung des Artikel 16a zu beginnen, wurde nicht berücksichtigt. Die Frage, die sich hier stellt, ist: Warum lassen sich Polen und die CR von der BRD so unter Druck setzen? Die Antwort darauf lautet, daß beiden Ländern versprochen wurde, daß die BRD sich dafür einsetzen werde, daß Polen und die Tschechische Republik in die NATO und die EG aufgenommen werden. Die Aufnahme in die EG würde für beide Länder den Niedergang der jeweiligen Wirtschaft bedeuten, da sie innerhalb der EG nicht konkurrenzfähig wären. Mit der EG-Mitgliedschaft kann sich daher für Polen und die Tschechische Republik nur die Hoffnung auf langfristige Gelder verbinden. Was die NATO-Mitgliedschaft anbelangt, ist es fraglich, ob die NATO im momentanen Zustand die GUS-Staaten damit verärgern will, daß man ihnen NATO-Truppen direkt an ihre Grenzen setzt. Wahrscheinlicher ist, daß man sich z.Zt. außenpolitisch nicht in Gegnerschaft mit den GUS-Staaten setzten will. Neben den rassistischen und menschenverachtenden Inhalten des Veränderten Artikel 16 macht die gesamte Veränderung der Asylgesetzgebung und die damit im Zusammenhang stehenden außenpolitischen Verhandlungen deutlich, daß die BRD auf dem Weg ist, eine imperialistische Macht zu werden, dem sich die kleinen europäischen Staaten unterzuordnen haben. ■

Demonstration »Die Würde des Menschen ist unantastbar« am 8.11.92



Freiwillige Polizei Reserve: Nazis in Uniform

Nazis in der Polizei sind gewiß nichts neues, selten genug wird jedoch darüber etwas bekannt. Sickern aus Versehen doch einmal Einzelheiten an die Öffentlichkeit, sprechen die immer gleichlautenden Erklärungen aus Polizei und Politik von Einzelfällen und »Schwarzen Schafen«. So auch diesmal, als es in den ersten Monaten dieses Jahres um die Berliner Freiwillige Polizeireserve (FPR) und den »größten Polizeiskandal der Nachkriegszeit« ging. Aber bei der Mitgliedschaft von faschistischen Waffenhändlern mit besten Kontakten zur GdNF bei der FPR handelt es sich um keinen »Betriebsunfall«. Der einzige »Betriebsunfall« dürfte in den Augen der verantwortlichen Politiker und Polizisten im Bekanntwerden dieser und anderer Fakten bestehen. Wir fassen zusammen und ergänzen einige Sachen.

Anfang des Jahres war eine Bande von Waffenhändlern aufgeflogen, die Gewehre und Pistolen in Frankreich und der Schweiz gekauft und in Erddepots im Grunewald und im Spandauer Forst versteckt hatte. Unter den zwölf Tatverdächtigen im Alter zwischen 21 und 30 Jahren befinden sich auch fünf Mitglieder der FPR. Bereits im Juli 92 war es zu einer Anzeige aus der Bevölkerung und daraufhin zu einer ersten Festnahme gekommen. Bei der Hausdurchsuchung bei dem 24jährigen Umschüler RALF M., der auch als Chef der Bande bezeichnet wird, wurde u.a. ein Gewehr (eine sogenannte Pump-Action) gefunden. Im Dezember wurden zwei weitere Kuriere der Bande (der 22jährige Maurer RALF G. und der 23jährige Stahlbetonbauer MICHAEL A.) festgenommen, als sie Waffen und 11.000 Schuß Munition aus der Schweiz einschmuggeln wollten. Ein 24jähriger Mann, der die Erddepots angelegt haben soll, wurde im Januar festgenommen. In den Depots fanden sich drei Schrotgewehre, vier Pistolen, Nebelgranaten und 12.300 Schuß Munition. Weiterhin ist von Bajonetten, Dolchen und Kampfmessern die Rede. Von den fünf FPR-Mitgliedern der Waffenhändlertruppe ist von dreien wiederum bekannt, daß sie aus der militanten Nazi-Szene kommen. Sie hatten 1986 an Wehrsportübungen in Spandau teilgenommen und waren an der Gründung der in Berlin verbotenen FREIHEITLICHEN ARBEITERPARTEI (FAP) beteiligt gewesen. Sie waren jedoch nicht die einzigen Hilfspolizisten, die sich an Wehrsportübungen teilnahmen. Bei weiteren Ermittlungen stellte sich heraus, daß mindestens 16 FPR-Angehörige bei rechtsradikalen Wehrsportübungen anwesend waren. Die Übungen mit schweren Waffen sollen Mitte der achtziger Jahre im Harz



stattgefunden haben. Nach bisher unbestätigten Aussagen von FPR-Mitgliedern soll bei einer dieser Wehrsportübungen auch ein DDR-Grenzsoldat erschossen worden sein. Aber das ist nicht der einzige Mordvorwurf gegen die Hobby-Polizisten: Außerdem soll ein Hilfspolizist ein ermordetes Kind im Grunewald verscharrt haben.

Die rechtsradikalen Hilfspolizisten, die sich für den »nächsten Bürgerkrieg« rüsten wollen, verfügen auch über Kontakte zum GdNF-Führer ARNULF WINFRIED PRIEM, dem sie sich nach eigenen Angaben auch als Schutztruppe angeboten hatten.

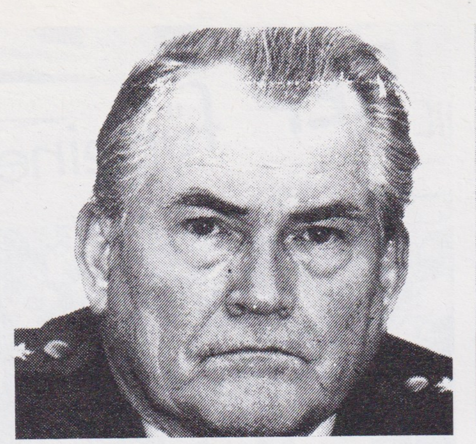
Zahlenspiele

Bezeichnend für den offiziellen Umgang mit den braunen Freunden und Helfern der Polizei ist das Zahlenspiel um die belasteten FPR-Mitglieder, das mehr verschleiern als aufklären soll. Nach ersten Polizeiangaben mußten zwischenzeitlich 807 der 2.426-köpfigen Truppe, aus den Einsatzplänen genommen werden, weil über sie eine Eintragung im »Informationssystem Verbrechensbekämpfung« oder ein Hinweis auf eine frühere Verurteilung gefunden wurde. Weiterhin sollten 44 Hilfspolizisten aufgrund schwerer Belastungen aus der FPR entfernt werden.



GdNF-Führer Arnulf Winfried Priem

Der frühere Innensenator PÄTZOLD (SPD) hatte im gleichen Zusammenhang von 600 belasteten Fällen gesprochen. Diese Angaben wurden später nach unten »korrigiert«. Ein Anfang April vorgelegter Zwischenbericht sprach von einer geringeren Anzahl von Belasteten. Demnach seien 66 Hilfspolizisten stärker und 452 weniger stark belastet. Bei den stärker belasteten Fällen handele es sich um Eintragungen wegen Beleidigungs- und Straßenverkehrsdelikten. Sechs FPR-Mitgliedern seien gekündigt worden und 21 hätten von sich aus die Mitgliedschaft aufgegeben. Fünf Hilfspolizisten hätten die Überprüfung abgelehnt und bei 51 weiteren hätte noch keine Überprüfung vorgenommen werden können. Der Bericht spricht weiterhin von 155 Mitgliedern, die aus »unbekannten Gründen« in den ersten Monaten des Jahres aus der FPR ausgetreten seien. Diese Ausgetretenen wurden auch nicht überprüft. Angaben über Rechtsradikale wurden in diesem Zusammenhang nicht gemacht. Die Schadensbegrenzung des Innensenats, der an der Hilfstruppe trotz aller Kritik festhalten will, scheint gelungen zu sein. Der Senatssprecher zog dann auch das Fazit, daß *»die Freiwillige Polizeireserve in der Vergangenheit auch unter rechtsstaatlichen Kriterien funktionsbereit war«*. Wieder einmal sollen es nur einzelne schwarze (bzw. braune) Schafe gewesen sein. Diese Deutung kann angesichts einer ganzen Riege von einflußreichen erzkonservativen Förderern der FPR nicht verwundern.



REP-Sympathisant und 1.Mai-Verantwortliche Ernst



FPR-Förderer Lummer: Ein offenes Ohr für Nazis

Die »Freiwillige Polizei Reserve«

Geleitet wird die ca. 2400 Mann starke FPR von Polizeidirektor KLAUS KARAU, der als »graue Eminenz« der Landespolizeidirektion bezeichnet wird. Karau war auch mit dabei, als sich 1989, ein zunächst konspirativ arbeitender Kreis führender Berliner Polizeibeamter bildete. Die »Vereinigung leitender Polizeibeamter« (VLP) wollte zum Schlag gegen Umstrukturierungs- und Personalpläne unter dem rot- grünen Senat ausholen. Die hohen Herren fürchteten um ihre Karriere unter dem SPD-Innensenator Pätzold, der auch die FPR auflösen wollte. Der Personenkreis um die VLP liest sich wie ein who is who der rechten Hardliner in der Berliner Polizeiführung: Genannt werden u.a. MANFRED KITTLAUS, geistiger Vater der berüchtigten Schlägertruppe EbLT und jetziger Landespolizeidirektor, sowie der damalige Leiter der Direktion 5 ERNST, der, laut Pätzold, auch mal während der Dienstzeit *»beinahe gezielt werbend«* für die REP aufgetreten ist, sowie sein Vize DÖRING. Ernst und Döring spielten nur kurze Zeit später im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen am 1. Mai 89 eine wichtige Rolle. Polizeibeamte der mittleren Ebene beschwerten sich im Nachhinein über die *»katastrophale«* Einsatzleitung. Der Verdacht wurde laut, daß die Polizeiführung durch ihre Einsatztaktik gezielt zur Eskalation beigetragen und Polizisten verheizt hatte, um Stimmung gegen den rot-grünen Senat zu machen. Offensichtlich war es die Absicht der Polizeichefs gewesen, Pätzold ins offene Messer rennen zu lassen. Die CDU-Rechte und Republikaner hatten auch prompt nach den Auseinandersetzungen den Rücktritt von Pätzold gefordert.

Zur Auflösung der FRP kam es unter dem rot-grünen Senat nicht mehr, dafür wurden unter dem neuen Innenminister DIETER HECKELMANN, des nunmehr schwarz-roten Senats, am 28. Dezember 1992 (!) die polizeilichen Befugnisse der Reserve-Truppe erweitert (in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es Zufall war, daß der Skandal um die Waffenhändlerbande, obwohl schon länger der Polizei bekannt, erst im Januar, also nach der weiteren Aufwertung der FPR, bekannt gemacht wurde). Zu den erweiterten Befugnissen gehören nun auch Schußwaffengebrauch, Festnahme und Durchsuchungen.

Der Ausbau der 1961 gegründeten Berliner Hilfspolizei ist in Europa beispiellos. Ursprünglich war die Reserve zur Verhinderung von Sabotage-Anschlägen von Seiten der DDR vorgesehen gewesen. Mittlerweile hat sich die Truppe zu einer umfassenden und für alles zuständigen Hilfspolizei entwickelt. Entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung nahm der damalige CDU-Innensenator HEINRICH LUMMER, der schließlich 1986 wegen bester Kontakte zur NPD seinen Stuhl räumen mußte. War die FPR bis dahin hauptsächlich zum Schutz »sabotagegefährdeter« Einrichtungen eingeteilt, bekam sie zunehmend auch andere Einsatzbereiche. Die Reservisten zeigten sich dabei zuweilen »übereifrig«: So funktionierten Hilfspolizisten, die eigentlich zum Schutz für die Jüdische Gemeinde vorgesehen waren, dies zu einer *»rabiaten Durchsuchung«* (TAZ) um. Ähnlich zur Sache gingen Mitglieder dieser Truppe, wenn es gegen HausbesetzerInnen und linke DemonstrantInnen ging. Und ausgerechnet die FPR wurde in den letzten Jahren verstärkt zum Schutz von Flüchtlingsheimen eingesetzt. Angesichts der guten Kontakte aus den Reihen der paramilitärischen Hilfstruppe zu militanten Nazis erscheint dies mehr als fragwürdig.

Der Fall Abbas-Jacoub

1985 kam es schon einmal zu einer Überprüfung sämtlicher FPR-Mitglieder auf rechtsextreme Verstrickungen. Auslöser war damals die Tatsache, daß der »Waffenmeister der rechtsextremen Szene«, MICHAEL ABBAS-JACOUB, gleichzeitig Mitglied der FPR war. Der 25jährige Deutsche, der den Namen seines Stiefvaters angenommen hatte, gehörte einer Wehrsportgruppe von ca. 11 Nazis an, die im Bundesgebiet Übungen mit scharfen Waffen abhielt und in einer eigens dafür angemieteten Wohnung am Popitzweg in Berlin-Charlottenburg ein umfangreiches Waffenlager eingerichtet hatte. Allein in dem Waffenlager am Popitzweg fanden sich zahlreiche Gewehre und Pistolen, zwei Maschinenpistolen, Handgranaten, Kisten mit Munition, Stahlhelmen,

Uniformen und Militärstiefeln, sowie NS-Schriften und Embleme. Weitere Waffen wurden bei Hausdurchsuchungen bei anderen Mitgliedern der Gruppe gefunden. Dabei sollen diese Waffen, des seit Jahren bedeutentsten Waffenfundes aus Nazi-Zusammenhängen, aus der selben Quelle gekommen sein, wie die Mordwaffe, der der Bankdirektor JANCKE kurze Zeit zuvor zum Opfer gefallen war. Abbas-Jacoub entzog sich der drohenden Verhaftung durch Selbstmord.

Wie einer Reportage der Zeitschrift »Zitty« (7/85) zu entnehmen war, ging die Justiz damals davon aus, daß es zwischen dieser schwer bewaffneten Wehrsportgruppe, die im März 85 aufgeflogen war, und Nazi-Führer MICHAEL KÜHNEN Kontakte gegeben hat. Diese angedeuteten Kontakte stehen durch Ereignisse, die wiederum nur ein knappes Jahr zurücklagen, noch in einem anderen Licht. Kühnen versuchte nach dem Verbot der ANS/NA seit 1984 verstärkt in Berlin wieder eine neue Organisation aufzubauen. Im Februar 84 war dank der Recherchen eines Journalisten eine Wehrsportgruppe mit dem Namen »TOTENKOPF« aufgedeckt worden, die am Anhalter Bahnhof ihr Unwesen trieb. Bei den Wehrsportlern, die in ihrer Satzung bei Verrat mit der Feme drohten, fand die Polizei Material der Kühnen-Organisation ANS/NA . Zudem befand sich unter den Festgenommenen ein ehemaliges Mitglied der ANS/NA. Alles deutet darauf hin, daß es sich bei der »Totenkopf«-Gruppe nicht nur um einen Neugründungsversuch der ANS/NA handelte, sondern hier versucht wurde, den »militärischen Flügel« der ANS/NA neu aufzubauen.

Nach Einschätzung von Ex-Innensenator Pätzold (SPD), müßte die damalige Untersuchung sämtlicher FPR-Mitglieder, wenn sie Wichtiges zutage gefördert hätte, auf dem Tisch des damaligen Innensenators Lummer gelandet sein. Lummer kann sich jedoch auf Nachfragen der TAZ *»überhaupt nicht mehr erinnern«. Auch Innensenator Heckelmann kann auf aktuelle Nachfragen im Zusammenhang mit dem FPR-Skandal nicht erklären, welche Ergebnisse diese Untersuchung der FPR-Mitglieder hatte, und wer damals davon Kenntnis besaß.*

Nazis im Polizeidienst

Aber nicht nur die Polizeireserve erfreut sich eines regen Zuspruches durch Neonazis. So berichtete etwa ein ehemaliger Berliner Polizeibeamter im April 1989 in einem »Zitty«-Artikel über seine Erfahrungen im Polizeidienst. Er beschreibt darin u.a. den folgenden Vorfall: *»Eines Tages, als ich zum Dienst auf die Wache A 15 in der Seestraße kam, mußte ich mitansehen, wie sich Kollegen mit zackigem Nazigruß begrüßten.«* Die Kollegen bestritten den Vorfall und stellten Strafantrag wegen Verleumdnung. In der späteren Verhandlung wurde der Polizei-Aussteiger aber freigesprochen. Allein im Jahr 1982 flogen gleich dreimal Faschisten im Berliner Polizeidienst auf. Ein Zusammenhang zwischen den Fällen habe – so die damaligen, von Lummer als obersten Dienstherrn geführten, Polizeidienststellen – nicht bestanden. Zur Erinnerung:

Fall 1: Zwei Jahre lang kam es an der Polizeischule Schulzendorf immer wieder zu antisemitischen Vorfällen, ohne daß dagegen vorgegangen wurde. In diesem Zusammenhang mußten schließlich auf öffentlichen Druck zwei Polizeischüler wegen antisemitischer Schmierereien kündigen. Vier weitere Polizeischüler wurden entlassen, da sie einen in Israel geborenen Mitschüler während der Sportstunde beleidigt und gefesselt hatten. Bei Hausdurchsuchungen waren Waffen, Nazi-Orden und Schriften gefunden worden.



REP-Anhänger auf einer Polizeidemo 1989



Sichergestellte Ausrüstung der DAJ, 1982

Fall 2: Ein Polizeischüler (der selben Polizeischule) flog als Mitglied der DEUTSCHEN ARBEITERJUGEND, einer paramilitärischen Untergrundorganisation, auf. Bei Hausdurchsuchungen bei 29 Rechtsradikalen waren Waffen, Stahlhelme, Uniformteile und neonazistische Schriften sichergestellt worden. Die Gruppe setzte sich aus Mitgliedern der WIKING-JUGEND, ehemaligen NPD-Mitgliedern und aus Ex-Mitgliedern der im Januar 1982 verbotenen VOLKSSOZIALISTISCHEN BEWEGUNG DEUTSCHLANDS zusammen. Zu den Aktivitäten der »Deutschen Arbeiterjugend« gehörte die Herausgabe des »Deutschen Kurier«, in dem u.a. in Form eines Steckbriefes der damalige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Galinski *»tot oder halbtot«* gesucht wurde. Die Gruppe führte auch Wehrsportübungen durch. In der Presse hieß es zunächst, daß zwei Polizeischüler zum verdächtigten Personenkreis gehören würden. In späteren Meldungen war zu lesen, daß nur einer der beiden verdächtigten Polizeischülern tatsächlich der DAJ angehört habe.

Fall 3: Bei einer Hausdurchsuchung wegen des Verdachts eines Motorraddiebstahls wurden bei einem 21 Jahre alten Polizeiwachtmeister aus Tegel NS-Embleme und Flugblätter der NSDAP/AO sichergestellt.

Spitze des Eisberges

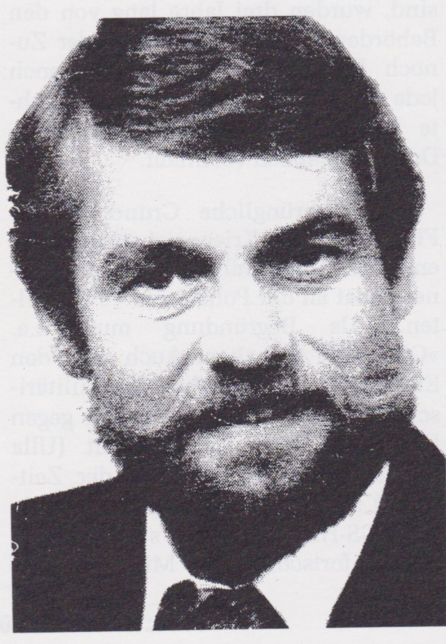
Nicht nur die militanten Neonazis bemühen sich um Einfluß bei Polizei und Polizeireserve: Der Sprecher der Berliner NPD, THOMAS SALOMON, gab damit an, daß es sich *»durchaus gelohnt«* habe, daß eine »Handvoll« NPD-Mitglieder bei der FPR dienten. So habe man sich in den Polizeiapparat hinein *»bestimmte Kanäle erschlossen«*. Eine gezielte Einschleusung von Parteimitgliedern in die Hilfspolizei sei nicht nötig gewesen, denn *»die waren alle schon vorher drin«*. Von den REPUBLIKANERN ist wiederum bekannt, daß sie im Wahlkampf mit ganzseitigen Anzeigen in der FPR-Zeitschrift, in der auch schon mal Gedichte mit ausländerfeindlichem Inhalt veröffentlicht wurden, warben.

Ob REP, DVU oder NPD: Die einflußreichen faschistischen Parteien wollen alle den starken Staat, den Ausbau der Polizei und die Erweiterung polizeilicher Befugnisse. In Berlin verkündeten die REPs nach ihrem Wahlerfolg 1989, daß sie die Stärkung der Polizei zu einem ihrer Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit machen würden. Sie vertraten u.a. die Forderungen



Foto oben: **Polizeimeister Andres**

Foto unten: **Kriminalhauptmeister Amann (REP-Bundesvorstand)**



nach mehr Geld für die Polizei, dem Ausbau des polizeilichen Staats- und des Verfassungsschutzes, die gesetzliche Verankerung des polizeilichen Todesschußes, Ausrüstung der Polizei mit Distanzwaffen usw. Mit ihrer polizeifreundlichen Einstellung versuchen sie unter den Polizisten Mitglieder und Wähler zu werben, mit großem Erfolg, wie sich zeigt. So prahlte der REP-Parteivorsitzende Schönhuber ebenfalls 1989 damit, daß *»die Hälfte unserer Parteimitglieder aus Staatsdienern«* bestehen würde. Aussagen sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Polizisten, bestätigen die großen Sympathien, die die REPs unter ihren Kollegen haben. Die Angaben schwanken zwischen 20-50% REP-Anhängern unter den »Ordnungshütern«. Die Zahlen sind jedoch nicht genau ermittelbar, da viele Polizisten sich nicht offen als Mitglieder zu erkennen geben. So wurden z.B. bei den Berliner REPs Polizisten als »nicht offizielle Mitglieder« in Mitgliederlisten aufgelistet (vor 1933 hatte sich die NSDAP ähnlicher Tricks bedient, um Polizisten unter ihren Mitgliedern zu verbergen: Die »Ordnungshüter« wurden unter Decknamen als Mitglieder geführt).

REPs bei der Polizei

In Berlin waren im Parteivorstand und in der Fraktion der REPs gleich zwei Polizeibeamte in leitender Position: Der Polizeiobermeister BERNHARD ANDRES war bis September 1989 Berliner REP- Landesvorsitzender. Er verließ nach handfesten Auseinandersetzungen mit seinen Parteigenossen die REPs und gründete seine eigene Organisation. Fraktionsvorsitzender der REPs im Abgeordnetenhaus war 1989 der Polizeibeamte FRANK DEGEN. REP-Mitglieder finden sich auch im Berliner Verfassungsschutz. So trat 1989 ein leitender Angestellter des Verfassungsschutzes in der Abteilung Ausländerüberwachung als Sachverständiger der REPs im Innenausschuß des Abgeordentenhauses auf.

Aber auch aus anderen Landesverbänden der REPs sind eine ganze Reihe Polizisten oder Verfassungsschützer in leitenden Parteifunktionen bekannt. Drei Beispiele: Kriminalhauptmeister BERNHARD AMANN (Mitglied des Landesvorstand von Baden-Württemberg, außerdem Mitglied im Bundesvorstand, als dessen Schriftführer er fungiert); der Kripobeamte JÜRGEN SCHRÖDER (REP-Chef von Rheinland-Pfalz); der mittlerweile pensionierte Beamte beim Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz, KLAUS HARTEL (hat als Chef des REP-Arbeitskreises »Innere Sicherheit und Rechtspolitik« am aktuellen Parteiprogramm der REPs mitgeschrieben).

Nach 1945 – Faschisten in der Polizei

Für den Geist, der heute in der Polizei herrscht, spielt die personelle Kontinuität in der Polizei - und besonders in der Polizeiführung - eine nicht unwesentliche Rolle. Der Fortbestand von Nazis im Polizeidienst wurde im westlichen Teil Deutschlands nur durch eine kurze Phase zwischen 1945-49 etwas beeinträchtigt. Unter deutscher Souveränität kamen ab 1949 dann auch fast die letzten Nazis wieder auf ihre alten Posten im Staatsapparat der BRD. Mit der Verschärfung des kalten Krieges im Zuge der Koreakrise verloren die Westallierten das Interesse an der Kontrolle der inneren Staatsorgane der

BRD. Immerhin kamen bereits 1948 schon 56 % der höheren Polizeibeamten im bevölkerungsreichsten Bundesland, Nordrhein-Westfalen (NRW), wieder aus der NSDAP und der SS. Ein großer Teil dieser »erfahrenen Einsatzkräfte« hatte sich an Greueltaten und NS-Verbrechen aktiv beteiligt. Zeitgleich mit der Renazifizierung der Staatsapparate wurden auch Polizei-Sondertruppen und BGS aufgebaut. Ihr Personal setzte sich ähnlich zusammen. Ende der fünfziger Jahre listete die Gewerkschaft ÖTV 200 Namen von leitenden (!) Polizeioffizieren auf, die in NRW Dienst taten, und ehemalige Gestapo- und SS-Angehörige waren. Ein anderer großer Teil der leitenden Polizeibeamten kamen aus Hitlers Wehrmacht. In den anderen Bundesländern sind die Zahlen ähnlich. Grundlage für die Wiedereinstellung alter Nazis in den Staatsdienst bildete das sogenannte 131er-Gesetz. Das Gesetz war unter der Adenauer-Regierung 1951 erlassen worden und sah vor, daß *»Beamte und Berufssoldaten, die 1. an eine Dienststelle der früheren Geheimen Staatspolizei ... 3. zur früheren Waffen-SS von Amts wegen versetzt waren und dort bis zum 8. Mai 1945 verblieben oder in den Ruhestand getreten sind«*, wieder eingestellt werden. Dadurch kamen etwa 150.000 faschistische Beamte wieder in den gesamten öffentlichen Dienst. Erwähnenswert ist noch, daß eine ganze Reihe hoher Polizeioffiziere mit brauner Vergangenheit in der BRD an verschiedenen Polizeischulen ihre Erfahrungen an den Nachwuchs weitergeben konnten.

Um die politische Führung des staatlichen Sicherheitsapparates stand es – zumindest auf Bundesebene – keineswegs besser. Der damalige CDU-Innenminister SCHRÖDER war SA-Mitglied und Nazi-Jurist gewesen. Ebenso war die Riege seiner oberen Ministerialbeamten mit alten Nazi-Kadern besetzt. Und als Verantwortlicher für die Innen- und Sicherheitspolitik, u.a. also auch für die Geheimdienste, zog Staatssekretär GLOBKE die Fäden. Globke war leitender Mitarbeiter im faschistischen Innenministerium unter Himmler gewesen und hatte für die Nürnberger Rassegesetze einen Kommentar geschrieben und sich so an der Legitimierung der Verfolgung von Juden und Jüdinnen beteiligt. Seit 1950 war er Leiter des Staatssekretariats für Inneres im Bundeskanzleramt und besaß damit eine Schlüsselposition in der Regierung.

Schluß

Der FPR-Skandal, anfangs als der größte Polizeiskandal der Nachkriegsgeschichte bezeichnet, verschwand schnell aus den Schlagzeilen der Presse. Einige kriminelle und rechtsradikale Polizeireservisten mußten ihren Hut nehmen. Sie sind das Zugeständnis gegenüber dem öffentlichen Druck, eine Art »Bauernopfer«, damit alles so bleiben kann, wie es war. Scheinheilig wollen die verantwortlichen Politiker in Berlin die Regelanfrage beim Verfassungsschutz bei der Einstellung in den Polizeidienst wieder einführen. Scheinheilig, weil sich die Überprüfung in erster Linie gegen Leute aus der Stasi und nicht gegen Nazis richten soll und wird. Die Aktivitäten der Nazis in Uniform, die jetzt aufgeflogen sind, wurden drei Jahre lang von den Behörden ignoriert. Das ist weder Zunoch Einzelfall. Bisher wurde noch jede polizeiliche Aktivität gegen Rechte im Sicherheitsapparat erst durch Druck von außen veranlaßt.

Die ursprüngliche Grundlage der FPR, der »Kalte Krieg«, ist schon lange entfallen. Und dennoch will der Berliner Senat an der Polizeireserve festhalten. Als Begründung muß u.a. »Olympia« herhalten. Auch über den Einsatz dieser staatlichen paramilitärischen Truppe an den Grenzen gegen Flüchtlinge wird nachgedacht (Ulla Jelpke in einem Artikel in der Zeitschrift ak vom März 93). Die FPR, wie die BGS-Hilfspolizisten, sind Zeichen für die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft. Teile der Herrschenden wollen sich innenpolitische Instrumente verschaffen, die möglichst der parlamentarischen Kontrolle entzogen sind, aber über weitreichende Befugnisse verfügen. Und hier kommen die Interessen der erzkonservativen und reaktionären Betreiber dieser Planungen mit den Interessen von rechtsextremistischen und nazistischen Gruppen und Parteien zusammen. Diese Entwicklung ist gerade vor dem Hintergrund der anti-demokratischen und braunen Kontinuität im Staatsapparat gefährlich. Das historische Vorbild für den Einsatz paramilitärischer Einheiten gegen die »inneren Feinde« des Kapitals liefern die Freikorps-Verbände der Weimarer Republik. ■

Wehrsportgruppe Seiters – BGS-Hilfspolizisten gegen Flüchtlinge

Seit Mitte Februar werden in den Grenzgebieten zu Polen und der Tschechischen Republik Hilfspolizisten angeworben, um gegen illegale Einwanderer eingesetzt zu werden. Die Hilfstruppe unter Aufsicht des Bundesgrenzschutz (oberster Dienstherr: Bundesinnenminister Seiters) soll 1600 Mann stark werden und noch im ersten Halbjahr 93 zum Einsatz kommen. Unbestätigten Gerüchten zu Folge, sollen sich die Hilfspolizisten auch aus sogenannten Bürgerwehren rekrutieren.

1966: Reservisten üben den Einsatz gegen linke Demonstranten





Wenn es um die Rolle von Frauen in Nazi-Organisationen geht, fällt der erste Blick immer auf die DEUTSCHE FRAUENFRONT (DFF) als Vorfeldorganisation der GdNF. Zudem ist die GdNF momentan eine der bekanntesten Nazi-Gruppierungen, ihre Frauen-Organisation steht somit im Mittelpunkt der meisten Recherchen zu diesem Themenkomplex. Dabei wird aber der größte Teil der faschistischen Frauen übersehen. Im folgenden berichten wir über die Frauen, die nicht unbedingt in die GdNF-Strukturen eingebunden sind, deren zahlenmäßiger Anteil aber für die Nazi-Szene bedeutend ist: faschistische Skinhead-Frauen, auch RENEES genannt.

Frauen in der faschistischen Skinheadszene

Entstehung der Skinhead-Bewegung

Mitte der siebziger Jahre entstand in Großbritannien die Skin-Bewegung in ihrer heutigen Prägung. Die Skinheads begriffen sich als »Working Class Kids«, also als Kinder der ArbeiterInnenklasse, und waren der Ausdruck einer rebellierenden Jugend die sich gegen die herrschenden Verhältnisse richtete. Das ursprünglich vorhandene Klassenbewußtsein änderte sich bei vielen aber bald in ein »Rassen»bewußtsein.

Zu dieser Entwicklung trugen hauptsächlich faschistische Skins, die sogenannten BONEHEADS, bei. Als sich Ende der siebziger Jahre rassistische Übergriffe der Boneheads häuften, war in der Presse nur noch von den »faschistischen Skinheads« die Rede, dargestellt als die neue SA. Damit war der Begriff vom Skinhead gleichgesetzt mit dem des Faschisten. Und nicht nur die Presse glaubt dies, auch die Boneheads reden von der »einzigen Skinhead-Bewegung«, die faschistisch sei. Da die Skin-Szene als Ganzes nicht als faschistisch pauschalisiert werden kann, ist eine genaue Differenzierung wichtig. Wir beschäftigen uns im folgenden mit der Rolle und dem Bild von Frauen in der Bonehead-Szene.

FAP-Renee und »kernige Männer« beim FAP-Aufmarsch am 21.4.90 in St. Augustin



Wie Boneheads Frauen gerne hätten

Dazu schreibt ULRICH GROßMANN (27), Herausgeber des ältesten deutschen Skinheadfanzines CLOCKWORK ORANGE aus Coburg, unter dem Pseudonym B.M. Lunder in NATION EUROPA (9/87): *»Die Skinheads heißen zu deutsch »Kahlschädel«. Von den Medien als »häßlich, brutal und gewalttätig« verschrieen, sind die Jungs mit den kurzrasierten Haaren wohl die Jugendgruppe mit dem höchsten Arbeiter- und dem geringsten Ausländeranteil.«*. Diese Charakterisierung ist bezeichnend für die Rolle der Frauen in der Bonehead-Szene. Wir lesen hier von den »Jungs mit den kurzen Haaren« und erfahren gleichzeitig, daß Frauen keinen Stellenwert haben, so daß sie nicht einmal erwähnt werden müssen.

Zentrales Element des Bonehead-Weltbildes ist ein übersteigerter Männlichkeitswahn. Darin unterscheiden sich Boneheads wenig vom Großteil der patriarchalen Gesellschaft, sie bringen dieses Bewußtsein aber schärfer und komprimierter zum Ausdruck. Auf einen Nenner bringt dies die Vorstellung der Musikgruppe »MÄNNER« in dem Skin-Fanzine FORCE OF HATE (Nr. 3/85): *»... Die MÄNNER lassen ungeniert die Sau raus, singen von bum-*

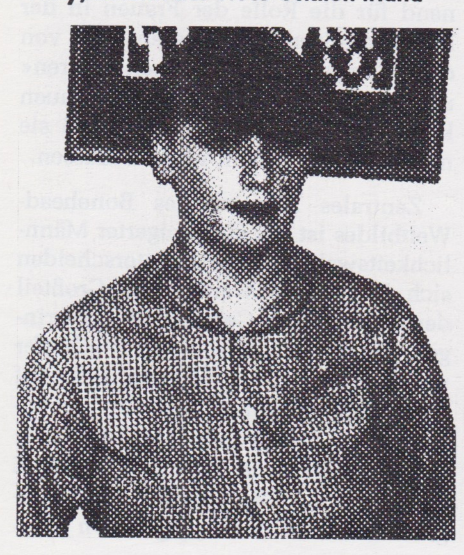


Renees beim einem Treffen der Deutschen Alternative in Dresden

sen und saufen, also von all den netten Dingen, die Männern halt Spaß machen. (...) Weiter so ihr kernigen Männer!«. So wird von den »kernigen deutschen Männern« die Frau zum reinen Objekt degradiert.

Was in der allgemein patriarchalen Gesellschaft zumeist noch unterschwellig vertreten wird, ist in der Bonehead-Szene Prinzip. Frau ist zum Spaß der Männer da und hat sich diesem unterzuordnen. Diese »alltägliche Normalität« wird in den meisten Bonehead-Fanzines offen wiedergespiegelt und propagiert. »Skingirls/Renees« werden auf den Titel- und auf extra Fotoseiten vorgeführt. Über den Zweck der Fotos wird durch deren Kommentierung kein Zweifel offengelassen. So z.B. in KAHLSCHLAG Nr. 3 aus Lüneburg unter der Überschrift »Prickelnde Augenweide Skinhead Girls«, »Neu! Für die vergnügliche Intimrasur. Rasierte Evas. Mal blitzblank, mal gekonnt gestutzt. Mädchen und Frauen machen keinen Hehl aus ihren Reizen.«

Vicky, Leiterin der WAU-Sektion Irland



»Abgerundet« wird die sexistische Propaganda durch die Veröffentlichung des jährlichen »Skinhead-Kalenders« durch das Fanzine FRONTAL (von ANDREAS ZEHESDORF aus Essen und BERND BUSE aus Düsseldorf, Corneliusstr. 117), in dem für jeden Monat Renees zur Schau gestellt werden. »Höhepunkt« des in diesen Fanzines propagierten Männlichkeitswahnes ist die Veröffentlichung von pornographischen Fotos (FRONTAL Nr. 4 und Nr. 5; Titelbilder), dabei wird selbst vor Kinderpornografie nicht zurückgeschreckt (SIEG DER VERNUNFT Nr. 2).

Dabei vermitteln diese Pornos das Bild wie Boneheads Frauen gerne hätten - gefesselt und erniedrigt, in Strapsen oder mit offener Hose, immer bereit, ihr Eigentum, mit dem sie tun und lassen können was sie wollen. Die »Kameraden« führen vor, was Frau »wert« ist. Sie hat sich den »Bedürfnissen« der Männer wohlwollend zu unterwerfen. Damit werden Vergewaltigungen legitimiert und zum Bestandteil des Bonehead-Weltbildes gemacht. Da überrascht es dann nicht mehr, daß Gruppenvergewaltigungen zum »Aufnahmeritual« einiger Boneheadgruppen gehören. Wobei Gruppenvergewaltigungen schon immer ein Mittel waren, die Machtstellung von Männern in ihrer schärfsten Form zu sichern und zu halten.

Der Stand von Renees in der Bonehead-Szene ist zum Großteil auf die Befriedigung dieser »kernigen« Männer reduziert. Mit diesem Selbstverständnis ordnen sich die meisten Renees in ihre Szene-Rolle ein. Über ihre Motivation, sich auf diese Ideologie einzulassen, kann nur spekuliert werden. Ein Grund ist sicherlich, daß ihnen ihre Position alltäglich in dieser Gesellschaft vorgelebt wird. Dadurch, daß Renees zu »ihren« Männern aufsehen dürfen, wird ihnen ihr Platz und eine Rolle zugewiesen. Durch die vorteilhafte Stellung in Hierarchien und die Möglichkeit von Abgrenzung erfahren sie als Objekt eine scheinbare Aufwertung – und die »Befriedigung« über Macht zu verfügen, und sei es nur aus zweiter Hand.

Renees organisieren sich

Nach dem Motto »Wo Schatten ist, ist auch Licht«, hat sich 1991 in Berlin die SKINGIRL FRONT DEUTSCHLAND (SFD) gegründet. Ihr Ziel ist es, die »Tugenden der deutschen Frau« in die Renee- Szene zu tragen und somit dem Selbstverständnis, reines Objekt für die Bonehead-Männer zu sein, entgegenzuwirken. Dabei handelt es sich ausdrücklich um keine emanzipatorische Zielsetzung. Vielmehr soll den Renees klargemacht werden, daß es nicht darum geht die »Kameraden« zu »verführen« (Frontal 5/SFD), sondern daß ihre eigentliche Rolle die der Frau nach der nationalsozialistischen Ideologie ist.

Die SFD ist keine Organisation im Sinne von Partei oder Verband. Es handelt sich bei ihr um eine Art Kadergemeinschaft, die über persönliche Kontakte bundesweit organisiert ist. Mit dieser Struktur geht die SFD auch nach außen. Diejenigen Renees, die ihre Rolle nach der NS-Ideologie begreifen, sollen sich gegenseitig kennenlernen, um so die Gemeinschaft zu vergrößern und den Zusammenhalt in der Szene zu verbessern. Frauen die Mitglied der SFD werden wollen, werden nach dem Prinzip »Klasse statt Masse« ausgewählt und müssen erst eine Probezeit erfüllen.

Um die NS-Frauenideologie in der Bonehead-Szene zu propagieren, arbeitet die SFD auf zwei Ebenen. Dabei spielen die Skin-Fanzines SCHLACHTRUF und VOLKSTREUE eine wichtige Rolle. Der »Schlachtruf« wird von MARTINA JANSSEN (Zähringerstr. 8, Freiburg) herausgegeben. Sie ist Mitglied der SFD und propagiert im »Schlachtruf« immer wieder die wichtige Rolle der Renees für die Skinszene. Dabei

wirbt sie durch Anzeigen regelmäßig für die SFD und bietet somit interessierten Frauen eine Anlaufstelle. Daneben vertritt sie in ihrem Fanzine den Kampf der »weißen Rasse« gegen Schwarze, Juden und Andersdenkende. Martina Janssen hat über ihr Zine hervorragende internationale Kontakte zu dem BLOUD & HONOUR-Netzwerk (siehe Antifa Info Nr. 16), einzelnen Ku Klux Klan-Gruppierungen und den internationalen Vereinigungen der Renees. Mit dem NF-Mitglied JOSEF SALLER unterhält M. Janssen intensiven Kontakt und besucht ihn unregelmäßig in seinem Domizil, der JVA Straubing (Josef Saller setzte 1988 in Schwandorf ein Haus in Brand in dem hauptsächlich türkische Leute wohnten).

Das Zine VOLKSTREUE von NICOLE NOWICKI aus Recklinghausen geht einen Schritt weiter als andere Fascho-Fanzines. Sie versucht die Bonehead-Szene, besonders Renees, zu intellektualisieren. Sie beschränkt sich in dem »Volkstreue«-Zine nicht nur auf Interviews mit Bands und Boneheadzenegelaber, sondern veröffentlicht inhaltliche Artikel zum Weltbild des Nationalsozialismus oder Interviews mit führenden Nazi-Persönlichkeiten. In der »Volkstreue« Nr. 4 läßt z.B. WOLFGANG JUCHEM (AKTION FREIES DEUTSCHLAND) aus Hessisch Lichtenau, Hauptredner des Hess-Aufmarsches 1992, einen zweiseitigen Sermon über seine Ideologie und die Ziele seiner Organisation ab.

Bei den inhaltlichen Artikeln geht N. Nowicki besonders auf die Rolle von Frauen ein. Die *»im Wesen der Frau begründeten Aufgaben«* beschreibt sie wie folgt: *»Keine Frau kann wirklich glücklich werden durch Emanzipation, die ja Frau und Mann gleichmachen will. Hierdurch wird der in unserer Welt ja schon übliche Kampf gegen die Natur aufgenommen, die der Frau ja doch das sanftmütige, fröhliche Wesen und dem Manne eher das ernste, harte Wesen eingegeben hat.«(...) »Für uns liebe Mädchen und Frauen, darf es keine Schande sein Mutter und Hausfrau zu sein. Es ist eine der größten Aufgaben und eine Ehre.«(...) »Es liegt in der Natur der Frau schwächer zu sein als ein Mann, aber dennoch stehen wir aufrecht neben unseren Männern, sind ihnen Weib und Kameradin zugleich.« »Und Euch deutschen Jungen und Männern möchte ich mit auf dem (sic!) Weg geben: Ehrt deutsche Mädchen und Frauen, die das Glück in Eurer Leben tragen. Benutzt sie nicht wie eine Ware, die man nach Gebrauch wegwirft, so wie die Gruppe »Radikahl« in ihrem Lied singt: »Weiber sind bei uns nichts wert, auch wenn man sie nicht gern entbehrt...« Diese Einstellung ist kein Boden für uns nationalbewußten Deutschen.«* So sanftmütig, wie N. Nowicki ihre »Kameradinnen« hier darzustellen versucht, treten jedoch nicht alle von ihnen auf. So sind einige Renees bekannt als Anheizer- und Scharfmacherinnen bei gewalttätigen Angriffen und Überfällen.

N. Nowicki betreibt eine ideologiebildende Kurzschulung für Renees und versucht ihnen ein deutsches Frauen-Rasse-Bewußtsein näherzubringen. Renees also gleichsam für die Interessen der SFD und der WOMEN FOR ARYEN UNITY (siehe unten) intellektuell vorzubereiten. Aber nicht nur um den »Geist« geht es N. Nowicki. Sie betreibt über das »Volkstreue«-Zine auch gleich noch eine Partnervermittlung. Durch Bekanntschaftsanzeigen werden über Chiffrenummern die »kernigen« deutschen Männer und »Mädels« gleich mitgeliefert. So sucht *»Susi, 14jährige Renee mit den Traummaßen (...) (einen) gut gebauten, starken Skinhead, der ihr zeigt, wie schön Liebe sein kann.«* Zuschriften seien nur erwünscht unter Angabe des Bizepsumfanges. Und der 21jährige Thorsten aus dem Ruhrgebiet, engagierter Nationalist, FRANK RENNICKE- und Wagnerliebhaber sucht ein aktives, nationalistisch und kulturell interessiertes Mädel mit Verstand und Niveau um mit ihr in *»pol. Einklang und geistiger Harmonie einen Lebensbund«* zu schließen .

Nicole Nowicki ist außerdem Leiterin der WOMEN FOR ARYEN UNITY (WAU)-Sektion in der BRD und eine wichtige Figur in den internationalen Skin-/Renee-Zusammenhängen. Das »Volkstreue«- Zine ist Teil des Bloud & Honour-Netzwerkes und auf die politische Rekrutierung von Nazis und Renees in der BRD ausgelegt. Es schließt den Kreis von der ersten Ebene der SFD-Strategie, dem Kontaktangebot und der allgemeinen Intellektualisierung der Renee-Szene, zur zweiten Ebene, der Herausbildung von Kadern.

Dazu betreibt die SFD regelmäßige, regionale Gruppentreffen, auf denen die Tugenden der »deutschen Frau« und das nötige »Rassebewußtsein« vermittelt werden. Auf überregionaler Ebene finden über persönliche Kontakte regelmäßige Treffen statt. Jene werden über die Zeitung MIDGARD, das SFD Renee-Fanzine, das gleichsam den Kaderrundbrief darstellt, verfestigt und ausgebaut. MIDGARD wird von einer INES aus Berlin gemacht und nur an Mitglieder der SFD verschickt, d.h. auch Männer erhalten diese Zeitung nicht. Sie ist nur zur Schulung und zum inhaltlichen Austausch der SFD-Frauen gedacht. Diese sind in Heidelberg, Freiburg, Stuttgart, Gelsenkirchen, Nürnberg, Burscheid, Hamburg und Berlin in festen Gruppen organisiert.

Katrin Baier (mitte, Berlin, NF und Skingirlfront Deutschland) bei der NF-Cilque Jena



Das internationale Netzwerk von Renee-Gruppierungen

Die SFD ist der deutsche Ableger in dem internationalen Netzwerk von Renee-Gruppierungen der WOMEN FOR ARYAN UNITY (WAU). Oberstes Ziel dieser Vereinigung ist der Kampf für die »weiße Rasse« und gegen die »Zionistische Besatzungsregierung« (ZOG). Damit meinen sie nichts anderes, als die Wahnvorstellung einer »Weltverschwörung der Juden«, die hinter dem »korrupten Politsystem der liberalen Weltordnung« steht und »nichts anderes im Sinn hat als die arische Rasse zu zerstören«. In ihren Augen ist diese Verschwörung überall und natürlich kommunistisch gesteuert.

Inhaltlich bezieht sich die WAU auf Adolf Hitler, den sie als den »Urvater« betrachtet, der am »konsequentesten für eine arisch reine und disziplinierte Jugend eingetreten ist, während er die niederen Bastarde eindämmte«. Dementsprechend sieht die WAU in »der Rassenmischung den Untergang der arischen Rasse, den es zu verhindern gilt«. Die WAU ist über ein Netzwerk von regionalen Ortsgruppen weltweit organisiert. Es gibt Gruppen in der Schweiz, Italien, Spanien, Großbritannien und Irland. Der Ausgangspunkt für diese Organisierung ist aber in den USA und Kanada zu suchen. Von dort kommt der Großteil des Propagandamaterials und wird weltweit verschickt.

Durch den Ausgangspunkt der Aktivitäten der WOMEN FOR ARYAN UNITY kommt auch ihr Hintergrund, der KU KLUX KLAN zum Vorschein. Die WAU ist die Schwestergruppe der ARYAN RESISTANCE MOVEMENT, einer Klan-Gruppe, die zum Großteil aus militanten Boneheads besteht. Damit verschafft der KKK den Renees eine eigenständige Organisationsform, neben seiner eigentlichen Frauenorganisation, der ARYAN WOMEN'S LEAGUE. Inhaltlich unterscheiden sich diese beiden Gruppen kaum, nur durch die Tatsache, daß sich die Renees separat organisiert haben.

Ein Ziel des KKK in Bezug auf Frauenpolitik ist, daß »arisch bewußte« Frauen mehr Kinder kriegen sollen. Hintergrund dafür ist in ihren Augen die degenerierte Gesellschaft, deren Kinder durch die Propaganda von ZOG und die Rassenmischung debil seien. Durch die Gemeinschaft »arischer« Großfamilien soll dem entgegengesteuert werden und der Geist der »arischen Rasse « wieder wachsen, bis er groß genug sei die »ZOG-Welt« zu zerstören. Resümee des ganzen ist also, »arisch reine« Kinder zu züchten, um eine Volksgemeinschaft zu produzieren, in der allen anderen Menschen, die nicht den »arischen Idealen« entsprechen, die Lebensberechtigung abgesprochen wird.

Selbstverständlich treten sie deswegen auch gegen Abtreibungen ein – bei deutschen Frauen, versteht sich. Deutlich macht dies auch der Leserbrief von Kalle K. in der »Volkstreue« Nr. 3: *»Ferner finde ich es gut, daß Du Dich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzt. Es gibt nichts größeres, als sich für den Fortbestand der deutschen Rasse einzusetzen.«*

Das fehlte noch – die »Anti Frauen Organisation«

Die Schlußanekdote zur Renee-Organisierung könnte unter dem Motto stehen »zu blöd dazu, die eigene Ideologie zu verstehen« oder die »kernigen Männer« gründen eine Gegenorganisation, die ANTI FRAUEN ORGANISATION (AFO).

Initiator dieser, vor Intelligenz nur so strotzenden, Idee ist der ehemalige FAP-Funktionär DIETER RIEFLING (Berliner Platz 10, Oer-Erkenschwick). Riefling ist auch in seinen eigenen Reihen vor allem unter dem Spitznamen »MIESLING« bekannt. Er ist Herausgeber des Skin-Fanzines »DER AKTIVIST« und muß sich deswegen momentan mit einem Verfahren wegen Volksverhetzung beschäftigen. Aber auch so hat dieser »kernige« deutsche Mann einige Enttäuschungen in seinem Leben hinnehmen müssen.

Zuerst löste sich seine Band »DIE WAHRE PRACHT auf, just zu dem Zeitpunkt als ihnen ein Plattenvertrag angeboten wurde. Dann kommt es zum Bruch mit der FAP und kurze Zeit später wird der gelernte Bäckersgehilfe arbeitslos. Als ob das nicht schon genug der Schicksalsschläge gewesen wäre, verläßt ihn auch noch seine Ehefrau DANY RIEFLING (Herausgeberin des Fanzines DER MÄDELBRIEF) und läßt sich scheiden. Zu alledem, und dazu auch noch der Organisierung der Renees, fällt Riefling nur noch die AFO ein.

Für die Renees von der SFD kommentierte Nicole Nowicki seine Aktion postwendend mit *»...du geile Sau«*. Auf diese Kritik hin versucht sich Riefling wieder einzuschleimen, indem er die AFO in ANTI SCHLAMPEN AKTION (ASA) umbenennt, *»damit sich die paar guten Mädels nicht angesprochen fühlen«*. In Wirklichkeit unterstütze er ja die SFD und aus seinen eigenen schlimmen Erfahrungen heraus habe er sich ja nur dem Kampf gegen die »Schlampen und Huren« in der Bewegung verschrieben.

Riefling ist dabei kein Einzelfall für die Boneheadszene, wenn es darum geht, eigene Inhalte verstehen zu können, ohne in männlich-pubertierende Reaktionsmuster zu verfallen. Auch der Sänger der Nürnberger Nazi-Band RADIKAHL unterstützt die AFO und kommentierte das Votum der SFD gegen die »Anti Frauen Organisation« nach dem Motto *»Mann muß sich eben emanzipieren!«*. ■

Renees: »Sanftmütig und lebenslustig«



Die Deutsche Liga für Volk und Heimat
Die Ratten verlassen das »sinkende Schiff«

Um es nochmal in Erinnerung zu rufen, am 18.01.91 konstituierte sich die DEUTSCHE ALLIANZ / VEREINIGTE RECHTE (DA/VR), eine Sammelbewegung von ehemaligen REP-, NPD-, DVU und DSU-Funktionären. Dafür gab es mehrere Ursachen. Zum einen wurden innerparteiliche Kritiken am egozentrischen Führungsstil Schönhubers immer lauter, zum anderen stand er den Leuten im Weg, die aktiv eine Parteipolitik in Richtung einer modernisierten NS Partei vorantrieben. Die damalige rechte Hand SCHÖNHUBERs HARALD NEUBAUER (Mitglied im europäischen Parlament MdEP), kündigte schon nach seinem von REP-Chef Schönhuber vorangetriebenen Parteiausschluß in Rousdorf eine Neubildung an. Neubauer nahm die Fäden in die Hand und tingelte zu der Zeit durch ganz Deutschland, um für sein Projekt einer »authentischen Rechten« zu werben. Unterstützung fand er bei dem ehem. NPD-Vorsitzenden MARTIN MUßGNUG. Nach dem Flop der Bundestagswahlen im Wahlbündnis mit der finanzstarken »DVU-LISTE D« des Nationalzeitung-Verlegers Gerhard Frey, schnitt die NPD nur mit 0,3% ab und stand vor dem finanziellen Ruin, da nämlich Rückzahlungspflichten von 750.000 DM anstanden. Mußgnug unterzeichnete daraufhin mit seinem Stellvertreter JÜRGEN SCHÜTZINGER den Gründungsaufruf zur Deutschen Allianz/Vereinigte Rechte (DA/VR). Mit von der Partie sind der Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift »Nation u. Europa«, PETER DEHOUST, der Kölner REP-Stadtrat MARKUS BEISICHT und der DSU Wahlkampfleiter Dr. BERND WITTE.

Aber um die parteiinternen Intrigen und Spaltungen mal rechts liegen zu lassen, konnte man feststellen, daß sich im rechten Lager eine allgemeine »euphorische Aufbruchstimmung« in Richtung einer angeblich konzeptionell »neuen« rechten Sammlungsbewegung/Partei breit machte.

Diese Aufbruchstimmung zeigte sich wieder in den Gründungen von überparteilichen rechten Sammellagern nach dem Muster der AKOPI des ehem. Kreisvorsitzenden der Republikaner in



Das Präsidium des Gründungskongresses am 3.10.91 in Villingen-Schwenningen

Regensburg-Land, REINER BORN (AKOPI = ARBEITSKREIS OBERPFALZ/PATRIOTISCHE INITIATIVE). Nach eigenen Angaben verstand sich der Arbeitskreis als regionale Sammelbewegung *»demokratischer Patrioten zur Vorbereitung einer authentischen modernen Rechtspartei«*. Ein großer Teil der NPD schließt Bündnisse der verschiedensten Couleur, ihnen voran der zurückgetretene NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug und sein Stellvertreter Jürgen Schützinger. Schützinger, zu der Zeit im Stadtrat der baden-württembergischen Stadt Villingen-Schwenningen, iniziierte dort den Zusammenschluß von NPD- und REP-Stadträten zur »Gemeindefraktion der Vereinigten Rechten«. Damit sollte ein Signal gesetzt werden, dem auch noch weitere regionale Zusammenschlüsse folgen sollten.

Am 18./19. Januar 91 konstituierte sich dann die DEUTSCHE ALLIANZ/ARBEITSGEMEINSCHAFT VEREINIGTE RECHTE in München. Zum »120. Gründungstag des dt. Reiches durch Bismarck« traf sich ein 60köpfi-

Marcus Bauer (links) und Manfred Rouhs (rechts, »Europa Vorn«), beide Deutsche Liga











Von oben nach unten: **Martin Mußgnug (ex-NPD), Hans-Jürgen Sabrantzky, Walter Seetzen, Markus Beisicht (alle DL)**

ger Gründungsvorstand. Um nur einige zu erwähnen: Der fallengelassene Harald Neubauer, MdEP, in der dortigen technischen Fraktion und ehem.(?) NSDAP/AO-Mitglied; Martin Mußgnug; Jürgen Schützinger, NPD; FRANZ GLASAUER, ehem. REP; PETER RECKNAGEL ehem. REP; Markus Beisicht, ehem. Kölner REP; Rainer Born, AKOPI; Peter Dehoust (Nation und Europa)..... Unter den Ehrengästen befanden sich JOHANNA GRUND, ehem. REP, jetzt parteilos im eurpäischen Parlament, der Nationalrevolutionär und »Osteuropaexperte« WOLFGANG STRAUß, ALFRED KECK ehem. Professor der Humbold-Uni (der auch als Redner auftrat), Oberstleutnant a.D. WOLFGANG HAUSEN, USCHI und KARL GERHOLD (NPD-Stadträte, FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT Frankfurt/Main) und einige andere mehr. An militanter Szene war anwesend der GdNF-Kader THOMAS HENK alias RAINER HATZ und die NF-Bielefeld, die sich ausgiebig mit ihm besprach und mit ihren Hochglanzbroschüren versuchte, neue Mitglieder zu werben. Ihr inhaltlicher Beitrag zur Gründung war, ab und an mal volltrunken »Juden raus« zu gröhlen. Dies alles erstmal zur Verdeutlichung der Breite dieses Gründungstreffens.

Der erste Schritt wurde damit getan und wäre auch abgeschlossen gewesen, hätte sich nicht die Allianz-Versicherung auf die Füße getreten gefühlt wegen der Verwendung des Namens »Allianz«. Ein paar Monate später kam es zum Prozeß, den die Allianz-Versicherung gewann, und das Gründungskomitee mußte sich umbenennen. Heraus kam die DEUTSCHE LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT, die sich dann am 3.Oktober 91 in Villingen Schwenningen als offizielle Partei konstituierte.

An dem Kongreß nahmen ca. 400 Personen teil, davon 217 Delegierte. Es wurde ein 90köpfiger Bundesvorstand gewählt, an deren Spitze drei gleichberechtigte Bundessprecher stehen. Gewählt wurden Harald Neubauer (MEP), Jürgen Schützinger und RUDOLF KENDZIA (vom soeben zurückgetretenen Berliner REP-Landesvorstand). Anwesend waren auch diesmal Deligierte der militanten Nazi-Parteien. Unter ihnen der verstorbene THOMAS FINK aus dem Sauerland und der jetzige Vorsitzende der DL in Ostwestfalen MEINHARD OTTO ELBING. Als erstes Etappenziel sollte ein Erfolg bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im April 92 erzielt werden. Für das »Kulturelle Rahmenprogramm« sorgte der Faschobarde FRANK RENNICKE. Seine chauvinistischen und nationalistischen Ergüsse sind in diesen Kreisen wohl sehr beliebt, da er dort immer wieder auftaucht.

Arbeitsweise der »Partei neuen Typs«

Der Sammlungsanspruch vom »Geistigen Herren bis zum Neonazi«

Wie der Anspruch, die gesammelte bundesdeutsche Rechte an einen Tisch zu bringen praktisch umgesetzt wurde, läßt sich an verschiedenen Projekten verdeutlichen.

Ein Beispiel ist der am 25.09.91 gegründete FRANKENRAT um WERNER EICHINGER. Der Frankenrat stellt wohl die erste gemeinsame Plattform der »Vereinigten Rechten« im gesamten Fränkischen Raum dar. Werner Eichinger (DL) und HERBERT QUAST (DL) veranstalteten zusammen mit der WIKING JUGEND und der FAP (FALCO SCHÜSSLER, JÜRGEN SCHWAB) sowie dem ehem. NPD-Vorsitzenden MANFRED THEIMER die erste »Aschaffenburger Aktionswoche«.

Ein weiteres Projekt ist die am 4.5.91 in Villingen-Schwenningen gegründete DEUTSCHE REICHSJUGEND um GÜNTHER BOSCHÜTZ im Konstanzer Raum. Diese wurde ehemals als Jugendorganisation der DL gegründet. Boschütz war ebenfalls Mitglied der Nationalen Offensive und versuchte in Polen zusammen mit THORSTEN PAPPROTH, der den »Schlesien-Report« herausgibt, innerhalb der DEUTSCHEN FREUNDESKREISE in Polen Einfluß zu gewinnen (Papproth selbst arbeitet noch bei dem vierteljährlich erscheinenden rechten Heftchen »Europa Vorn« mit.). Boschütz steht in regem Kontakt zu den GdNF Kadern THOMAS HAINKE (Bielefeld) und EWALD BELA ALTHANS (München), mit denen er eine Veranstaltung in Schlesien organisierte.

Um das Ideologieheftchen »Staatsbriefe«, um den zur neuen Rechten dazuzurechnenden Dr. HANNS-DIETRICH SANDER, hat sich ein »Lesekreis« gebildet (der erste seiner Art am 20.09.92 in Köln und am 24.04.93 in Würzburg). Aus dem Bericht der »Staatsbriefe« 10/92 über den Lesekreis in Köln geht das Zitat hervor: *»das Spektrum reichte vom geistigen Herren bis zum Neonazi«*. Man wunderte sich, daß die Atmosphäre nicht knisterte, sondern sehr gelöst war (sic!). In den Staatsbriefen finden sich die breiten Kreise zusammen, die die »Reichsidee der Zukunft« diskutieren. Das »ausgewähl-

te« Spektrum von Autoren, das dort schreibt,beginnt beim Ex-SDSler REINHOLD OBERLERCHNER und endet beim ehem. NSDAP/AO-Kader MICHAEL KÜHNEN.

Nicht zu vergessen wäre auch noch der FREUNDESKREIS VEREINIGTE RECHTE um P. Dehoust und Glasauer. Über den Freundeskreis wurde von Dehoust in »Nation und Europa« 11/91 berichtet, daß er sich gegründet hat und *»bestrebt ist um die Zusammenführung von nationalen und demokratischen rechten Kräften. Daß er aus diesem Grund alle Bestrebungen der Einheit, der in vielen Organisationen zersplitterten Rechten, unterstützt«.* Diese »Bestrebungen« sollen folgendermaßen geschehen. Hier nur einige Punkte: *»Herstellung von Kontakten zwischen nationalen Gruppierungen auf allen Ebenen, Sammlung von Patrioten die nicht Mitglied (Berufsbedingt) einer nationalen rechten Partei werden können, Aufbau eines Umfelds im vorparlamentarischen Raum,...«* Neuerdings führen sie auch Schulungen durch, um Führungskader heranzubilden. Somit ein »Freundeskreis« für die, die noch Schwierigkeiten haben öffentlich den »Hitlergruß« zu zeigen, aber im geheimen schon mal üben können.

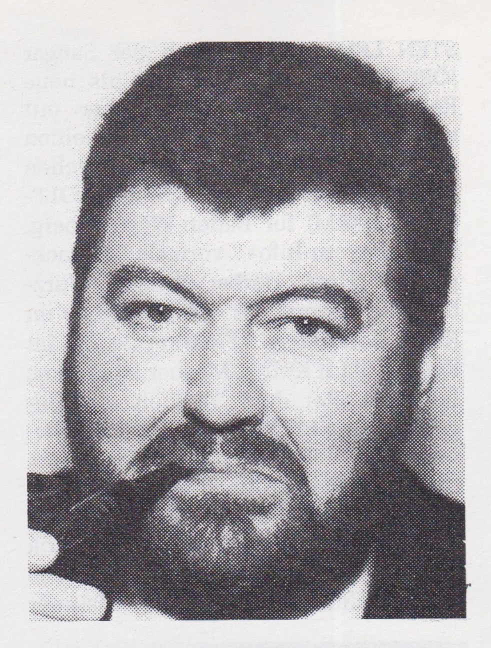
Auf einer Veranstaltung am 11.5.91 der Deutschen Liga in Hungen-Inheiden trat als Redner WOLFGANG NAHRAT (Wiking Jugend) auf. Jede Menge NS-Prominenz war vertreten, als militante Antifas auch an der Veranstaltung teilnehmen wollten. Harald Neubauer hielt währenddessen eine kurze Ansprache von seiner Rednerplattform unter der Küchenspüle.

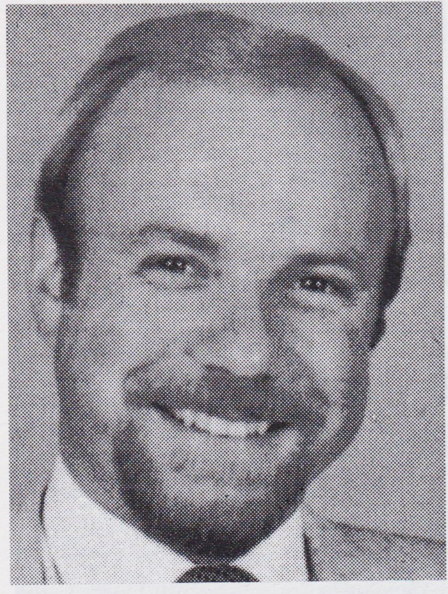
Während diese Verquickungen anfänglich noch im Verdeckten stattfanden, begannen die DL-Kader allmählich offensiver Richtung NS-Gruppen zu werben. Franz Glasauer traf man beim Naziaufmarsch am 9.11.91 in Halle. Organisiert wurde dieser von CHRISTIAN WORCH (GdNF, NATIONALE LISTE HH), THOMAS DIENEL (DEUTSCHE NATIONALE PARTEI, sitzt zur Zeit wegen Volksverhetzung im Knast) und DAVID IRVING. Dort verzichtet Glasauer noch auf seinen Redebeitrag, da er sich offensichtlich unwohl fühlte angesichts des teilweise schwer angetrunkenen und »Sieg-Heil« gröhlenden Nazi-Mobs. Etwa ein halbes Jahr darauf war er schon mutiger und hielt seine Rede in Dresden auf dem von Dienel angemeldeten Schweigemarsch nach dem »Sonntag-Urteil« am 20.6.92. Weitere Redner neben ihm: Dienel, ROMAN DANNEBERG (aus Hoyerswerda, sächsischer Landesvorsitzender der Deutschen Alternative), Christian Worch, und ARNULF PRIEM (GdNF, WOTANS VOLK, Berlin). Auch beim Aufmarsch zum »Rudolf-Hess-Marsch« 1992 durfte das Spektrum der DL nicht fehlen. Als Hauptredner trat das DL-Mitglied WOLFGANG JUCHEM in Erscheinung und der FÖRDERKREIS VEREINIGTE RECHTE stellte seinen Adressenverteiler für die Mobilisierung zum Heß-Aufmarsch zur Verfügung! Gehäufte Hinweise auf Verstrickungen der DL und ihren Ansatz, die Rechte an einen Tisch zu bringen (auch wenn man nicht die »gesammelten Werke« der Rechten lesen will), findet man auch in der Zeitung »Deutsche Rundschau« (DR). Man kann Anzeigen von der WIKING JUGEND oder des »Kampfsportverbandes« lesen. Dort wird man über gemeinsame »Sonnwendfeiern«auf dem »Runenhof« unweit der tschechischen Grenze im Bayerischen Wald informiert, zu dem der FÖRDERVEREIN VEREINIGTE RECHTE aufruft. Dazu kann man dann lesen, daß Mitglieder der Republikaner, NPD und DVU sowie eine Abordnung von Münchner Aktivisten (Althans, Nationale Offensive?), daran teilgenommen haben.

Das publizistische Netz um die Deutsche Liga

Bestrebungen, ein publizistisches Netz um die DL aufzubauen beginnen, bei der Zeitung die »Deutsche Rundschau«. Die DR ist fließend aus dem Organ »Der Republikaner« entstanden (Neubauer war der damalige Herausgeber und Chefredakteur). Der jetzige Geschäftsführer ist Franz Glasauer – Neubauer trat in den Hintergrund und den Posten als Chefredakteur übernahm Karl Richter.

Eine zentrale Bedeutung ist auch der Monatszeitung »Nation und Europa« zuzuschreiben: Herausgeber ab Nr.1/92 sind Harald Neubauer und ADOLF THADDEN neben Peter Dehoust. Chefredakteur ist auch hier Karl Richter, zusammen mit Wolfgang Strauss. Einen weiteren Einfluß besitzt die von MANFRED ROUHS (Kölner DL) herausgegebene 14-tägige Zeitung »Europa vorn«, die mit ihrer vierteljährlichen »Spezial«-Nummer bestens mit der europäischen NEUEN RECHTEN vernetzt ist. Ständige Mitarbeiter sind ALAIN DE BENOIST, MICHAEL WALKER, ROBERT STEUCKERS, Markus Bauer, Wolfgang Strauss u.a.. Interessant ist noch, daß seit kurzen der ehem. Manager der Faschoband »Störkraft« THOR-







Von oben nach unten:
Rainer Born (AKOPI), Jürgen Schützinger (DL-Bundessprecher), Wolfgang Nahrath (Wiking Jugend)

STEN LEMMER und auch der Sänger JÖRG PETRITSCH (laut Taz) als neue Redakteure und Mitherausgeber mit von der Partie ist. Regional erscheinen verschiedene Landes-Parteiblättchen wie der »Blitzschlag« (Hrsg. WOLFGANG DERM) für Baden-Württemberg, das »Bayern-Info« vormals »Knackpunkt« (Hrsg. Herbert Quast/ Würzburg) für Bayern, die » Domspitzen« im Raum Köln (Hrsg. »Fraktion der DL im Rat der Stadt Köln«, Macher ist Markus Beisicht). Bei dem Versuch eine Jugendzeitung im Raum Köln zu etablieren, ist das Heftchen »Der Hammer« (Hrsg. BERND SCHÖPPE) entstanden. Für die Versendung von Schulungs- und Propagandamaterial ist die »Patria Versand GmBH« verantwortlich. Die Geschäftsführer sind Franz Glasauer und Harald Neubauer. Dort kann man »Runen-Anstecknadeln«, »Schlesien bleibt Deutsch!«-Aufkleber, Reichskriegsflaggen, Musikassetten vom »Laienchor der Wikingjugend« sowie faschistische und antisemitische Büchern wie z.B. »Der Untermensch« oder »Wie kam der Jude zum Geld« erwerben.

Die Zusammenarbeit mit der »Eurorechten«

Dreh- und Angelpunkt der europaweiten Zusammenarbeit der DL stellen die Kontakte über die 17köpfige »technische Fraktion« der Rechten im Euopaparlament in Straßburg dar. Die Fraktion teilt sich auf in 6 deutsche Mitglieder: G. SCHODRUCH, Johanna Grund, KLAUS-PETER KÖHLER, Neubauer und Prof. EMIL SCHLEE, sowie 10 Vertreter der FRONT NATIONAL von LE PEN und KAREL DILLEN des flämischen rechten VLAMMS BLOK. Zur Gründungsveranstaltung der DL sandte YVAN BLOT, der persönliche Berater des Front National-Chefs Le Pen, eine Grußbotschaft. Karel Dillen und Dr. BRUNO GOLLNISCH (Front National) weisen in einer Straßburger Vollversammlung auf den Mord an Kaindl hin und jammern sich darüber aus, daß dieser von der rot/schwarzen Mehrheit im Parlament ignoriert würde.

Zum anderen findet international ein reger Austausch der Rechten statt.



Meinhard-Otto-Elbing von der Deutschen Liga-Bielefeld



Eurofaschisten unter sich: (v.l.n.r.) Harald Neubauer, Le Pen und Frau, Peter Köhler, Dr. Hans-Günter Schodruch

Über verschiedene »Hilfskomitees«, wie das HILFKOMITEE NÖRDLICHES OSTPREUßEN im Freundeskreis Vereinigte Rechte. Es versteht sich als Hilfsorganisation für Rußlanddeutsche, die sich in »Nordostpreußen« ansiedeln wollen. Sie organisieren Fahrten und »Hilfsleistungen ins nördl. Preußen« mit dem Ziel das Gebiet »längerfristig für Deutschland zu sichern«. Dr. RIGOLF HENNING organisiert mit JÜRGEN SABRAUTZKY (ehem. NPD jetzt Landesvorstand der DL in Schleswig-Holstein) eine »Gemeinschaftsfahrt« nach Litauen. Die 12köpfige Delegation der Rechten (unter ihnen Neubauer und Dehoust), erkundigte sich im Litauischen Klaipeda über die Situation der »Landsleute«, bekundete ihre Freude über die Befreiung von der »sowjetischen Fremdherrschaft« und fragte, wie es wohl um eine deutsch-russische Freihandelszone stände!

Beim »Schlesiertreffen« am 6.Juli 92 trifft man auf JÖRG FISCHER (Frankenrat), Johanna Grund, Glasauer und DL Bundesorganisationsleiter und Münchner Stadtrat PETER RECKNAGEL. In der DR findet man einen kurzen Artikel über FRANJA TUDJMAN (faschistischer, kroatischer Ministerpräsident). Tudjman wird für seine Aktion verteidigt, einen »Platz der Opfer des Faschismus« in einen »Platz der Könige Kroatiens« umzunennen. Ein paar Monate später kann man dann in der DR lesen, daß sich ein DEUTSCH-KROATISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN in Zagreb gegründet hat. Auch bot sich die DL als Veranstalter für JÖRG HAIDER (FPÖ-Rechtsaußen und Initiator des österreichischen Volksbegehren gegen Ausländer) an, nachdem die FDP ihn nach Protesten wieder auslud. Es gibt zahlreiche andere Beispiele, die vielfältigen Verbindungen und Verstrickungen der Rechten, hier insbesondere der DL und ihres Umfeldes, aufzuzeigen. Genug Material, um einen weiteren Artikel darüber zu schreiben.

Anspruch und Wirklichkeit

Trotzdem muß man wohl sagen, daß die DL Ihrem Anspruch, die Sammelpartei der Rechten zu werden, nicht gerecht geworden ist, eher daß sie zum Rohrkrepierer geworden ist. Vor allem nach Rostock setzt eine große Stagnationswelle ein, was neue Mitglieder oder Wähler betrifft. Auch wenn im Artikel von FRANK SCHWERDT in der Deutschen Rundschau noch das oppositionelle Gekreische zu lesen war, sich nun nicht zu »hysterischen« Distanzierungen hinreißen zu lassen und doch weiter zu ihrer Sache zu stehen. Die

Pogrome verteidigte er als »gesunde und natürliche Regungen in unserem Volk....« (DR 10/92). Doch die offizielle Parteilinie stellt sich nach außen ganz anders dar. Auf der Sitzung des Bundesvorstandes am 05.12.92 wurde auf Antrag Neubauers ein Beschluß einstimmig gefaßt: »Vorstandsmitglieder der Deutschen Liga sollen - soweit nicht bereits gehandhabt - weder als Gäste noch als Redner auf Versammlungen auftreten, die im Zusammen hang mit folgenden Personen stehen: MANFRED RÖDER, FRIEDHELM BUSSE, HEINZ REISZ, MARTIN PAPE, EWALD BELA ALTHANS, CHRISTIAN WORCH, GOTTFRIED KÜSSEL (ist eh im Knast, Anm. d.Info) und Thomas Dienel«. Das sieht wohl ziemlich nach kalten Füßen aus. Nach Rostock hat sich auch noch ihre langjährige Druckerei der DR verabschiedet, aus Angst vor Repression, wie die DR vom 01.01.93 mitteilte. Wenn die Seitenzahl der DR weiterhin so abnimmt, von der Anzahl der Abonennten ganz zu schweigen, langt wahrscheinlich sowieso bald ein Kopierer.

Der »Bürger«-Funktionär WOLFGANG HEINZ aus Köln bezichtigt die DL in der Sendung AKUT am 15.3.93, Skins aus dem Osten für Anschläge angekarrt zu haben. Ein weiterer harter Schlag war wohl auch der Rücktritt ihres Bundessprechers Rudolf Kenzia nach den Morden in Mölln. Sein Beschluß wäre ein rein persönlicher, er wäre dem momentanen Klima und der Repression ihm gegenüber, da er ja eine Person im öffentlichen Leben sei, nicht mehr gewachsen. (Kendzia ist heute Immobilienvermittler in Berlin, siehe Artikel »Die Nationalen«)

Leserkreistreffen der Zeitschrift »STAATSBRIEFE«: Ein Forum quer durch die Neofascene!!

Für Samstag den 24.4.93 hatte MANFRED ZERL (Postfach 1931, 8520 Erlangen) alle Leser der Zeitschrift »Staatsbriefe« zu einem ersten Treffen eingeladen. Referenten der Veranstaltung, die um 14.30 im Ratskeller im Rathaus beginnen sollte, sind der Herausgeber der Zeitschrift HANS-DIETRICH SANDER aus München und ein Vertreter der Partei BUND FRANKENLAND gewesen. Gründungen solcher »Leserkreise« fanden seit dem ersten Versuch am 20.9.92 in Köln unter der Schirmherrschaft der Deutschen Liga in mehreren Orten der BRD statt. So z. B. am 7.3.93 in Leipzig und am 8.3.93 in Berlin (organisiert von der Wahlvereinigung DIE NATIONALEN).

Sander selbst, der die Zeitschrift »Staatsbriefe« seit drei Jahren herausgibt, ist mit seiner Geschichte als ehemaliger »Welt«- Autor, als Herausgeber der »Deutschen Monatshefte« von 83 bis 86 (diese wurden 90 vom Faschisten-Kaderblatt »Nation und Europa« geschluckt) kein unbekannter in Neofakreisen. Sein Buch »Der Nationale Imperativ« wird von allen rechten Buchvertrieben geführt und gepriesen. Als Autor in »Nation und Europa« ist er genauso vertreten wie als Referent auf dem Bundeskongress der »Deutschen Liga« 92 in Köln (dies wußten jedoch F/Antifas zu verhindern...). Jedoch ist Sanders auch gern eingeladener Gast beim CSU-Studienzentrum Weikersheim (5.-6.3.93) und am 13.3.93 bei der GESAMTDEUTSCHEN INITIATIVE in der Hermann Ehlers Akademie. Sein gern referiertes Thema ist die Frage nach der Vorbereitung einer »Tyranis oder Diktatur« zur Ablösung der Demokratie. *»Wir sollten deshalb rechtzeitig wieder ein unbefangenes Verhältnis zu solchen Herrschaftsweisen anstreben, um eines Tages diese rohe Form in einer Konstitution vollenden zu können.«*

Ein Reichsverfassungsentwurf wie ein »Entwurf eines Hunderttage-Programms der nationalen Notstandsregierung in Deutschland«, entworfen vom ehemaligen SDS-ler REINHOLD OBERLERCHER wird seit einen Jahr von verschiedensten Neofa-Organisationen vom eher theoretischen »DESG-inform« Flügel der »Neuen« Rechten bis zu GdNF-Kadergruppen der Militanten diskutiert. Eingeladen nach Würzburg hat der Kreis um die Partei BUND FRANKENLAND der mit ihrem Kopf UWE MEENEN (JN, Würzburg) längere Zeit Mitglied des FRÄNKISCHEN BUNDES war. Mit dem regionalistischen Ansatz versuchten sie seit Mitte 91 gemeinsam mit der Deutschen Liga (Herbert Quast/Würzburg; Jörg Fischer/Nürnberg; Werner Eichinger/8761 Röllbach) eine Struktur zur Vernetzung der Nordbayerischen Neofascene unter dem Namen »Frankenrat« aufzubauen. Die Aktionswoche 91 in Aschaffenburg, in der die FAP-Kader (Falco Schüssler/Aschaffenburg) mit WJ Leuten bis hin zu Liga- Kadern zusammenarbeiteten, war Ausdruck dieser Versuche. Eben jenes Spektrum ist ein Spiegelbild der Leserkreistreffen.

Über die Inkonsequenz der DL gibt es auch noch was zu sagen. Zu der Zeit, als alles noch in Aufbruchstimmung war und sie vor allem kein gutes Haar an Schönhuber lassen konnten, stellte die DR ein Buch vor. Herausgeber Karl Richter, Titel: »Der Absteiger, Franz Schönhuber und der Niedergang der »Republikaner«. Ungefähr ein Jahr danach findet man in der DR wieder eine Buchvorstellung, kurz nach dem Einzug der REPs in den baden-württembergischen Landtag. Herausgeber Karl Richter, Titel:» Franz Schönhuber, Wer ist dieser Mann?«. De facto ist die Deutsche Liga bis jetzt nicht die Sammlungsbewegung der deutschen Rechten geworden. Eine Alternative zur DL gibt es aber auch noch nicht. Gefährlich jedoch ist der Ansatz, die Idee die dahinter steht: Alle rechten Sekten, Gruppen und Parteien an einen Tisch zu bringen. Wobei man eingestehen muß, daß die DL heute mit nur geringen Erfolgen bei Wahlen schon ziemlich viel Einfluß auf den verschiedensten Ebenen hat. Die Höhe der ausgegebenen Mitgliedsnummern bewegt sich im Augenblick bei c.a. 2300. Noch!

Die Deutsche Liga in Köln und antifaschistischer Widerstand

Die DL-Fraktion im Stadtrat von Köln ist wohl momentan die bestorganisierteste Fraktion der DL in der BRD. Die Verbindungen zur eindeutigen NS-Szene liegen hier nicht so offen wie bei anderen Sektionen der Partei, dafür sorgt die Kölner DL für eine meist schlagzeilenreife Pressearbeit und für Ärger mit AntifaschistInnen, die der DL das Leben schwer machen. Ihre Medien sind die » Kölner Domspitzen« - Berichte aus der Fraktion Deutsche Liga im Rat der Stadt Köln. Chefredakteur und auch Vorsitzender der DL Köln ist Markus Beisicht, er war bis 87 Bundesvorstand des RING FREIHEITLICHER STUDENTEN (RFS) Er fiel in der Zeit wegen Teilnahme an Auseinandersetzungen mit GegendemonstrantInnen, anläßlich einer RFS- und ÖDP-Veranstaltung, auf. 1989 war er Spitzenkandidat der Republikaner bei den Kölner Kommunalwahlen. Ziemlich schnell fand man ihn dann auch bei der Gründung der DL wieder. Er ist sozusagen ein rechter Karrieretyp. Stellvertretender Vorsitzender der DL Köln ist RAINER VOGEL, ein »40jähriger Jurastudent«. Er saß in den Jahren 79-83 im Bundesvorstand der NPD und der JN, die er wegen »finanzieller Veruntreuung« verlassen mußte. Bis zur Gründung der DL mußte er wegen sei-

ner eindeutigen Nazi-Vorgeschichte bei den Kölner REPs in der 2.Reihe sitzen. Natürlich findet man bei der Kölner DL auch den Herausgeber der »Europa vorn«-Hefte Manfred Rouhs wieder.

Weiterhin wird in Köln wird das Faschojugendmagazin »Der Hammer« von Bernd Schöppe herausgegeben, in dem unter anderen ein einmal im Monat stattfindender »Jugendstammtisch« angeboten wird.

Im Oktober 91 sollte vor dem Kölner Dom eine Protestkundgebung der DL unter dem Motto »Gegen das illegal eingeräumte Bleiberecht für Roma und Sinti (=Zigeuner)!« stattfinden. Initiatoren waren neben der DL der Ring freiheitlicher Studenten und der Kölner NPD- Kreisvorstand. Ligachef Beisicht wollte nach eigenen Aussagen ein »Fanal (!) gegen die rechtswidrigen Integrationsbemühungen der Zigeunerlobby setzen«. Es geht wie Öl runter wenn man ließt, daß durch das gezielte Angreifen von Antifas die Kundgebung verhindert wurde und es wohl eher ein »Fanal« gegen die Initiatoren wurde. Beisicht konnte sich in der DR nur noch darüber empören, daß nicht noch viel mehr passiert ist, da sie unter einem Hagel von Eier, Bierflaschen, Farbbeuteln, Schlägen und Tritten nicht mal durch das Spalier der Polizei einen unbehelligten Abzug antreten konnten. Die Kader der DL werden von Antifas auch zu Hause nicht unbehelligt gelassen. Manfred Rouhs und Markus Bauer standen nach einem Überfall auf sie seit Anfang Dezember unter Polizeischutz. Andere Antifas statteten auch den Fraktionsräumen der DL einen heftigen Besuch ab.

Am 3.Oktober 93 fand in Köln der erste Bundeskongreß zum einjährigen Bestehen der DL statt. Auch hier wurden sie von Antifas ziemlich gestört, so daß z.B. zwei ihrer Hauptredner und Gäste, Dr. Sander, den wir ja mittlerweile von den »Staatsbriefen« her kennen, und Rudolf Kenzia (DL- Berlin), gar nicht erst daran teilnehmen konnten, so wie viele andere auch.

In letzter Zeit produzierte die DL Schlagzeilen durch ihre Hetzjagd auf Nidar Pampurovas. Die Stadt Köln schob die Romafrau Mitte Januar nach Mazedonien ab. Ihre Familie, Tochter, Sohn und Mann, konnten von Freunden versteckt werden. Aufgrund breiter Solidarität konnte Nidar im Februar zurückgeholt werden und lebt seitdem versteckt und illegal in Köln. Die Ratsfraktion der DL eröffnete danach eine Treibjagd auf Nidar und ihre Familie. Zuerst gaben sie eine Presseerklärung heraus, in der erklärt wurde: »Die Fraktion der DL hat für Hinweise, die zur Ergreifung der Landfahrerin NIDAR PAMPUROVA führen, eine Belohnung in Höhe von 1.000.- DM ausgesetzt.« Am Tag darauf erfolgte die Ankündigung von 50.000 Steckbriefen und 3.000 Plakaten. »Die Ratsfraktion der DL startet eine für Köln einmalige Suchaktion...«

Die Aktion der DL hat ziemlich großen Protest ausgelöst. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt gegen Bernd Schöppe, der für die Aktion verantwortlich zeichnet, wegen Amtsanmaßung. Der Vorsitzende des ZENTRALRATES DEUTSCHER SINTI UND ROMA, ROMANI ROSE, hat wegen Volksverhetzung Strafantrag gestellt. Weitere Reaktionen gab es auch von JournalistInnen der IG MEDIEN, und die Verwaltung der Stadt Köln klemmte den Fax- und Telefonanschluß im Fraktionsbüro der DL ab, der als Kontakt angegeben waren und will prüfen, ob Fraktionszuschüsse illegal verwendet worden seien. Die Entscheidung für eine Abschiebung allerdings erhält sie weiterhin aufrecht! Mittlerweile hat die 28. Strafkammer des Landgerichts Köln mit einer einstweiligen Verfügung zwei Mitgliedern der DL verboten, per »Steckbrief« Nidar Pampurova zu suchen. Außerdem dürfen sie keine Belohnung zur Ergreifung der Roma-Frau aussetzen, hier hatte die DL inzwischen die Summe auf 5000 DM erhöht. RALF GIORDANO hat sich mit einer »Warnung an alle Kölner« an die Öffentlichkeit gewandt und fordert, den legalen Aufenthalt für die Familie zu erkämpfen (siehe Antifaschistische Nachrichten12/3 und 26/3/93).

Zu guter Letzt noch eine interessante Nachricht. Manfred Rouhs (DL-Köln, Europa vorn) hat mit Thorsten Lemmer und dem Geschäftsführer der FREIEN WÄHLERGEMEINSCHAFT im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf, CHRISTIAN EITEL, die Firma »Moderne Zeiten« gegründet. Die Gründer stehen im Düsseldorfer Handelsregister unter der Eintragung »LER und Partner GmBH in Gründung«. Entstanden ist ebenfalls ein neues Fascho-Musik-Zine mit dem gleichnamigen Titel »Moderne Zeiten«. Herausgeber ist die »LER und Partner GmBH«, V.i.S.d.P. dieser Zeitung ist Andreas Zehnsdorf, Welperstr. 59, 4320 Hattingen. Er hat bisher das »(Ketzerblatt) FRONTAL« herausgegeben, welches auf Grund dieser Neuerscheinung eingestellt wurde. Die Abonnentenkartei wurde gleich für die neue Zeitung übernommen, sie tritt damit also eine direkte Nachfolge an. Die Auflage der ersten Ausgabe beträgt nach eigenen Angaben 10.000 Stück. Über diese Zeitung wird auch gleich Werbung gemacht für den »Moderne Zeiten Vertrieb«, über den jede Menge Fascho-Platten erhältlich sind. Es gibt sozusagen eine neue »Fusion« unter den Faschos, denn auch das Heft »Europa vorn« soll jetzt nicht mehr von Rouhs alleine herausgegeben werden, sondern gemeinsam mit dieser neuen GmBH. (Mehr über diese interessanten Verbindungen zwischen Musikszene und faschistischen Parteien in der nächsten Ausgabe.) ■

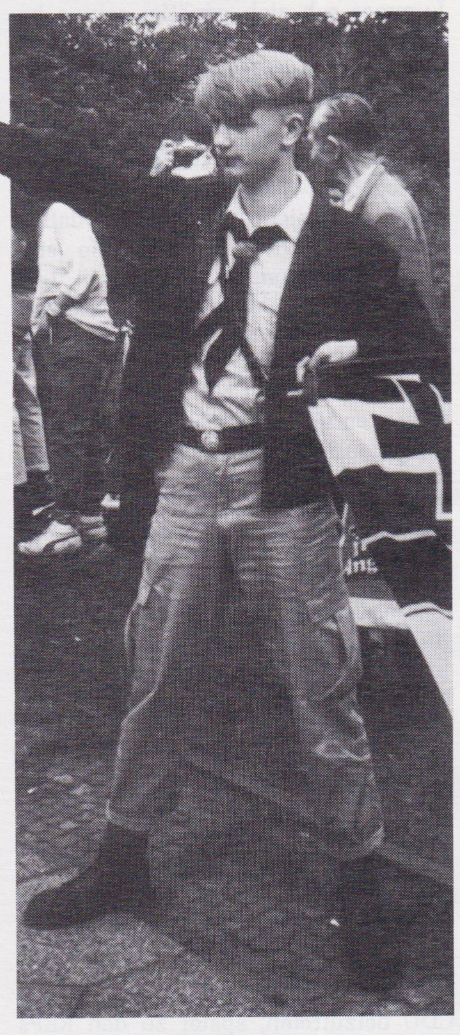
Die Fraktionsräume der Deutschen Liga in Köln nach einem antifaschistischen Besuch



Die NATIONALEN – von der NSDAP/AO bis in die Braunzone

Die Berlin-Brandenburgische DEUTSCHE LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT (DL) tritt öffentlich entweder mit dem HOFFMANN VON FALLERSLEBEN-BILDUNGSWERK oder im Rahmen der NATIONALEN in Erscheinung. Der Berliner Verfassungsschutz rechnet der DL selbst 140 Mitglieder zu. Die Wählergemeinschaft der NATIONALEN versucht Parteien, Gruppen und Einzelpersonen vom äußersten rechten Rand bis in die Reihen der CDU unter einem Dach zu sammeln. Als Farben tragen die Nazis, wie auch die Vorfeld-Organisationen der GdNF, die Farben »Schwarz, Weiß, Rot«. In Brandenburg versuchen die Nationalen mit der VOLKSINITIATIVE GEGEN ASYLANTENZUSTROM (verantwortlich PETER GILLIAN und VOLKER KIESELER) seit November '92 20.000 Unterschriften zu sammeln, um die Potsdamer Landesregierung dazu zu bewegen, »die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, keine Asylanten in Brandenburg mehr unterzubringen«. Die Nationalen sind heute das größte NS-Sammelbecken in Berlin- Brandenburg. Dabei reichen die Kontakte vom national konservativen Lager von Lummer und Co. bis zu den militanten Nazi-Organisationen. Die Linie, die der Landesvorstand der Nationalen um Frank Schwerdt und dem Beisitzer Christian Wendt eingeschlagen hat, zielt auf den Aufbau einer NS-Partei mit seriösem Anstrich. Am 5. Dezember 1993 wollen die Nationalen zu den Brandenburger Kommunalwahlen antreten.

Ende 1991 gründeten der Berlin-0Treptower PETER BOCHE aus dem Spektrum der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) und der DL, der Berlin-Brandenburgische Landesbeauftragte der NPD THILO KABUS und der ehemalige DSU-Wahlkampfleiter Dr. BERND WITTE aus Lichtenberg die Wählergemeinschaft der Nationalen - Liste »Wir sind das Volk«. Man einigte sich auf ein Parteiprogramm und trat am 9. Mai 1992 in neun Berliner Bezirken zur Kommunalwahl an. Die großen Hoffnungen auf einen massenhaften Zuspruch von »enttäuschen« REPUBLIKANER-WählerInnen wurden bitter enttäuscht. Nur 0,2% der BerlinerInnen stimmten landesweit für die neue Partei, gegenüber 8,3% Stimmanteilen, die auf die REPs entfielen. Fast sämtliche Funktionäre der DL gehörten zu den aktivsten Funktionären der Berliner REPs. Wie ihre braunen Kameraden in Westdeutschland, hatten auch sie sich mit FRANZ SCHÖNHUBER zerstritten, der einer aktiv betriebenen Parteipolitik Richtung einer NS-Partei mit modernisiertem Erscheinungsbild im Wege stand. Nach dem Übertritt zur DL ging die Berlin-Brandenburger DL um ihren Vorsitzenden FRANK SCHWERDT auf die zersplitterten NS-Organisationen zu, um sie für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Zu den Wahlen waren 37 Nazis von der NATIONALEN ALTERNATIVE, mit OLIVER SCHWEIGERT als »Bereichsaufbauleiter« der GdNF, ROY BRAND als stellvertretender Vorsitzender der DA-Lichtenberg, über die Rudower Nazis um CHRISTIAN WENDT sowie NPD-Mitglieder angetreten. Dieses Bündnis von Ex-REPs, NPD'lern und NSDAP/AO-Mitgliedern lud am 9. Mai 1992 den Geschichtsfälscher DAVID IRVING zu einer Kundgebung vor dem russischen Militärmuseum in Berlin-Karlshorst ein, um die Wahlwerbetrommel für die Nationalen zu rühren. Wie berichtet scheiterte dieser Versuch kläglich, da ein breites Antifaschistisches Bündnis vor Ort demonstrierte und die Behörden wegen Sicherheitsbedenken den Aufmarsch verbieten mußten. Einige der Kandidaten der Nationalen blieben in Polizeikontrollen hängen. So auch der Reinickendorfer NORBERT MICHALIK, bei dem die Polizei am 9. Mai eine 9mm Pistole, »Miami« der Firma »Rieck«, beschlagnahmte, plus 19 9mm-Patronen und ein Vollmantelgeschoß - Kaliber 7,62mm. David Irving erschien noch nicht einmal zu einer geplanten Ausweichverantsaltung in einem Berliner Hotel. In Nazikreisen hieß es, daß CHRISTIAN WORCH, der Anführer der GdNF und Irvings »Reiseleiter« für eine ganze Reihe von Veranstaltungen, ihn nicht anreisen lassen wollte, da er die Berliner »Kameraden« für unfähig hielt, ausreichenden Schutz zu gewährleisten. Nach diesen Debakeln



Christian Wendt sitzt heute im Landesvorstand der Nationalen und ist verantwortlicher Redakteur der Berlin-Brandenburger Zeitung, hier am 18.8.87 vor dem Kriegsverbrechergefängnis in Spandau.

widmeten sich die Kader der Nationalen verstärkt dem Organisationsaufbau und dem Ausbau von Kontakten mit dem Ziel zur großen NS-Sammlungspartei zu werden.

Sammlung der Konservativen

Der »gesellschaftlich seriöse Arm« der DL in Berlin ist das Hoffman von Fallersleben-Bildungswerk (HvFB). Seine Vortragsreihen werden in verschiedenen Nazi-Zeitungen wie »Nation und Europa« oder »DESG-Inform« angekündigt. Es werden Redner wie HERBERT BATH, der »rechtskonservative« MARKUS MOTSCHMANN, RO-

LAND HAHN, das Mitglied der Eurorechten Prof. EMIL SCHLEE oder auch der CDU-Bundstagsabgeordnete HEINRICH LUMMER eingeladen. In der Regel finden diese Veranstaltungen z.B. im Rathaus Pankow oder im »Wirtshaus Alexander« in der Königin-Elisabeth-Straße statt. Nur Heinrich Lummer sah sich genötigt seinen bereits zugesagten und angekündigten Vortag über sein neu erschienenes Buch »Asyl – ein mißbrauchtes Recht« abzusagen. Die Berliner Zeitung veröffentlichte den Inhalt der Einladung im Vorfeld und Lummer redete sich heraus, daß er nicht gewußt habe, daß es sich beim »Bildungswerk« um eine Tarnorganisation der Deutschen Liga und anderer Nazis handele. Trotzdem ist davon auszugehen, daß Lummer den Nazifilz recht genau kennt, einmal aus seiner Zeit der NPD-Kontakte, weswegen er 1986 als Berliner Innensenator gehen mußte, und heute über seine Kontakte zur »Jungen Freiheit«, für die er im November 92 den Kommentar »Republikaner nicht länger blockieren« geschrieben hatte.

Ein weiterer Schwerpunkt des HvFB liegt in der Schulung von »allen, die im nationalen Lager tätig sind» in kostenlosen »eintägigen Kurzseminaren«. Die Angebote reichen über »Deutsche Geschichte, Nationalsozialismus, [...] und vieles mehr«. Dem Kuratorium der »gemeinnützigen Bildungseinrichtung« gehören »17 Mitglieder aus verschiedenen nationalen Verbänden« an. Ähnlich wie in der Deutschen Liga sind es teilweise »Veteranen« der Berliner Nazi-Szene, die ihren Weg bei der NPD begannen, um dann teilweise der CDU beizutreten, später zu den REPs zu wechseln und jetzt die Zeit für reif halten offen auf eindeutige NS-Organisationen zuzugehen. Nach eigenen Angaben seien lediglich drei Vereinsmitglieder der DL zugehörig, HERMANN FLEMMING gehört noch zu den REPs und die übrigen 14 seien parteilos. Unter ihnen auch der ehemalige REP-Fraktionsführer im Abgeordnetenhaus und Vorsitzende des HvFB 1992 CARSTEN PAGEL, der als Rechtsanwalt auch die Berliner Nazis verteidigt. Im November 1992 machte er Schlagzeilen durch seine Zusammenarbeit mit illegalen Wohnungsvermittlern. (siehe Kasten) Zusammen mit THORSTEN THALER stellt er die Berlin Seite in der »Jungen Freiheit« zusammen.

Sammlung der NS-Organisationen

Während die DL eine intensive Zusammenarbeit mit der DEUTSCHEN ALTERNATIVE (DA), der NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) und der NATIONALEN OFFENSIVE (NO) entwickelt hat, knüpft das »Bildungswerk« seinerseits entsprechend intensive Kontakte zu der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN (BKP), die das Gegenstück zum HvFB im Netz des organisierten Nationalsozialismus ist. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung von BKP und HvFB im Januar 1993, anläßlich des »Reichsgründungstages«, lobte der neue HvFB-Vorsitzende KARL-HEINZ PANTELEIT (DL) die gute Zusammenarbeit mit der BKP und ihrer Vorsitzenden Frau Dr. URSULA SCHAFFER (NPD). Schon für den, von der BKP organisierten, Nazi-Aufmarsch in Halbe 1992 sagte das Spektrum der DL seine Teilnahme zu und versuchte zum, von der Polizei abgesperrten, Veranstaltungsort zu gelangen. Über die zentrale Bedeutung der BKP haben wir ausführlich in den zurückliegenden Nummern berichtet. An dieser Stelle sei nur erwähnt, daß die BKP die Organisatorin des Nazi-Aufmarsches in Halbe und die Schaltstelle zwischen alten WAFFEN-SS-Mitgliedern und NSDAPlern mit Neonazi-Kadern aller verschiedenen NS-Organisationen ist.

In der »Berlin-Brandenburger Zeitung der Nationalen« wirbt die BKP für eine »Schlesienfahrt für Nationalgesinnte« vom 20. bis 23. Mai 1993. Ziel ist, die »Kontakte in die deutschen Ostgebiete aufrechtzuerhalten«. Auf dem Programm stehen u.a. eine Besichtigung des Senders Gleiwitz, den Hitlers Truppen in polnischen Uniformen stürmten - der letzte Vorwand für den Überfall auf Polen am 1. September 1939. »Darüberhinaus werden die Teilnehmer in Sporok mit Vertretern der DEUTSCHEN FREUNDESKREISE zusammentreffen«. In einer Anzeige warb die BKP weiterhin für eine Veranstaltung mit dem Herausgeber der Staatsbriefe Dr. HANS-DIETRICH SANDER in Berlin-Treptow, wobei nähere Informationen über die Nationalen angefordert werden konnten.

Die Berlin-Brandenburger Zeitung der Nationalen (BBZ)

Der Rudower Nazi Hans Christian Wendt aus der Lippschitzallee zeichnet als leitender Redakteur der achtseitigen Zeitung, er sitzt im Landesvorstand der Nationalen und bearbeitet die Anfragen »zwecks Jugend«. Wendt gründete 1988 seinen ersten eigenen Nazi-Verein NATIONALE AKTIVISTEN DEUTSCHLANDS und prügelte sich so durch die Lande, wofür er bereits einige Monate in Haft saß. Bei seiner Verhaftung wegen »Volksverhetzung« 1989 fand die Polizei bei ihm 250 Aufkleber der illegalen NSDAP/AO und einen Brief von Oliver Schweigert an den Berliner Staatsschutz. Die NATIONALE SAMMLUNG (NS) Kühnens war gerade verboten worden und Schweigert begegnete der Gefahr polizeilicher Repression mit bemerkenswerter Intelligenz: »1. In Berlin hat es keine OG der NS gegeben. 2. Die OG der NS hat sich aufgelöst. 3. Die Berliner OG wird nicht in den Untergrund gehen.«

Auch Christian Wendt brauchte nicht in den Untergrund zu gehen, sondern leitet eine Zeitung, die lt. Frank Schwerdt »nationalen Verbänden die Gelegenheit zur Selbstdarstellung« ge-

DIE NATIONALEN

Vorstand, gewählt am 15.2.93:
FRANK SCHWERDT (Vorsitzender)
Dr. BERND WITTE (stellv. Vors.)
ANNIKA BÖTTCHER (Schriftführerin)
ANDREAS NEUMANN (Schatzmeister)
FRANK ZABACK (Beisitzer)
CHRISTIAN WENDT (Beisitzer)
UWE HOFELE (Beisitzer)
CHRISTIAN WROBEL (Beisitzer)
RANO DERTZ (Beisitzer)
CHRISTIAN BENDZKA (Beisitzer)

Kreisverband Berlin Süd-West:
FRANK ZABACK (Vorsitzender)
RAIDAR REIME (stellv. Vorsitzender)
ANJA PREUß (Schriftführerin)
UWE HOFELE (Kassenwart)

Wahlteilnahme am 24.5.92 in Berlin: Tempelhof, Marzahn, Lichtenberg, Treptow, Weissensee, Spandau, Neukölln, Wedding, Reinickendorf

HOFFMANN VON FALLERSLEBEN BILDUNGSWERK

Vorstand, gewählt am 11.12.92:
KARL-HEINZ PANTELEIT (DL; Vorsitzender)
Dr. MATTHIAS BATH (stellv. Vors.)
RICHARD MIOSGA (DL; Schatzmeister)
RITA BÖNISCH (Schriftführerin)

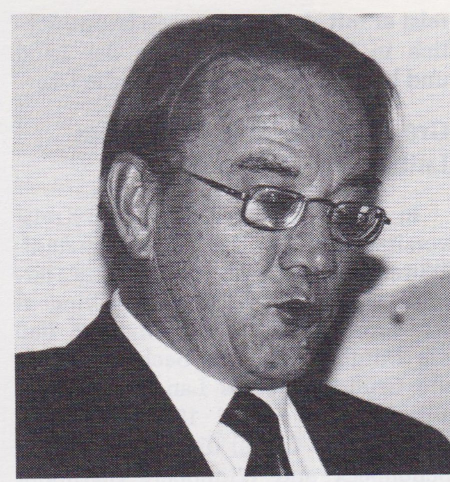
Mitglieder des Kuratoriums:
Dr. ELBERN
CARSTEN PAGEL

Mitglieder:
FRANK SCHWERDT (DL),
HERMANN FLEMMING (REP),
sowie acht weitere

ben will. Rein äußerlich ist das achtseitige Blättchen nicht auf den ersten Blick als Nazi-Hetzpostille zu erkennen, wie Wendt's ehemalige Zeitung »Sturm« mit dem Titel »40 Jahre Judenrepublik«. Man hat den Computersatz für sich entdeckt und will ein breiteres Publikum erreichen. Behandelt werden die üblichen Themen deutscher Nazis. Sog. »Asylbetrüger« werden für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht, ein HaFi (wahrscheinlich Pseudonym von HARALD FISCHER aus Spandau) fordert, daß »Täter dingfest gemacht, und nicht nach Feststellung der Personalien auf freien Fuß gesetzt werden« und Wendt beschwert sich über eine angebliche Hatz gegen alles Rechte. Ihrerseits hetzt die Zeitung gegen Flüchtlinge und beschwört weitere Pogrome in Mecklenburg-Vorpommern gegen die Asyllager Horst, Goldberg und Hinrichshagen. Dankbar wird die Mißwirtschaft der PolitikerInnen aufgegriffen, die nicht willens sind ausreichende und menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen und dem Rassismus neue Nahrung geben. Nach dem Pogrom von Rostock hat sich an der Politik der Landesregierung nur die Dichte der Polizeipräsenz verändert.

Frank Schwerdt bemüht sich, eine schlüssige Argumentation zu entwikkeln, in der er behauptet, daß die Arbeitsplätze, die durch die Kündigungen von Nazis durch »ausländerfreundliche Unternehmer« freiwürden, sofort mit »wesentlich billigeren Ausländern besetzt« würden. Vor dem Hintergrund, daß die geltenden Tarifverträge dafür sorgen, daß die Ossis zu den billigen Arbeitskräften gehören, die Unternehmensleitungen ImmigrantInnen gefeuert und Leute aus den Neuen Bundesländern eingestellt haben und daß jeder Arbeitsplatz erst vier Wochen für einen Deutschen bereitgehalten werden muß, ist das sowieso absoluter Schwachsinn - eben Hetz-Propaganda. In Berlin gründete sich am 14. Januar 93 der Kreisverband Süd-West, zu dem lt. BBZ 30 Mitglieder gehören. Es würden wöchentlich Informationsabende durchgeführt, wobei eine Kneipe in Berlin- Tempelhof die braunen Gäste nach Protesten dreier Besucher an die Luft setzte. Für den Kreisverband »Süd-Ost« zeichnet CHRISTIAN WROBEL aus der Schönefelder Straße verantwortlich. Desweiteren sei auch die Gründung der NATIONALEN JUGEND als eigenständiger Jugendverband beabsichtigt.

Am 3.Oktober 1992 fuhr Christian Wendt mit einer Handvoll anderer Berliner Nazis zum Aufmarsch der NO nach Dresden um die Kontakte aufrechtzuerhalten. Intensiv beobachtet werden die Aktivitäten um die verbotene DA in Cottbus. Vom, durch die Polizei aufgelösten, Treffen der NPD in der DA-Stammkneipe »Zum Wassermann« in Groß-Gaglow wird ebenso berichtet, wie von einer Veranstaltung am selben Ort vom DEUTSCHEN JUGEND BILDUNGSWERK mit EWALD BELA ALTHANS und dem österreichischen Revisionisten RAINER BACHMANN. Bereits am 10. Juli 92 diskutierten Funktionäre der DL und der DA in Groß-Gaglow über ein gemeinsames Vorgehen in Bayern. Auch Frank Schwerdt selbst hielt im Februar 1993 in derselben Nazi-Kneipe eine Veranstaltung ab. Anwesend waren neben DA-Mitgliedern auch STEFFEN HUPKA und ENNO GEHRMANN sowie zwei weitere Funktionäre der NF-Nachfolgeorganisation SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT (SrA). Schwerdt besitzt gute Kontakte zu dieser Gruppierung, er schreibt für ihre Zeitung »Angriff« (siehe Info 21) und verarbeitet Meldungen aus dem Spektrum der SrA in Brandenburg in der »Deutschen Rundschau« der DL. Gemeinsam hatte man schon Anfang August in Eberswalde zu einer Demo »gegen linke Zekken« aufgerufen. Nach einem Mitschnitt des Polizeifunkes wurden auch Schwerdts Personalien (geb. 20.7.1944) am Tage des verbotenen Aufmarsches in Halbe zusammen mit anderen festgestellt, unter ihnen ANDRE RIECHERT (Ex-NA) und Christian Wrobel. Schwerdt, aus Alt-Heiligensee, bietet in der Zeitung eine Rechtshilfe für die »jungen Aktivisten« an, die zwar Nazi-Terror ausüben, sich jedoch keinen Anwalt leisten können. Schwerdt war in den 60iger Jahren Vorsitzender der GEMEINSCHAFT DEUTSCHER JUGEND, danach NPD-Mitglied, von 1971-1989 war er CDU-Mitglied und seit 1978 der Pressesprecher und Ortsvorsitzende des Ortsverbandes Heiligensee. Danach wechselte er zu den REPs und heute









Von oben nach unten:

Rudolf Kendzia (Ex-Bundesvors. der DL)

Markus Motschmann (hält Vorträge für das Bildungswerk)

Carsten Pagel (links) und Richard Miosga (Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk)

DL-Gründungsparteitag am 3.10.91: Frank Schwerdt (stehend) und Thorsten Thaler (mit Schnurbart)

reist er mit Veranstaltungen hauptsächlich in Brandenburg durch das Land und betreibt Aufbauarbeit für die DL.

Gründung des Kreisverbandes Lutherstadt-Wittenberg

In einem Brief an den jetzigen Kreisvorsitzenden der DL in Lutherstadt-Wittenberg erklärten PETER LIEBCHEN und KURT NIEWIEM aus Villingen-Schwenningen am 26. Juni 1992, daß die Mitgliederzahl in Sachsen-Anhalt die Gründung eines Landesverbandes zuließe. Am 4. Juli 1992 sollten in Brumby (bei Calbe) die Kreisverbände Schönbeck und Wittenberg gegründet werden: Die Herren vom Bodensee wären den Ortsansässigen äußerst dankbar, wenn sie die DL auch bei der Gründung eines Kreisverbandes Magdeburg unterstützen würden. Nachdem in Lutherstadt Wittenberg bereits am 17. Juli '92 ein Treffen der Deutschen Liga mit einer Handvoll Interessenten stattgefunden hatte, wurde am 25.10.92 der neue Kreisvorsitzende ANDREAS MATTHEUS (geb. 6.8.1963), mit der Mitgliedsnummer 1900, gewählt. Genau zwei Monate zuvor hatte die Staatsanwaltschaft Dessau ein Verfahren gegen ihn »wegen Bedrohung« eingestellt und ihm seine Schreckschußpistole und sechs Gaspatronen wieder ausgehändigt. Der Parteivorstand vom Bodensee mußte aus »terminlichen Gründen leider absagen« und gab als verläßlichen Ansprechpartner *»für alle Probleme, die Mitteldeutschland betreffen«* den *»Kameraden MARTIN WILL; Leipziger Str.1 in O-4201 Walldenorf«* an. Das Protokoll verzeichnet als ersten Punkt die Textzeile (Originalschreibweise): *»In Kemberg, Prettin, Groswig kommen in ein Alten, Lehrlings, und Kinderheim Asylanten rein Verantwortung der Jugendbeauftragter«*. Dazu ist MARCO HELLER ernannt worden, der auch als Verantwortlicher für die Mitgliederwerbung eingesetzt wurde. Weiterhin ist er für *»Wehrsportliche Aktivitäten, Aufbau der Bewegung, Biwak, Wandern, [...], Entsorgung der Wälder, Umweltschutz, [...] Sportschießen«* usw. zuständig. OLAF LIPKE ist zum Organisationsleiter für Klein-Wittenberg gekürt worden, WOLFGANG KÜHN zum Schatzmeister und MARKO BURDUKAT hat die Geschäftsführung für den Einkauf von Werbematerial inne. Danach gaben sich die versammelten Nazis eine eigene Satzung, von der wir hier auszugsweise zitieren wollen: *»Punkt 6: Diese Partei ist nur mit anständigen Leuten zu führen die für unser Deutsches Vaterland stehen und für diese ungerechtigkeiten was jetzt mit unser Deutsches Volk gemacht wird politische Arbeit zu leisten. [...] Punkt 8: Das Auftreten der Mitglieder ist dizieblinirt und organisiert aufzutreten. Auschreitung der Mitglieder ist bei Veranstaltungen zu vermeiden. Punkt 9: Deutschgesinte sind auch herzlich eingeladen...«* Um die Aussage dieses Originaldokumentes nicht zu verfälschen ist hier die gewählte Form der deutschen Grammatik originalgetreu wiedergegeben.

Auch Frank Schwerdt war in Sachen Parteiaufbau bei dem Gründungstreffen in Lutherstadt-Wittenberg anwesend und drückte in einem Brief vom 30.10. dem frischgebackenen Kreisvorsitzenden seine Glückwünsche aus. Besonders am Herzen lagen Schwerdt die Jugendlichen, die gerade die Durchführung von Wehrsportaktionen beschlossen hatten und teilweise *»noch sehr jung sind«*. Um die müsse man sich *»intensiver kümmern«*. Er bietet an, bei der Herstellung von Kontakten in Berlin behilflich zu sein, man habe *»hier auch einige Jugendliche, die mit diesen Leuten mal zusammenkommen könnten. [...] Wir sehen uns dann wohl in Halbe und die Freunde aus Berlin sind dann auch dabei.«* Wie oben schon erwähnt, werden die Interessenten »zwecks Jugend« an Christian Wendt weitergeleitet. ■

Der Ausverkauf des Ostens
Die Nazis mischen mit

Im Juni 1992 trafen sich in den Räumen der Firma WOCT, Grunewaldstr. 36/37 in Berlin-Schöneberg, vier Männer und vier Frauen. Sie gründeten laut Protokoll den ERSTEN GESAMTBERLINER MIETERVERBAND (EGM). Neben dem Versammlungsleiter Pagel zählten auch die Wohnungsvermittler DIETMAR und CHRISTINE LORBEER zu den Gründungsmitgliedern. In der Satzung des Vereines wird das Ziel mit der »Wahrnehmung der Interessen der Berliner Mieter« angegeben. Das Charlottenburger Amtsgericht wies eine Eintragung in das Vereinsregister zurück.

Um welche Interessen es wirklich gehen soll, wird bei einer Beleuchtung der geschäftlichen Interessen Dietmar Lorbeers deutlich, der mit seinem Partner WOLFGANG MARTINEZ die Firma »Idana GmbH« in der Köpenicker Straße 55, Berlin-Mitte, betreibt. Sie sollen Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg für Abstandssummen bis zu 5.000 DM verschoben haben. Die Idana hat ihre Interessenten mit Zeitungsinseraten »Biete ständig Mietwohnungen« angesprochen. Nach Recherchen der Berliner Zeitung hat die oben erwähnte Firma WOCT diese Anzeigen aufgegeben. Auch die WOCT beteiligt sich an der Verschiebung von Wohnungen. Sie bot, laut Aussage des Betroffenen, bereits im Februar 92 eine freigewordene Plattenbauwohnung im Bezirk Lichtenberg für 5.000 Abstand plus Maklergebühr an. Unter derselben Adresse wie die WOCT ist auch die Firma »FOVA« zu erreichen, die nach Angaben der Berliner Abgeordneten ELISABETH ZIEMER (Bündnis 90/Grüne) ebenfalls versucht hatte, freigewordene Wohnungen in Lichtenberg zu verschieben. Erst zum Jahreswechsel 91/92 hat die WOCT die Nachfolge der ebenfalls dort ansässigen Firma »Global-Finanz« angetreten. Nach Angaben des Berliner Mietervereins solle damit verhindert werden, daß Geschädigte Regressansprüche stellen können. Der Berliner Mieterverein erstattete Anzeige und erklärte: *»Es gibt offensichtlich ein weit verzweigtes Netz von Geschäftemachern, das weit bis in die rechte Ecke reicht.«* Die Strafverfolgungsbehörden wurden aufgerufen eine Sonderkomission ins Leben zu rufen, *»um den mafiaähnlich operierenden Firmen das Handwerk zu legen.«* (aus Berliner Zeitung)

Auch der zurückgetretene Bundesvorsitzende der Deutschen Liga, Rudolf Kendzia aus Berlin, ist mittlerweile im Immobiliengeschäft tätig. Er betreibt die Firma »Kendzia + Partner« im Berliner Beifußweg 26a. *»Sie wollen in Berlin oder im Land Brandenburg ein Grundstück oder sonstige Immobilien erwerben oder verkaufen! [...] Sagen Sie uns, was Sie wofür suchen und was Sie investieren wollen. Wir kümmern uns um alles. Eine Rundum Dienstleistung«* heißt es in der Anzeige, die in der Zeitung »Nation und Europa« erschienen ist und die verspricht, auch die »Eigentumsverhältnisse« zu klären.

Ein paar Kratzer am Lack. Mehr bedeuten die Verbote der DA, NO und des Kameradschaftsbunds für die GdNF nicht. Dem Infoblatt liegen jetzt interne Schulungsmaterialien aus dieser *»Keimzelle einer neuen NSDAP« vor, die dies eindeutig belegen.*

GdNF intern!



C.N.Foto, Kontakt übers INFO

Die GdNF-Riege trauert um den verstorbenen Führer Michael Kühnen: Christian Worch (links; Nationale Liste-HH, GdNF-Organisationsleitung), Otto Riehs (3.v.l.; Deutsches Hessen), Heinz Reisz (7.v.l.; Deutsches Hessen), Roman Dannenberg (8.v.l.; Deutsche Alternative-Hoyerswerda), GdNF-Frau aus Berlin (10.v.l.)

»Kaderbildung ist der erste Schritt zur Elitenbildung« heißt es in den aus dem Organisationsnetz der GdNF stammenden Papieren. Zur Schulung ihrer Kader sollen sie dienen und diesen das notwendige Rüstzeug für ihre Tätigkeit liefern. Im großen und ganzen finden wir nichts Neues in diesen Materialien. Sie decken sich in vielem mit dem, was wir bereits der NEUEN FRONT, der Zeitung der GdNF, entnehmen konnten. Dennoch, sie beschreiben noch einmal viel detaillierter, wie der Organisationsplan aussieht, wie neue Gruppen aufgezogen und geschult werden. Schon beim Durchblättern wird offensichtlich, daß die Verbotsverfügungen von Ende 1992 nicht darauf ausgerichtet waren, die Organisation im Zentrum zu treffen und das Netz arbeitsunfähig zu machen. Kühnen und Co. wußten spätestens nach dem ANS/NA-Verbot 1983, welchen Spielraum der bundesdeutsche Staat ihnen lassen würde; darauf haben sie die Organisationsstruktur der GdNF abgestimmt.

Im Editorial der GdNF-Publikation NEUE FRONT ist in jeder Ausgabe in Kurzform zu lesen, was Tradition und Zielsetzung dieser faschistischen Strömung sind. Adolf Hitler wird als *»Heilsgestalt der arischen Rasse«* und die GdNF in der Tradition der SA und des »revolutionären Flügels der historischen NSDAP« gesehen. Hervorgegangen ist die GdNF aus dem SA-STURM 8.MAI und der ANS. Ziel ist die Überwindung des NS-Verbotes, wobei sich die GdNF als *»Keimzelle der neuzugründenden NSDAP«* betrachtet. Die Zeitschrift NEUE FRONT zitieren wir, weil dort die »Generallinie« zum Ausdruck kommt, so verkünden es die Schulungsmaterialien, - und zwar *»in den praktischen Anordnungen der Führung der (Gd)NF...«*. Für die theoretischen Ausführungen der »Generallinie« sorgt das Politische Lexikon«[1], das Michael Kühnen seiner Gefolgschaft zusammengestellt hatte. Diese »Generallinie« umfaßt Weltanschauung, Traditionsverhältnis, Strategie und Taktik und soll so lange gelten, bis sie nach der Aufhebung des NS-Verbotes durch die »Parteilinie der NSDAP«

[1] alle weiteren Zitate stammen, soweit nicht anders vermerkt, aus den GdNF-Schulungsmaterialien



Mike Ostwald (rechts; GdNF-Mainz) beim »Hess-Gedenk-Marsch« 1990

ersetzt wird. Der »Generallinie« hat sich »jeder Kamerad der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« unterzuordnen.

Strategie und Taktik, denen die Kameraden der GdNF folgen sollen, werden im weiteren aufgeschlüsselt. Die Strategie soll den Mitgliedern »Handlungsanweisung für Machtgewinn und Machtergreifung« sein. Die alte Kühnen-Strategie, sich offen zum Nationalsozialismus zu bekennen, soll diesen enttabuisieren und in der Folge eine Lawine auslösen. Die Taktik deckt sich im wesentlichen mit der programmatischen Grundlage der ANS/NA (Kampf gegen Überfremdung und Umweltzerstörung, Kulturrevolution gegen Amerikanismus ...).

In den Editorials der NEUEN FRONT betont die GdNF, daß sie keine Organisation, lediglich *»Gesinnungsgemeinschaft ohne organisatorische Strukturen«* sei. In ihren Schulungsmaterialien entwirft sie ein realistischeres Bild: Die GdNF ist demnach eine nach dem Führerprinzip geordnete »Kaderbewegung«. Aufgabe der Kader ist es, das Überleben der Gesinnungsgemeinschaft in Zeiten des Verbotes zu sichern und neue Organisationen zu gründen. Bei der Schaffung von Organisationen unterscheidet die GdNF »Frontorganisationen« und »Massenorganisationen«. »Massenorganisationen« sind »Vorfeldorganisationen«, keine NS-Organisationen, jedoch vertreten sie Vorstellungen und Forderungen, hinter denen die GdNFler als Nationalsozialisten stehen können. Die GdNF unterscheidet hierbei noch mal zwischen den Massenorganisationen, die von NS-Kadern gegründet und beherrscht werden und solchen, in denen Nationalsozialisten mitarbeiten. »Frontorganisationen« sehen sie als »reine NS-Organisationen«, sie dienen zur »Rekrutierung neuer Anhänger für den Nationalsozialismus«. Dazu gehören die verwirrend vielen Gruppen, unter deren Namen das GdNF-Netz auftritt, wie NATIONALE LISTE, DEUTSCHES HESSEN, VAPO. Diese sind mit Regionalgliederungen der GdNF identisch. Aufgabe dieser »Frontorganisationen« ist es, den politischen Boden vorzubereiten, *»den eine nationalsozialistische Organisation dann gesamtheitlich bearbeiten kann.«* Diese Organisationsstruktur ist eine Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem Verbot der ANS/NA. Deshalb sind die Frontorganisationen der GdNF so beschaffen, daß sie die Lücken, die durch Verbote von Teilorganisationen entstehen, gleich wieder schließen können. Die GdNF, nur scheinbar ein lockerer Zusammenhang, spinnt – unbeschadet von irgendwelchen Verboten – weiter an ihrem Netz. Die Organisationsstruktur ist durchaus festgefügt und eindeutig definiert; die Neugründungen haben jeweils ihren vorbestimmten Platz, regional und in der Organisationshierarchie, das zeigt sich noch weiter unten.

Interne Organisationsweise

Neben den Massen- und Frontorganisationen wird in dem Kapitel »Interne Organisation« auch kurz die Arbeitsweise der NSDAP/AO beschrieben: kein organisatorischer Überbau in der BRD, selbstverwaltete Zellen. Auch wenn Kühnen sich das Durchbrechen des NS-Verbotes in erster Linie von der legalen Arbeit versprochen hatte, belegt das Anführen der NSDAP/AO an dieser Stelle unsere Behauptung, daß es eine Verzahnung mit der illegalen NSDAP/AO-Struktur gibt. Desweiteren wird der Organisationsaufbau der GdNF erklärt. Die »Organisationsleitung« ist das *»oberste Gremium der Bewegung und letzte Entscheidungsinstanz«* und macht die Vorgaben für die »Organisation«. Diese Rolle spielt die Leitung bis zur Wiedereinsetzung der Parteileitung», sprich bis zur Wiederzulassung der NSDAP. Die einzelnen GdNF-Gliederungen sind bereits ausführlich in dem Buch »Drahtzieher im braunen Netz« beschrieben, deshalb hier nur in Kurzform: Die Materialien führen die »Bereiche« Nord, Berlin, Mitte, Süd, West, Niederlande/Flandern und Ostmark(=Österreich) an; ein neuer Schwerpunkt dürfte mittlerweile in Osteuropa in Gebieten liegen, die dem »Reich« durch die Niederschlagung des Nationalsozialismus abhanden gekommen sind.

GdNF-Anhänger nach der Veranstaltung »Wahrheit macht frei« in München



Der Kameradschaftsabend:

1. Wochenbericht durch den Kameradschaftsführer. Bericht über die allgemeinpolitische Lage. Sie soll vor den Mitgliedern analysiert und bewertet werden. So sollen diese das Wissen bekommen, um Propaganda betreiben zu können.

2. Aus dem POLITISCHEN LEXIKON der GdNF soll jeweils ein Stichwort behandelt und so das ideologische Interesse geweckt werden.

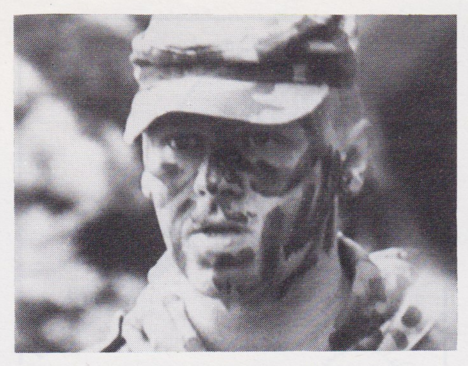
3. Rechtskunde soll anhand der Broschüre POLITISCHE TÄTIGKEIT UND RECHT vermittelt werden (»Basiswissen und Basisverständnis der derzeit gültigen Rechtspraxis«).

4. Aktionsberichte sollen das Gefühl vermitteln, daß bundesweit etwas läuft und so den »Einsatzwillen« aufrechterhalten.

5. Aktionsplanung soll den Aktionswillen der Beteiligten kanalisieren, dazu soll der Kameradschaftsführer Prioritäten setzen.

6. Nach dem Kameradschaftsabend sollen politische Aktionen durchgeführt werden.

Die »Bereiche« unterteilen sich in einzelne »Gaue«, die sich wiederum aus mehreren »Kameradschaften«(vergleichbar mit Ortsgruppen) oder »Stützpunkten« zusammensetzen. Der »Stützpunkt« stellt eine Vorform der »Kameradschaft« dar, besteht aus ein bis drei Personen, für die noch kein »Kameradschaftsführer« bestimmt wurde. Auf den verschiedenen Organisationsebenen gibt es die »Führerthings«. »Allgemeine Führerthings« finden für die Gesamtorganisation statt und *»ersetzen in der Zeit des NS-Verbots die Parteitage der NSDAP«*. Ganz im Widerspruch hierzu versuchen sich die GdNF-Gliederungen den Anschein eines nur lockeren Zusammenhangs zu geben. Meinungs- und Informationsaustausch geschieht angeblich nur auf informeller Ebene, Mitgliederlisten würden nicht geführt. Nach außen hin soll es *»keinen offiziellen organisatorischen Rahmen«* geben. Diese Verschleierung soll ein leichtes Durchschauen der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten innerhalb der



Hans-Jörg Schimanek leitet die Wehrsportübungen der VAPO

GdNF und damit auch ein Vorgehen der Behörden gegen sie erschweren.

Sehr detailliert gibt die GdNF vor, wie die »Kameradschaftsabende« zu gestalten sind. Damit nimmt sie nicht nur darauf Rücksicht, daß ihre »Kameradschaftsführer« in der Regel nicht gerade zu den Pfiffigsten zählen, sondern bietet auch den politisch Unerfahrenen einen Rahmen, an dem sie entlang fahren können.

Unter dem Punkt »Mitgliedsbeiträge« wird nochmals die Organisationsstruktur offengelegt: Von den Beiträgen wird die GdNF-Zeitung NEUE FRONT bezahlt, von dem verbleibenden Betrag geht die Hälfte an die Kameradschaft, die andere an die Gauleitung. Diese führt wiederum eine Hälfte an die Bereichsleitung ab, welche dann wieder 50% der erhaltenen Summe an die Organisationsleitung der GdNF weiterreicht. Für die Kameradschaftsführer gilt Berichtspflicht. In einem Formular, das sie an die Bereichsleitung schicken müssen, wird vermerkt, ob »jeder Kamerad« an den wöchentlichen Kameradschaftsabenden und Propagandaaktionen teilgenommen hat. Monatlich müssen also mindestens acht Eintragungen pro Mitglied vorhanden sein (4x »K« für die Kameradschaftsabende, 4x »A« für die Aktionen, »E« für entschuldigtes Fehlen, ebenso werden die Mitgliedsbeiträge und -rückstände vermerkt). Als Pflichtlektüre für alle Mitglieder werden die Zeitung NEUE FRONT und das POLITISCHE LEXIKON angegeben. Außerdem wird allen geraten, der Gefangenenhilfsorganisation HNG beizutreten.

Anfang April hat das Bundesverwaltungsgericht in Berlin die Ende 1992 ausgesprochenen Verbote bestätigt. Genauso wie letztes Jahr bei der Verbotsverfügung gegen DA und NO durch Bundesinnenminister Seiters wird nicht auf das hinter diesen Organisationen stehende Netz eingegangen. Dabei macht es das Auftreten der GdNF dem Staat nicht schwer, Verbotsgründe zu finden. Seit Jahren versucht die GdNF offensiv Tabuschranken zu durchbrechen, um wieder an den Nationalsozialismus zu gewöhnen und ihm ein seriöses Antlitz zu geben. Verbote gegen die GdNF in der jetzigen Form (lediglich vorgeschaltete Teilorganisationen verbieten) haben nur Alibifunktion und sollen dem bundesdeutschen Staat einen schlagenden Arm in petto halten. ■

Einblick in den Aufbau einer GdNF-Kameradschaft gab in Österreich Ende letzten Jahres die Gmundener Gruppe der VAPO (GdNF-Bereich »Ostmark«). Dankenswerterweise hatte die Wirkung des Eides, den die Gmundener Faschos auf VAPO-Führer Küssel geleistetet hatten – strengstes Stillschweigen über VAPO-Aktivitäten gegenüber der Öffentlichkeit, insbesondere der Polizei – nicht lange angehalten. Angefangen hatte es mit dem ersten Kontakt der Gmundener Skins mit dem VAPO-Kader Jürgen Lipthay bei einem Eishockeyspiel. Die Kameradschaftsabende verliefen – abgesehen von der Phase, wo sie im Besäufnis endeten - streng nach dem Leitfaden, der in dem Schulungsmaterial vorgegeben ist. Die Kameradschaft wurde am 20.April 1991 gegründet, dazu reisten die VAPO-Größen und reichlich Fußvolk an. Küssel war für das Grundsatzreferat über die VAPO zuständig: Die VAPO sei derart gewachsen, daß sie in 10 Jahren in das Parlament ziehen werde, dann würde sie sich in NSDAP umbenennen. Sollte eine Machtergreifung auf demokratischen Wege nicht möglich sein, werden sie auf gewaltsame Art an die Macht kommen. Derart eingestimmt legten die Kameraden los. Ihren ersten militärischen Schliff nahmen sie in einem Wehrsportlager in Langenlois, das Hans-Jörg Schimanek leitete. Es sollte zur Vorbereitung der Ordnertruppe für die alljährliche Rudolf Hess-Demo dienen. »Gaubeauftragter« Reinthaler drängte auf Aktionen, so kam es in dem Prozeß zur Sprache, und die folgten auch: in Form von Steinen auf einen türkischen Arbeiterverein und von Molotowcocktails auf ein Flüchtlingsheim.

Kurzmeldungen und Berichte



aus der Fascho-Szene

1993 – Das Morden geht weiter

In den letzten drei Monaten gab es sieben Tote. Die meisten Meldungen waren nur wenige Zeilen in den Zeitungen wert oder wurden teilweise erst viel später bekannt gemacht. Leider sind die Todesmeldungen schon so »normal« geworden, daß es kaum noch jemandem auffällt. Keine/r wundert sich mehr über Überfälle und Morde an AusländerInnen und Linken. Die Ignoranz der Polizei den Tätern gegenüber, die AusländerInnen und Linke überfallen oder gar töten, ist der reinste Hohn. Die Täter, soweit bekannt, werden mit Samthandschuhen angefaßt. Meist wird den Tätern ein politisches Handeln abgesprochen, denn wo kämen wir hin, wenn Rechtsextremismus als politisches Motiv erkannt werden würde. Es wird wie immer von Jugendlichen geredet, die auf dem Weg sind, erwachsen zu werden. Damit werden die politischen Überfälle und Morde als Jugendproblem abgetan. Da die Gewalt auf der Straße und unter den Jugendlichen steigt, paßt es gut, die rassistischen Überfälle und Morde dazu zuzählen. So steigt die Statistik der Jugendkriminalität und so braucht es keine Auseinandersetzungen mit der rechten Ideologie zu geben. Denn die Straftäter werden erwachsen werden und so zum normalen Leben zurückkehren. Die Probleme werden runtergespielt, wodurch der Schein erweckt werden soll, daß es keinen Rechtsruck in der BRD gibt.

In vielen Fällen versucht die Polizei den Schein zu erwecken, daß die Morde unpolitisch oder sogar Unfälle wären. Meist interessiert es nicht, was Freunde über die Situation der Toten zu Lebzeiten berichten. Ein Beispiel ist, was vor mehreren Monaten in KÖNIGS WUSTERHAUSEN (KW) passiert ist. Dort wurden die beiden 17jährigen MARIO H. und MARIO S. tot neben den Gleisen der S-Bahn aufgefunden. Die Polizei ging die ganze Zeit davon aus, daß die beiden beim S-Bahn-Surfen verunglückten. Sie ingnorierten die Aussagen der Freunde, die berichteten, daß Mario H. und Mario S., die antifaschistisch arbeiteten, Morddrohungen bekommen hatten. Erst Monate später fing die Polizei doch an, wegen Mord zu ermitteln.

Mario S.



Mario H.



Bei OLAF HEYDENBLUTH, der am 03.02. in seiner Suhler Wohnung erhängt aufgefunden wurde, geht die Polizei von einem Selbstmord aus. Olaf war Mitglied der SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERJUGEND (SDAJ). Sein Schwerpunkt lag auf der Antifa-Arbeit. Er bekam öfters schon Drohungen, weshalb Olaf sich nicht mehr so oft in seiner Wohnung aufhielt. Da die Polizei von Selbstmord ausging forderten sie die Eltern auf, die Wohnung zu säubern. Jetzt, wo sie doch noch wegen Mord ermitteln, werden sie wohl keine Spuren mehr finden.

Am 23.01. gab es in MÜHLHAUSEN eine Auseinandersetzung zwischen rechten Heavys und Punkern. Dabei wurde der 23jährige Punker MARIO JÖDECKE erstochen. Die Polizei geht von rivalisierenden Jugendlichen aus, und da Heavy eine Musikrichtung ist, seien auch Heavys unpolitisch. Daher sei hinter dem Mord an Mario kein politisches Motiv zu sehen. Der Tatverdächtige, ein 17jähriger aus Ebeleben, wurde wieder freigelassen , da er noch minderjährig ist.

Am 28.02. starb der 22jährige MIKE ZERNA, der Fahrer der Spremberger Band »NECROMANTHS« war, deren Konzert am 19/20.02. in HOYERSWERDA von Faschos angriffen wurde. Bei dem Angriff wurde Mike schwer verletzt. Nachdem er eine Stunde unter dem Band-Bus eingeklemmt war, war er klinisch tot. Die ärztliche Versorgung kam zu spät. Die Stadt, die schon



Mario Jödecke (Gamasche)



Mike Zerna

einmal 1991 wegen rassistischer Pogrome von sich reden machte, hatte wohl die »Probleme« von damals nur unter den Tisch gekehrt. Hauptsache das Bild der Stadt stimmt wieder in der Öffentlichkeit. Derweil konnten Faschos ohne weiteren Zugriff der Polizei weiter ihren Terror ausüben. So kam es zu einer Schlagzeile und wieder verhält sich die Stadt nicht.

Es steht fest, daß Polizei sowie Presse Morde, die an Linken und Andersdenkenden verübt werden, nur als »unpolitisch« handhaben. Oft sind die Meldungen in der Presse kurz und meist handelt es sich um namenlose Opfer. Um die namenlosen Opfer,von denen wir wissen, nicht ganz zu vergessen, werden wir sie hier nochmal dokumentieren

17.01. in ARNSTADT/Thüringen haben zwei Skinhaeds, 14 und 16 Jahre alt, einen 46jährigen Parkwächter zusammengeschlagen und ihn auf eine befahrene Kreuzung geworfen, wo der Mann zweimal von Autos überrollt wurde. Er starb an seinen schweren Verletzungen auf dem Weg ins Krankenhaus. Die zwei Täter wurden festgenommen und es wird wegen Totschlages ermittelt.

Am 22.01. wurde in STRAßFURT/Sachsen Anhalt ein rumänischer Flüchtling im Hof der Polizei von den beaufsichtigten Beamten erschossen. Der Beamte wurde vom Dienst suspendiert und die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen fahrlässiger Tötung. (siehe FPR-Artikel)

Am 22.02. wurde ein Farbiger tot an der Bahnstrecke Berlin-Frankfurt/Oder bei HAGELSBERG/Fürstenwalde aufgefunden. Bei dem Mann handelt es sich laut Polizeiangaben um einen Flüchtling aus ZAIRE. Die Todesursache ist noch ungeklärt.

Am 09.03. haben in MÜHLHEIM/Ruhr zwei Skinhaeds einen 56jährigen türkischen Mann an einer Haltestelle überfallen. Sie schlugen und beschimpften ihn als »Scheiß Türke«. Als die zwei dem Mann eine Gaspistole an seinen Kopf hielten und eine »Scheinhinrichtung« machten, starb der Mann an einem Herzinfarkt. Einer der beiden Skinheads ist Mitglied der REPs.

Im Verfassungsschutzbericht zählen nur wenige der Toten zu den Opfern der rechten Gewalt. Viele werden nicht dazugerechnet, weil die Täter zu jung sind und ihre Taten unter den Jugendkriminalitätsdelikten aufgenommen werden. Sie tauchen nicht in der Statistik auf, weil sie alkoholisiert waren und somit »nicht zurechnungsfähig« sind, weil sie keine Arbeit haben und aus »sozialen Problemen dazu kommen, Menschen zu ermorden«. So ensteht eine verfälschte Statistik der rechtsextremen Übergriffe. Die Toten werden zwar erwähnt, aber nicht in einen politischen Kontext gestellt. Im Gegensatz dazu wird in der Statistik der Linksextremen immer wieder ein Tötungsdelikt hervorgehoben, wobei es sich wohl um Kaindl handelt. Was ist das aber für ein hinkender Vergleich. Ein toter Rechter zählt wohl genausoviel, wie all die Toten der rassistischen Übergriffe des letzten Jahres zusammen, von der Gleichsetzung von Rechten und Linken mal ganz abgesehen.

Informationen aus Konkret Feb, März, April 93, der Taz, dem Stern und dem VS-92

WIESBADEN

»Nationales Infotelefon«

»... müssen wir zugeben, daß die ganze Idee von den Linken geklaut ist.«, so ein Vertreter des »Nationalen Infotelefons« in dem FAP-nahen Skin-Zine »(Ketzerblatt) FRONTAL Nr.6«. Seit einiger Zeit existiert das erste öffentliche Infotelefon auf der Seite der Faschisten unter der Nummer 0611/9490116. Die Postadresse lautet: Postlagerkarte 197 301 E in 6200 Wiesbaden. Hinter diesem Telefonanschluß verbirgt sich STEFAN CUMIC von der mittlerweile verbotenen Deutschen Alternative (DA). Das Infotelefon hatte bisher keine ruhige Existens. Am 23. Dezember wurde der Anrufbeantworter und das Tonband von der Polizei beschlagnahmt, Grund dafür war ein Spendenaufruf für den »Klartext«-Versand der verbotenen NF. Am 17. März war es dann wieder mal so weit. Diesmal wurde aber noch nicht einmal der Anrufbeantworter sondern nur das Band beschlagnahmt. Dies geschah im Rahmen einer großen Durchsuchungsaktion gegen Mitglieder und Sympathisanten der verbotenen DA.

Das Telefon soll in erster Linie zum Ansagen wichtiger Termine benutzt werden. Die Effektivität hält sich aber im Rahmen. So wurde bereits Ende März die Einstellung unter dieser Nummer verkündet und das Zurückziehen des Betreibers ins Privatleben (wer es glaubt, wird seelig). Auch wurde vor einer Benutzung der Postlagerkarte gewarnt, da die Polizei alles abfängt. Eine neue Rufnummer wurde für die nächste Woche angekündigt. Dann war das Telefon eine ganze Zeit erstmal tot und Mitte April dann wieder der Spruch, daß sich der Betreiber ins Privatleben zurückzieht und eine neue Nummer in Kürze bekannt gegeben wird. An dieser Stelle möchten wir nochmal einen Hinweis geben, der eigentlich überflüssig sein müßte. Wenn Ihr bei Faschos anruft, dann tut das bitte von einer Telefonzelle aus. Im INDEX Nr. 23 (Feb. 93), Zeitung der Hamburger NL wurde durch Worch zur Einrichtung von Fangschaltungen aufgerufen. Damit erfährt man dann von der Post, welche Rufnummern einen so alles angerufen haben. Über die Nummer den Namen und Adresse zu bekommen, ist nur noch ein kleiner Schritt. Es wurden auch gleich 2 Namen und Adressen von Leuten veröffentlicht, die bei Priem angerufen hatten.

ERLANGEN

Überregionale Fascho-Mailbox gestartet

Die April-Nummer der Publikation »Europa vorn« wirbt für den Versuch aus Erlangen ein bundesweites Fascho Mailbox- System aufzubauen. Unter der Nummer 09131/201124 bietet die »Widerstand BBS«-Box verschiedene Bretter an die verschiedenen »politisch, nationalen« Gruppen helfen sollen, »Gegenöffentlichkeit« zu schaffen. Öffentlich zugänglich sind Bretter, die eine kleine Zeitschriftenschau ihrer Presse (vom Republikaner bis zum neuen Kleinstblatt der Nationalistischen Front aus Rodingen), eine Rubrik »Europäischer Nationalismus«, und Esoterik beherbergen.

Der Zugang zu den restlichen Brettern ist nur über Passwort und Registrierung von Name und Telefonnummer zu erreichen und soll sich vor allem an Parteien, Verlage, Freundeskreise und Gruppen richten. Hier sind unter anderem Bretter wie »Anti-Antifa« und »Konservative Revolution« zu finden. Damit wird nach verschiedenen Mailboxversuchen im Raum Franken zum ersten Mal ein ernstzunehmendes Netz für Faschisten angeboten. Die ersten User vom Donnerversand/Lüdenscheid, der FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbeck bis zum neuen Deutschen Rechtsbüro von JÜRGEN RIEGER, sowie der Zuwachs von 300 Meldungen in 14 Tagen, zeigen auch den Kreis der diesen Versuch schon nutzt. Initiatoren dieser Box sind ein Kreis von Faschisten um die Zeitschrift »Die Saufeder«. Herausgegeben wird sie von RAINER HATZ (JN-Regionalvorstand Franken) und einem Nationalistischen Front- Freundeskreis aus Erlangen. So sind sowohl der neue V.i.S.d.P der »Saufeder«, THOMAS HETZER, als auch die Kontaktadresse (Postfach 1931, W-8520 Erlangen) identisch. Hetzer wurde wegen seinen sexistischen und nationalistischen Texten schon aus dem Link-Netz ausgeschlossen und ist somit kein Unbekannter. Auch die häufigen Nutzer »Warlord« (ROBERT STRAETZ/Zirndorf bei Nürnberg; DVU) und »Starliner« (MARCO SCHUSTER/ Nürnberg) waren bereits Betreiber von den Franken-Mailbox-Versuchen »Phantom« und »Mailhaus«. So könnte der seit langem verkündete Versuch der Jungen Nationaldemokraten eine informelle Struktur aufzubauen und dadurch wieder mehr Einfluß in der Szene zu gewinnen, zum ersten mal hinhauen. (Rieger referierte auch auf dem letzten Bundeskongreß der JN in Frankfurt...). Bleibt nur noch zu sagen: AUF ZUM HACKEN!!!

BERLIN

Desinformationskampagne der GdNF?

Zum zweiten Mal präsentierte sich der Berliner NSDAP/AO-Kader INGO HASSELBACH als Austeiger aus der Nazi-Szene. Nachdem er bereits im Sommer 199O nach den Durchsuchungen in der damaligen Nazizentrale in der Lichtenberger Weitlingstraße vorgab ausgestiegen zu sein, gab er seinen erneuten Austritt im März 93 im SAT.1 Programm »Akut« zum Besten. 1990 hatte er umfangreiche Aussagen bei der damaligen DDR-Polizei gemacht und GOTTFRIED KÜSSEL, als einer der damaligen Leiter der GdNF, empfahl den Berliner Kameraden gegen Hasselbach geeignete Mittel zu ergreifen. Ingo setzte sich in Szene und beteuerte gegenüber Außenstehenden seinen Ausstieg, doch blieb weiterhin in der GdNF aktiv. Zu der Zeit, als der »Ausgestiegene« bereits in einem Sozialprojekt in Lichtenberg gearbeitet hat, versah er den Ordnerdienst auf dem Trauermarsch zur Ermordung von RAINER SONNTAG im August 90. Er blieb hauptsächlich hinter den Kulissen aktiv und trat in einer Ende 1992 ausgestrahlten Sendung des ORB als Aufbauleiter der GREIFSWALDER NATIONALEN SOZIALISTEN und Mitglied der NSDAP/AO auch bei Wehrsportübungen in Erscheinung. Er betreute auch die Kontakte nach Rostock. Während der Zeit gelang es Hasselbach, bis

Ingo Hasselbach (links) mit seinem Bruder Bruder »Klein-Pfanne« (rechts unten)



Mitte 1992, den Leiter des Lichtenberger Jugendprojektes davon zu überzeugen, daß er nicht mehr aktiv sei.

In der SAT.1-Sendung trat er mit völlig idiotischen Erklärungen über die Nazi-Organisation GdNF auf, deren Mitglied Hasselbach unserer Meinung nach immer noch ist. Er behauptete, daß die GdNF in konspirativ organisierten Zellen abgeschottet voneinander arbeite und ihre Führung im Ausland säße. Und das wo doch jede/r Antifa weiß, daß der GdNF-Chef CHRISTIAN WORCH heißt und Hamburg nicht zum Ausland gehört. Die von Hasselbach verkündigte Struktur ist diejenige, die der illegalen NSDAP/AO zugeschrieben wird. In dieser sind zwar auch GdNF-Kader organisiert, jedoch ist die Struktur der NSDAP/AO nicht identisch mit der GdNF. Die Bereiche der GdNF arbeiten keineswegs abgeschottet voneinander. Der interne Organisationsaufbau ist streng hierarchisch, nach Führung, Bereichen, Gauen, Kameradschaften und Stützpunkten gegliedert.

So ist auch die GdNF und ihr Chef Worch die einzige Adresse, die aus Hasselbachs Äußerungen Nutzen zieht. Darüberhinaus werden die GdNF-Kader nicht müde zu betonen, daß es die GdNF gar nicht gäbe, daß die Zusammenarbeit ihrer Wahl- und Frontorganisationen reine Bündnisse im »nationalen Lager« seien usw. Wir meinen, daß die GdNF sich noch einiges zur Desinformation der Öffentlichkeit einfallen lassen wird, um weiterhin ungestört von den staatlichen Behörden zu arbeiten.

HEIDELBERG

Neue GdNF-Partei gegründet

Die GdNF verfügt seit dem 23.März 1993 über eine weitere Partei, die AKTIONSPARTEI NATIONALREVOLUTIONÄRER KAMERADEN (ANK). Sie versteht sich als nationalrevolutionär, da sie im *»Kampf um Deutschlands Freiheit und Ehre zu vorderst den Kampf gegen den multinationalen sowie einheimischen Kapitalismus«* führen will. Als Ziel wird der »Nationale Sozialismus« angegeben. Das Programm der Partei hat in erster Linie soziale Forderungen wie »Arbeit für Alle, Wohnungen für alle, Akzeptanz freigewählter und selbstbestimmter Lebensformen innerhalb des Sozialismus« oder »den sofortigen Austritt aus der Kernenergie« anzubieten. Man wolle gegenüber den Schlagwörtern des Antifaschismus, die »alle die für die Lebensinteressen unseres Volkes eintreten« mit Nazibrut beschimpfen, mit der Darlegung des eigenen Standpunktes begegnen.

Diese von dem Heidelberger MANFRED HUCK geführte Gruppierung ging aus der AKTIONSFRONT NATIONALER KAMERDEN hervor, die im Frühjahr 1992 gegründet worden war. Der ANK sind ca. 80 AktivistInnen zuzurechnen, die äußerst gewalttätig auftreten. Erst am 19.3.93 war im Rahmen einer Durchsuchungsaktion auch die ANK betroffen, wobei geringe Mengen Sprengstoff gefunden wurden.

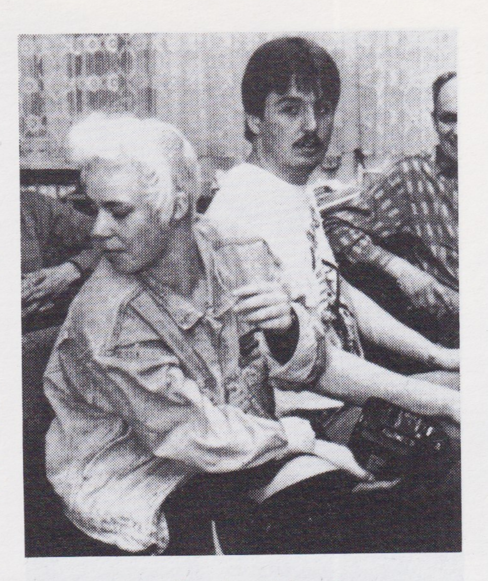
BRANDENBURG

Neues von der NF-Nachfolgeorganisationen

Die Königs-Wusterhausener Neonazis haben Verstärkung bekommen. RENE MAURITZ war Gründer der NF Kameradschaft in KW. Während seines Gastspiel im rheinischen Schladern, Bonn/Rhein-Sieg, gründete er zusammen mit STEPHAN A. NIEMANN den FÖRDERKKREIS FREIES DEUTSCHLAND (FFD), der heute nicht mehr existiert. Zu den Veranstaltungen waren die Nazis MANFRED ROEDER und DAVID IRVING eingeladen. Im Frühjahr 1992 versuchte er in der Region FAP-Kader für die NF abzuwerben, was ihm einiges an Ärger beschert hat. Ihm werden gute Kontakte ins Ausland nachgesagt, der Besitz einer Schußwaffe und eine hohe Anziehungskraft auf Jugendliche. Im Winter 1993 ist er nach KW zurückgekehrt.

Rene Mauritz 1991 in Halbe





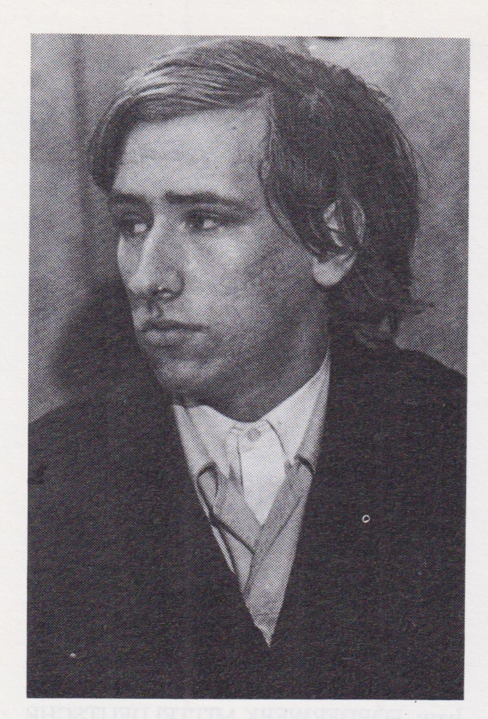
NF-Mitglieder bei der Diskussion

Die jetzt unter dem Namen SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT, bzw. FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND agierende Ex-NF des »Stützpunktes Osthavelland«, Kremmen und Nauen, traf sich am 23.4.92 zu einem Gespräch mit den »Damen und Herren« der Kremmener Stadtverordnetenversammlung. Diese ließ sich die Bedingungen der Nazis diktieren, nach denen das Gespräch nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden dürfe. Die Stadtverordneten ließen sich darauf ein, auch als die NF das Gespräch mit einer Video-Kamera abfilmte. Das Gespräch konnte natürlich nicht verhindern, daß es am 7.September 1992 Ausschreitungen vor dem dortigen Flüchtlingsheim gab und die Flüchtlinge später das Heim verließen. Im Augenblick ist die SrA damit beschäftigt ihren Einfluß in die Kreisstadt Oranienburg zu auszuweiten.

MÜNSTERLAND

Am 13.12.92 wurde eine Wintersonnwend-Feier der WJ in einem Lokal in Reken (Zum faulen August) verhindert. Knapp 100 AntifaschistInnen belagerten nach längerer Suche den Laden und klärten die Wirtin auf. Diese sprach sogleich ein Hausverbot für die ca. 70 Gäste aus.

Am 27.3.93 fand ein schon einmal vertagter Parteitag der REP's statt. Der Tagungsort, ein Festzelt auf einem Bauernhof in der Gemeinde Senden, wurde bis zuletzt geheimgehalten. Trotz Mobilisierung von AntifaschistInnen war es nicht gelungen, den Veranstaltungsort herauszufinden.



Michael Andrejewski war Herausgeber des Flugblattes »Rostock bleibt deutsch«, das im Vorfeld des Lichtenhagen-Pogroms verteilt wurde.

MAGDEBURG

Kurzer Städtebericht

In der Stadt sind in erster Linie die folgenden organisierten Nazis aktiv:

Die Republikaner. Sie betreiben seit einigen Monaten ein Informationsbüro Ost und ihre Landesgeschäftsstelle in Magdeburg. Für den 28. Januar 93 planten sie in der Stadthalle eine bundesweite Großveranstaltung mit Franz Schönhuber, die aber von der Stadtverordnetenversammlung verboten wurde.

Die Nationalistische Front. Viele Skinheads rennen mit Aufnähern dieser verbotenen Partei rum und jede Menge Propagandamaterial ist in der Stadt zu sehen.

Bund »Freiheit für Deutschland«. Sie überschwemmen Magdeburg seit Anfang des Jahres mit ihrem braunen Mist. Am 1. Februar haben sie öffentlich in der Innenstadt Flugblätter verteilt. Den Schwerpunkt legen sie auf Hetze gegen Flüchtlinge.

Ansonsten sind politisch motivierte Schlägereien in Magdeburg nicht gerade selten, wobei ein immer besser organisiertes Vorgehen gegen den Nazi-Terror zu verzeichnen ist. So ist es den Nazis oftmals nicht mehr möglich, anonym ihre Sachen durchzuziehen, sie werden erkannt und öffentlich gemacht.

USA

KZ-Wächter ausgewiesen

Der 72jährige ehemalige SS-Mann LIUDAS KAIRYS wurde Mitte April '93 von den USA ausgewiesen und in die BRD abgeschoben. Der gebürtige Litauer war Angehöriger der SS-Wachmannschaften des Zwangsarbeiterlagers in Treblinka/Polen. Er war 1948 wie viele andere NS-Verbrecher in die USA eingewandert und bekam 1957 die US- Staatsbürgerschaft. Kairys' Name tauchte bereits vor 10 Jahren in einem Prozeß in der BRD gegen FRANZ SWIDERSKY, einem anderen SS-Mann aus dem selben Lager, auf. Das Zwangsarbeiterlager befand sich in der Nähe des eher bekannten Vernichtungslagers von Treblinka. Tausende wurden unter der Zwangsarbeit zu Tode geschunden oder von dem SS-Wachpersonal ermordet.

FRANKFURT

Zwei JN-Treffen behindert

Am 9.1.93 lud die Jugendorganisation der NPD, Junge Nationaldemokraten (JN), zu einer »Bundesaktion« unter dem Motto: Kampf dem »multikulturellen« Wahn! Frankfurt bleibt eine deutsche Stadt! ein. Der Treffpunkt wurde seit dem frühen Morgen durch Antifas belagert, so daß viele der ankommenden Faschos nicht wußten, wo sie sich treffen konnten. Während dieser Zeit wurde der geplante Veranstaltungsort, der Andreas-Hofer-Keller in der Landesgeschäftsstelle ein bißchen umgestaltet, so daß die Veranstaltung in den Fraktionsräumen der NPD in der Weißfrauenstraße stattfinden mußte. Dort gingen bei zwei Angriffen mehrere Scheiben und die Eingangstür zu Bruch, dank der Polizei konnte die Veranstaltung und auch der für den Abend angesetzte Liederabend mit dem WJ-Jammerbarden Frank Rennicke dann aber doch stattfinden

Am 27.2.93 fand ein weiteres bundesweites Treffen der JN in Frankfurt statt. Diesmal wurden die Fraktionsräume der NPD als Schläusungspunkt benutzt. Der Treffpunkt wurde erneut angegriffen, ein Bus der JN und Scheiben der Fraktionsräume gingen zu Bruch. Die Nazis wurden so zwar beim Schleusen behindert, das eigentliche Treffen fand dann aber doch wie geplant in der Diskothek »Conny's Hard'n Heavy Palace« in Hanau-Erlensee statt. In dieser Disko war bereits am 19.12.92 ein Konzert mit Störkraft geplant gewesen, was aber auf Grund starker antifaschistischer Gegenmobilisierung verboten wurde.

VORSICHT »ANTI-ANTIFA«!!!

Mitglied der FAP biederte sich Antifaschistischen Zusammenhängen an!

In den letzten Wochen versuchte die FAP eines ihrer Mitglieder in antirassistischen/antifaschistischen Zusammenhängen in Frankfurt/Main und Aschaffenburg einzuschleusen. Ihr Name ist INGER PREßMAR, sie ist 21 Jahre alt und wohnt in Langen.

Was gelaufen ist:

Mitte Januar bot sich Inger Preßmar verschiedenen Antifa-Telefonen als Informantin über ein angebliches Treffen, des im Raum Aschaffenburg aktiven, neofaschistischen DEUTSCHEN FREUNDESKREIS am 23.01.93 an. Zu diesem Zweck brachte sie mit ihrem Auftraggeber FALCO SCHÜßLER zusammen einen »Antifa-Rundbrief« in Umlauf, der mit »Autonome Antifaschistinnen Aschaffenburg« unterzeichnet war. In diesem Schreiben wurde dazu aufgerufen, an besagtem Tag die Wohnung von Falco Schüßler zu blockieren. Schüßler verfaßte zudem eine fingierte Einladung der FAP zu diesem Treffen, welche von Preßmar antifaschistischen Zusammenhängen »zugespielt« wurde. Dieses Treffen fand nicht statt, es war auch nie geplant gewesen. Da die Sache bis zum Himmel stank, waren keine AntifaschistInnen vor Ort. Die einzige Person, die da war, war Inger Preßmar. Ob es sich bei dieser Täuschung »nur« um ein Ablenkungsmanöver von dem FAP-Landesparteitag am 30.1.93 in Aschaffenburg oder um eine tatsächliche Falle handelte, wissen wir nicht genau. Bei einer Kontaktaufnahme mit AntifaschistInnen in Frankfurt/Main gab sich Inger Preßmar als ausstiegwilliges Mitglied der FAP aus und bot sich generell als Informantin an. Am 30.1.93 tauchte sie - ausgestattet mit einem Tonbandgerät - auf der antifaschistischen Demo gegen den FAP-Landesparteitag auf. Ihr wurde nahegelegt, die Demo zu verlassen. Daraufhin nahm sie am Landesparteitag teil.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, daß Inger Preßmar für die Faschisten arbeitet. Wir können auch nicht mit Sicherheit ausschließen, das die

Bullen ihre Finger im Spiel haben. Wir haben die Sache jedoch nicht sofort öffentlich gemacht und uns zum Schein auf weitere Angebote von ihr eingelassen, um weitere Erkenntnisse über die Vorgehensweise und die Struktur der Faschisten zu erlangen. Dies ist uns zum Teil gelungen. Wir haben jedoch 100% darauf geachtet, daß antifaschistische Zusammenhänge nicht gefährdet werden.

Anhand ihrer Vorgehensweise, ihrer Lügen und der zahlreichen, eklatanten Widersprüche in ihrem Verhalten und ihren Worten besteht KEIN ZWEIFEL AN DER ROLLE DER INGER PREßMAR.

So dreist, so plump und leicht durchschaubar dieser Plan der Faschisten auf den ersten Blick erscheinen mag, so überlegt war auch die Herangehensweise von Schüßler und seinen Leuten in manchen Punkten. Es gibt kaum einen Zweifel daran, daß sich die Neonazis in letzter Zeit verstärkt mit antifaschistischen Diskussionen und Strukturen beschäftigen, um daraufhin ihr Vorgehen abzustimmen.

Erhöhte Vorsicht ist also weiterhin geboten! Es besteht jedoch kein Anlaß zur Beunruhigung und für Spekulationen, da die Faschisten in diesem Fall keine verwertbaren Informationen über Antifa-Zusammenhänge und Personen erlangen konnten.

Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß Inger Preßmar weiterhin versuchen könnte, an Antifas ranzukommen oder an Antifa-Demos teilzunehmen. Wir halten es auch für durchaus denkbar, daß sie weiterhin dreist auf ihrer Rolle als »Aussteigerin« besteht und sich als »völlig mißverstanden« hinstellt. Wir haben - trotz der eindeutigen Fakten - Inger Preßmar noch mehr als eine Gelegenheit gegeben, sich glaubwürdig zu machen. Sie hat diese nicht genutzt. Wenn Inger Preßmar noch einmal auftauchen sollte oder wenn weitere Aktivitäten von ihr bekannt sind oder werden, möchten wir alle Leute dringend auffordern, entsprechend zu handeln und sich nicht bspw. auf Gespräche mit ihr einzulassen. Setzt Euch bitte umgehend mit antifaschischen/antirassistischen Gruppen in eurer Stadt in Verbindung und gebt die Informationen nach Frankfurt/Main weiter.

KEIN DIALOG MIT FASCHISTEN UND/ODER BULLEN!!

(aus einem Frankfurter Flugblatt)

Inger Preßmar



Geboren am 19.9.71, wohnhaft in der Annastr. 37 in Langen, 1,64 m groß, blaue Augen. Preßmar ist seit mindestens Anfang 1987 aktiv, sie gehörte in den folgenden Jahren zum Führungskreis der GdNF in Frankfurt/Langen und zum Führungskreis der Deutschen Frauen Front. Bereits 1987 gehörte die damals 16jährige zum Kader- und Theoriezirkel der hiesigen GdNF und dem »FRANKFURTER FREUNDESKREIS GERMANIA«. 1987 verlobte sie sich mit dem Oberfascho WOLFGANG HESS und bewohnte mit MICHAEL KÜHNEN das Haus Lupinenweg 37 (»Höllenhaus«) in Frankfurt. Nach eigenen Angaben wurde Preßmar im Oktober 1992 aus der Kameradschaft Frankfurt der GdNF ausgeschlossen, seitdem unterhält sie intensive Kontakte zur Führung der FAP Hessen und zur FAP Bayern.

Falco Schüßler



Geboren am 08.07.1966, wohnhaft Kauschrüben 1a, Großostheim. Schüßler zählt seit Jahren zum Kader der FAP in Deutschland und ist FAP-Landesvorsitzender Bayern. Die Aschaffenburger FAP, die von ihm aufgebaut wurde und angeführt wird, zählt zu den aktivsten Kameradschaften Deutschlands. Bekannt ist sie vor allem durch ihre Gewalttätigkeit, viele Angriffe auf Jugendliche, Linke und AusländerInnen gehen auf das Konto der Gruppe von Schüßler. Erst am 09.01.93 wurden drei Antifaschisten in Frankfurt von Skinheads der FAP-Aschaffenburg in den winterkalten Main getrieben und mit Steinen beworfen. Sie überlebten nur knapp. Schüßler selbst ist vorbestraft unter anderem wegen Waffen, Wehrsport und Propaganda für die NSDAP/AO. Er ist einer der Angeklagten im Stuttgarter »ANS/NA-Prozeß«, in dem ausschließlich Führungspersonen der deutschen Neonazis wegen Weiterführung der verbotenen ANS/NA vor Gericht stehen.

HANNOVER

Auf dem »Rudolf Hess Gedenkmarsch« 1992 traten auch Neonazis aus Hannover, Hildesheim und Umgebung mit einem Transparent VEREINTE RECHTE - NIEDERSACHSEN in Erscheinung. Hinter diesem *»eher lockeren norddeutschen Neonazi-Zusammenschluß«* verbergen sich die *»organisatorisch festgefügten Gruppen wie die NATIONALE LISTE, der DEUTSCHE KAMERADSCHAFTSBUND aus dem Raum Oldenburg/Ostfriesland, die FAP aus dem südniedersächsischen Raum, die DEUTSCHE ALTERNATIVE aus Bremen und Umgebung und die (...) HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE (HNG)«*.

Mitte der achtziger Jahre galt Hannover als eine der Hochburgen des organisierten Neofaschismus in der BRD.



Bernd Klein (Vereinigte Rechte) war schon Hannoveraner Vorsitzender der 1989 verbotenenen Nationalen Sammlung

Die bis dahin aktivste Gruppe FAP verlor ihren Einfluß nach der Ermordung des 17-jährigen Roger Bornemann durch einige *»junge Rechtsradikale aus dem FAP-Umfeld«*. Im Zuge der Ermittlungen wurden Verbindungen der FAP zu *»Polizei und Verfassungsschutz bekannt, persönliche Bereicherungen auf Kosten der Parteikasse aufgedeckt, Vergewaltigungen von KameradInnen...«* Nach dem lokalen Niedergang der FAP wurden 1989 die Nazis des Kühnen-Flügels als NATIONALE SAMMLUNG (NS) aktiv. Sie beschränkten sich jedoch fast ausschließlich auf Hetze und Angriffe gegen das ehemals besetzte Sprengel-Gelände und verletzten einen Besetzer lebensgefährlich als NS-Mitglieder einen Brandanschlag auf das Gelände versuchten. Nach dem Parteiverbot der NS im Jahr 1989 traten Nazis nur noch selten in Erscheinung bis es 1991 nach dem Pogrom von Hoyerswerda im Hannoveraner Umland zu Brandanschlägen auf Unterkünfte von AsylbewerberInnen kam. Im Zuge dessen tauchten vermehrt Aufkleber verschiedenster Nazi-Gruppen an U-Bahn-Stationen und Schulen auf. Das veranlaßte Hannoveraner AntifaschistInnen sich auf die Suche nach den Drahtziehern faschistischer Gewalt zu machen. In ihrem neu erschienenen Faltblatt erklären sie, daß es ihnen wichtig ist die Nazi-Kader von der *»eigendynamischen rechten Subkultur«* zu unterscheiden. *»Trotz der sichtlich vorhandenen personellen Überschneidungen ... müssen wir sehr vorsichtig sein ... organisierte Neonazis mit dieser Subkultur in einem durchdachten und wohlorganisierten Zusammenhang zu sehen. Die Nazis hätten das zwar gerne, aber es gibt in Hannover sehr gute Beispiele dafür, daß die Einbindung von rechtsradikalen Skinheadgruppen oder Hooligans in eine faschistische Organisation durchaus auf erhebliche Widersprüche stoßen.«*

Auf dem »Rudolf Hess Gedenkmarsch« 1992 trafen die Hannoveraner Antifas auf Neonazis aus ihrer Stadt, die hinter dem Namen VEREINTE RECHTE liefen. Kopf dieser Gruppe ist »höchstwahrscheinlich« BERND KLEIN, der schon 1989 als Hannoveraner Vorsitzender der verbotenen NS in Erscheinung trat. Zusammen mit MARTIN ENGELHARD aus Hannover fungierte er auf dem Rudolstädter Neonazi-Aufmarsch als Ordner. Diese Gruppierung ist in Hannover selbst bisher kaum in Erscheinung getreten, zuletzt im Frühjahr 1992 als eine Plakataktion der Nazis von Antifas vereitelt worden war. Die Nazis hatten noch nicht einmal eigene Plakate angefertigt, sondern klebten Material der NATIONALEN LISTE (NL) der GdNF-Führungsperson CHRISTIAN WORCH. Die Vereinte Rechte aus Hannover kann als eine der Vorfeldorganisationen der GdNF angesehen werden, die von deren Kadern geleitet wird. Besondere Bedeutung legen die GdNF-Organisationen überall auf die Zusammenarbeit mit anderen rechten Parteien wie DVU, DEUTSCHE LIGA (DL), NPD oder REPUBLIKANERN. 14 Mitglieder von NPD, DL und DVU aus Hannover konnten laut der NL-Zeitung »Index« zur Teilnahme am Naziaufmarsch geworben werden. Das Faltblatt geht weiterhin auf wichtige Neonazi-Stützpunkte im Raum Hannover ein. In Hetendorf bei Bergen (Lüneburger Heide) fand ein Ordner-Vorbereitungstreffen für den Rudolstädter-Aufmarsch statt. Das Haus gehört dem FREUNDESKREIS FILMKUNST e.V. und der GESELLSCHAFT FÜR BIOLOGISCHE ANTHROPOLOGIE, EUGENIK UND VERHALTENSFORSCHUNG, deren Vorsitzender jeweils der Nazi-Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER aus Hamburg ist. In Hetendorf tagen sowohl die militant auftretenden Nazis der NATIONALISTISCHE FRONT Schönborns und die WIKING JUGEND, als auch Altnazis der neuheidnischen-rassistischen Sekte DIE ARTGEMEINSCHAFT und GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK. In Suroide, ganz in der Nähe von Hetendorf, liegt ein zweites Zentrum des bundesdeutschen Neonazi-Netzes: Das Gelände des Arztes Dr. UWE JÜRGENS steht seit über 10 Jahren für sog. »Wehrsportübungen« der Nazis bereit. Nachdem 1985 fast der gesamte Fuhrpark der NOTTECHNISCHEN ÜBUNGS- UND BEREITSCHAFTSSTAFFEL (TENO), der größten Wehrsportgruppe nach dem Verbot der WSG-Hoffmann, von Antifas abgebrannt worden war, wurde es ruhiger um das Jürgens-Gelände. Jürgens wohnt heute in der Nähe von Berlin, doch sein Gelände wird weiterhin für paramilitärische Übungen benutzt. Mindestens zwei Lager zu denen Nazi-Kader aus dem Raum Norddeutschland anreisten fanden 1992 statt.

Kontakt zum ANTIFASCHISTISCHEN ARBEITSKREIS HANNOVER kann aufgenommen werden über Postfach 1324, W-3000 Hannover.

Neonazis aus Hannover beim »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« 1992





STUTTGART

ANS/NA-Prozeß in Stuttgart/ Bundesweite Antifa Demo in Stuttgart

Seit dem 5. Februar 91 sind 21 Neonazis vor dem Landgericht Stuttgart angeklagt, die beschuldigt werden, die seit 83 verbotene Organisation ANS/NA in Form des KAH (Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers) bzw. der »Bewegung« fortgeführt zu haben. Wegen dieser Weiterführung einer verbotenen Organisation ermittelt das Landgericht Stuttgart nach 85 (Verstoß gegen das Vereinigungsgesetz) gegen die Angeklagten. Von Anfang an verlief der Prozeß nach dem Willen der Angeklagten und Ihrer Verteidiger. (z.B Jürgen Rieger, NF, Hamburg)

Aktueller Stand des Prozesses:
Ein Ende des Prozesses ist immer noch nicht abzusehen. An einem der letzten Verhandlungstage meinte Nazi- Anwalt Rieger, daß sich das Gericht doch mal »Gedanken über die Sommertermine machen solle, weil er seinen Urlaub planen müsse.« Doch selbst die Staatsanwaltschaft meint nun mittlerweile, der Verzögerungstaktik der Faschos ein Ende setzen zu müssen. Sie stellte einen Antrag auf Ablehnung von zukünftigen Beweis- und Befangenheitsanträgen der Verteidigung, dieser wurde jedoch vom Gericht abgelehnt. Rieger entblödete sich nicht, auf diesen Erfolg, die Ablösung der Staatsanwältin zu fordern. D.h. Rieger hat auch in Zukunft alle Möglichkeiten, den Prozeß nach seinem Gutdünken zu gestalten. Ein Beispiel,wie es Rieger immer wieder gelingt den Prozeß zu verschleppen, war sein Antrag, den Prozeß in den Prozeßbunker nach Stuttgart-Stammheim zu verlegen, da er um seine Sicherheit und um die der Angeklagten fürchtete. Anlaß dafür war ein Artikel in der Frankfurter Rundschau im Dez. 92, in dem angeblich israelische Geheimdiensteinheiten Anschläge auf deutsche Neonaziführer ankündigten. Die Nichtverlegung des Prozesses war schließlich das Ergebnis einer zweiwöchigen Beratung des Gerichts.

Antifa-Demo-Mobilisierung:
Die Antifa-Prozeßgruppe hat sich entschlossen, unabhängig vom Prozeß eine bundesweite Antifa-Demo zu organisieren. Diese Entscheidung resultiert aus dem unabsehbaren Ende des Prozesses und der damit verbundenen Schwierigkeit, für etwas zu mobilisieren bzw. zu organisieren, was terminlich noch in den Sternen steht. Hinzu kommt noch, daß wir keinen Bock mehr haben, den Faschos hinterherzurennen und zu reagieren. Wir wollen von uns aus in die Offensive gehen und versuchen, unsere Inhalte rüberzubringen. Deswegen soll die Demo Ende Juni sein, egal ob der Prozeß noch läuft oder nicht. Außer der Demo sollen am selben Wochenende noch Infoveranstaltungen, Filme, Volksküche und ein Fest/Disco stattfinden.

Kontakt:
AK-Bewegung, ZFB, Uni Stuttgart, Kepler Str. 17, 7000 Stuttgart 1

Hier können auch die Prozeß-Infos der Faschos angefordert werden (gegen 10 DM). Es besteht von uns aus die Möglichkeit, Infoveranstaltungen(über den Prozeß, Hintergründe, Antifa-Mobilisierung etc.) in anderen Städten zu machen. Falls ihr Interesse habt, meldet Euch bei der angegebenen Kontaktadresse.

Aus einem Flugblatt der Antifa-Prozeßgruppe Stuttgart

RATHENOW

Nach dem Fall des »Antifaschistischen Schutzwalls« im November '89 in Berlin dauerte es nicht lange, bis auch in Rathenow Fascho-Skinheads auftauchten. Teils aus bereits rechts denkenden Jugendlichen, teils aus Fußballfans rekrutierend, war plötzlich eine Gruppe von ca. 30 Leuten geschaffen, die sich durch brutales und uniformes Auftreten hervortaten.

Anfänglich richtete sich der braune Terror gegen alles und jeden, was sich den Fascho-Skins in den Weg stellte. Später wurde nur noch zu bestimmten Terminen gegen die Öffentlichkeit vorgegangen (wie Sylvester, »Führergeburtstag«, Himmelfahrt), ansonsten konzentrieren sich die Angehörigen der Kameradschaft Rathenow auf Nichtdeutsche und politisch Linksorientierte.

Während einer Disko wurde ein mosambikanischer Gastarbeiter mit Todesfolgen gelüncht, wenig später wird ein Angehöriger der sowjetischen Streitkraft mit Todesfolge überfahren, und schließlich wird ein vietnamesischer Gastarbeiter von einer Eisenbahnbrücke geworfen. Wegen der in solchen Fällen üblichen Nachrichtensperre ist unklar, ob er tot oder querschnittgelähmt ist. Raubüberfälle auf nichtdeutsche Passanten auf offener Straße sind ebenso häufig wie brutale körperliche Mißhandlungen, oft sind beide Vorfälle nicht zu trennen. Nachdem auch Übergriffe auf Jugendliche anderer Subkulturen, primär Punkrokker, zunahmen, hatte das die Politisierung einer ganzen Szene zur Folge und damit die Gründung der Autonomen Antifa Rathenow (AAR) Mitte 1991. Es kam dann überwiegend im Winter 1991 zu kleineren Zwischenfällen, wie z.B. das gegenseitige Zerstören von PKW's, mehrmalige Versuche Rechter in von Linken bewohnte Wohnungen einzudringen und kleineren Schlägereien. Alle Versuche der Antifa zu einem großen Schlag gegen die Kameradschaft auszuholen scheiterten aus recht unterschiedlichen Gründen. Jedenfalls lag es nicht an mangelnder Motivation der Antifas.

Am 8. Mai 92 wurde eine Gegendemonstration durch die AAR organisiert, mit Kranzniederlegung zu Ehren der Opfer des 3. Reiches, und zur Mahnung angesichts des aufkommenden Faschismus in Rathenow und ganz Deutschland. Die Demo wurde unter den Augen von Polizei und Presse von

der Kameradschaft Rathenow massiv gestört. Es kam zu einer Straßenschlacht ohne Sach- und Körperschäden. Die darauffolgende Medienkampagne machte uns zu den Schuldigen, allmählich wurden sogar Stimmen laut die behaupteten, wenn es die Antifa nicht gäbe, gäbe es auch keinen Faschoskin-Terror.

Da die faschistischen Aktivitäten sich stets auf die Wintermonate konzentrierten, konnten wir uns im Sommer um uns kümmern, das heißt, ein antifaschistisches Jugendzentrum mußte her. Darüber verhandelten wir mit der Stadt. Überraschend früh (Sept/Okt 92) flammten die Auseinandersetzungen mit der Kameradschaft Rathenow wieder auf. Eine Wohnung wurde mehrmals massiv angegriffen. Es kam zu Straßenschlachten, Krankenhausaufenthalten Einzelner und Sachschäden über 250.000 DM.

Da die Verhandlungen mit der Stadt über ein AJZ längst im Sande verlaufen waren und der Druck auf die AAR von Passanten, Bullen und den Faschos immer größer wurde, besetzten wir ein Haus, was wir 5 Wochen halten konnten. In diesen 5 Wochen waren wir durch das Haus so gestärkt, daß es zu keinerlei Provokationen durch Rechtsaußen mehr kam. Jedoch kurz nach der Räumung begannen die Faschos uns unter Druck zu setzen. Innerhalb von 14 Tagen zerstörten sie 5 Autos. Zweck der Aktion war, uns von Aussagen abzuhalten bei einem Prozeß gegen 4 Mitglieder der Kameradschaft Rathenow, darunter einer von ihren Hauptführern. Was wir bei dem Prozess erlebten, schlug dem Faß den Boden aus. Da war es Daniel Kuhn, Hauptangeklagter und Führungsperson der Kameradschaft Rathenow, möglich mit zwei Alu-Baseballschlägern im Gerichtssaal zu erscheinen. Mehrere Antifas wurden tätlich angegriffen, im Gerichtssaal klebten Aufkleber der NO. Zeugen wurden aufgrund zufälliger Anwesenheit gehört. Der Richter sagte: »Das herausfinden von Adressen von Zeugen über das Einwohnermeldeamt sowie das Vorladen sei zu zeitaufwendig«. Nach dem Prozess kam es noch zu einem Schlagabtausch zwischen AAR und der Kameradschaft Rathenow.

Der Winter ist noch nicht zu Ende. Wir werden sehen, was er uns noch bringt. Oft war es uns nur möglich, schwierige Situationen zu überstehen, weil wir von befreundeten Antifagruppen aus anderen Städten unterstützt wurden. Wir fahren auch oft zu diesem Zweck in andere Orte, um zusammen mit einheimischen Antifas gegen Faschisten von außerhalb vorzugehen.

Wir möchten an dieser Stelle dazu aufrufen, das bewährte Prinzip der Vernetzung weiter voranzutreiben, um mit der zunehmenden Organisation der Faschisten mitzuhalten und effektiv gegen sie vorgehen zu können.

Am 8. Mai findet in Rathenow wieder eine antifaschistische Demonstration statt. Wir möchten alle Interessierten dazu herzlich einladen. Anschließend findet noch ein Konzert statt, wo verschiedene regionale Bands auftreten werden. Treff für die Demo wird 16.00 Uhr, Karl-Marx-Platz (jetzt Buschplatz) sein.

Der Kampf geht weiter: Autonome Antifa Rathenow

HALSTENBECK

Bundesgeschäftsstelle der FAP

Am 6. Februar fand eine Demonstration in Halstenbeck/Krupunder statt. Ziel dieser Demonstration war es, auf die dortige FAP Bundesgeschäftsstelle aufmerksam zu machen (siehe Antifaschistisches Infoblatt Nr. 21). An der Demonstration beteiligten sich 1500 Personen, hauptsächlich aus dem autonomen antifaschistischen Spektrum Hamburgs und Norddeutschlands. Die Demo ging bei strömenden Regen durch endlose Vorortsiedlungen um nach einer Zwischenkundgebung schlußendlich direkt vor der Geschäftsstelle mit einer Abschlußkundgebung zu enden. Es wurden Redebeiträge zur Funktion und Geschichte der FAP vorgetragen, die von zahlreichen umherstehenden BürgerInnen interessiert aufgenommen wurden.

Ein starkes Polizeiaufgebot mit Wasserwerferunterstützung schützte dort die FaschistInnen, die sich in der Geschäftsstelle der FAP verbarrikadiert hatten und vermummt aus dem Fenster die Demo-TeilnemerInnen mit Gaspistolen provozierten. Daraufhin flogen Pyros und Steine in Richtung der Wohnung von Bundesgeschäftsführer Glenn Goertz, wo auch die Geschäftsstelle untergebracht ist. Als Folge auf die Ereignisse räumten die staatlichen Handlanger die Wohnung und sperrten die 40 anwesenden FaschistInnen bis zum Abschluß der antifaschistischen Aktivitäten in den Keller des Mehrfamilienhauses.

Für eine kaputtgegangene Fensterscheibe einer unter der Geschäftsstelle liegenden Wohnung einer Familie, die nichts mit der FAP am Hut hat, wurde bei der Abschlußkundgebung Geld gesammelt, um diese zu ersetzen und um deutlich zu machen, daß sich die Demo nur gegen den FAP-Stützpunkt richtete.

Trotz Pressehetze im Vorfeld der Demonstration veränderte sich die Berichterstattung nach der antifaschistischen Demonstration erheblich. Die für uns gute Berichterstattung wurde selbst nach einer direkten Auseinandersetzung mit FaschistInnen während der Bürgerfragestunde der Gemeinde Halstenbeck Anfang April nicht aufgegeben.

Zu der Konfrontation war es gekommen, als Glenn Goertz mit 20 Gefolgsleuten versuchte, die Sitzung des Gemeinderats zur Propagierung seiner offen faschistischen Ziele zu nutzen.







Die Brüder Glenn (oben) und André Goetz

Nachdem die Faschos die dort schon anwesenden AntifaschistInnen sahen, ergriffen sie die Flucht. Glenn Goertz und sein Bruder Anderé, FAP-Chef von Hamburg, versuchten trotzdem, die AntifaschistInnen mit Reizgas und Schreckschuß anzugreifen, was sich für sie als aussichtsloses Unterfangen herrausstellte. Als sich die faschistischen Schläger später noch einmal vor der Bundesgeschäftsstelle sammeln wollten, wurden sie von der Polizei festgehalten, ein umfangreiches Waffenarsenal beschlagnahmt und einige von ihnen, unter anderem auch die Goertz-Brüder mit Mutter, Heike Goertz, vorrübergehend festgenommen.

Antifaschistische Zusammenhänge aus dem Großraum Hamburg haben auch nach der Demo gegen die Bundesgeschäftsstelle nicht aufgehört, die FAP-Struktur um die Bundesgeschäftsstelle aufzudecken und weiter zu dem Thema zu arbeiten.

Ein Ergebnis der bisherigen Arbeit ist eine umfangreiche Dokumentation zur FAP, die in Kürze erscheinen wird.

ADELEBSEN

Am 20. März 93 fand in der Nähe von Göttingen eine Demonstration gegen das faschistische Schulungszentrum des NPD-Funktionärs Hans Michael Fiedler statt. Unter den ca. 2000 TeilnehmerInnen befand sich auch ein etwa 800 Personen starker »Schwarzer Block«. Die von der Antifa (M) initierte Demonstration wurde von einem breiten Bündnis von Autonomen über Grüne bis zu SPD und DGB durchgeführt und von weiten Teilen der örtlichen Bevölkerung unterstützt. Mit dieser Demo gelang es, das Schulungszentrum ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken und die AnwohnerInnen für die Umtriebe vor ihrer Haustür zu sensibilisieren. Das Erscheinungsbild der vermummten und teilweise behelmten TeilnehmerInnen stand ein weiteres Mal dem völlig friedlichem und geordnetem Demoverlauf gegenüber. Natürlich durfte auch das pressewirksame Helm-an-Helm Foto nicht fehlen - eine Reihe weiße und eine schwarze Helme. Die Demo kann durchaus als Erfolg gewertet werden. Sie steht im Zusammenhang mit einer Kampagne der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation unter dem Motto: »Gemeinsam faschistische Zentren und Treffpunkte angehen.«. Ein weiterer Teil dieser Kampagne war eine Aktion der Autonomen Antifa Passau mit ca. 100 Leuten vor einer Diskothek in

STRAUBING

bei Passau, die sich in letzter Zeit immer mehr zu einem Treffpunkt der Faschisten entwickelt hatte. Am 17. April fand ebenfalls in diesem Zusammenhang eine Demonstration der Autonomen Antifa Mainz/Wiesbaden in

GONSENHEIM

vor der Nazi-Zentrale von Kurt und Ursula Müller. Die Müller-Gärtnerei ist alljährlich Treffpunkt mehrerer hundert FaschistInnen aus der BRD und dem Ausland, die gemeinsam Hitlers Geburtstag feiern. Eine der Hauptforderungen der diesjährigen Demo war: »Freiheit für Gunther« (s. andere Kurzmeldung). An der Demo nahmen ca. 1000 Leute teil. Die Faschisten hatten ca. 300 Leute auf dem Gelände versammelt und waren mit Knüppeln, Äxten und z.T. mit Stahlhelmen, Sturmhauben, Splitterwesten, Zwillen, Hunden usw. ausgerüstet. Die getroffenen Vorkehrungen auf dem Gelände deuteten auf einen befürchteten Angriff von mehreren tausend Personen hin. Alle Personen, die sich vor dem Gelände aufhielten (Presse und Polizei), wurden gefilmt oder fotografiert. Anwesend waren u.a.: Rieger, Worch, Busse, Priem, Steiner, Schweigert, Petri, Riefling (Miesling), Weidner und Scholz. Vor dem Gelände der Gärtnerei gab es kurze Auseinandersetzungen mit der Polizei, einige Autos der Faschisten wurden etwas luftdurchlässiger gemacht. Die Polizei hielt sich dabei weitgehend zurück. Auf Faschoseite gab es einen Verletzten.

BRD

Antifaschistische Aktion/BO

Auf einem Treffen der AA/BO Ende Februar wurde sehr kontrovers über den bisherigen Verlauf der Organisierung diskutiert. Einige Gruppen, u.a das Antifaschistische INFOblatt Berlin, verließen nach dieser Diskussion die Antifaschistische Aktion/BO. Die in der Organisation verbliebenen Städte haben sich auf eine Ergänzung der bisherigen Prinzipienerklärung geeinigt, die Anfang bis Mitte Juni vorliegen soll. Trotzdem wir jetzt nicht mehr an dieser Diskussion teilnehmen ist es für uns selbstverständlich, daß wir auch weiterhin an einer Zusammenarbeit interessiert sind und auch Sachen der AA/BO veröffentlichen werden, sofern es von ihnen gewollt und in unseren Möglichkeiten liegt.

Die für den 8. Mai 93 vorgesehene und im letzten Info angekündigte Tagung der AA/BO wurde verschoben und konzeptionell verändert.

BERLIN

Auf der diesjährigen Christopher-Street-Day-Demo in Berlin will eine Gruppe, die sich »Gay Skinhead Movement« (Schwule Skinhead-Bewegung) nennt, mit allen, »nicht nur schwulen Skinheads«, eine »Demo in einer Demo« bilden. Diese Gruppe, die u.a. das Bild eines bekannten faschistischen Sängers als Logo hat, distanziert sich in ihrer Propaganda keineswegs von den rassistischen und neo-faschistischen Boneheads, die eine Kampagne der Gewalt gegen ImmigrantInnen in der BRD führen. Die Gruppe selbst behauptet, daß sie eine Kampfsportgruppe bilden wolle, da »schlagkräftige Auseinandersetzungen in erster Linie mit türkischen Jugendlichen sich derzeit kaum vermeiden ließen«. Alle an-

tifaschistischen Lesben und Schwule und ihre UnterstützerInnen sind aufgerufen, zur Internationalen lesbischen und schwulen Demonstration zu kommen, den Boneheadaufmarsch zu verhindern und sich und die Demonstration gegen faschistische und andere Gewalt zu verteidigen. Grenzenlos gegen Ausgrenzung - Zusammen gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Faschismus (aus einem Flugblatt des Aktionsbündnisses Internationaler CSD 93)

HANNOVER

Verbote gegen Naziparteien bewirken wenig bis gar nichts, ebenso die Indizierung mehrerer Platten oder Titel faschistischer Musikgruppen. Trotzdem wurden bisher Platten von sieben Bands indiziert (das bedeutet, daß sie »nur noch« unterm Ladentisch an mindestens 18-jährige verkauft werden dürfen), Verfahren wegen »Volksverhetzung« und »Aufstachelung zum Rassenhaß« laufen bzw. sind schon zur Anklage gebracht worden. Das beste Beispiel für die Unwirksamkeit solcher Maßnahmen dürfte die 1984 erfolgte Indizierung der ersten LP der »Böhsen Onkelz« sein, ohne sie wäre die Band bestimmt nicht zu ihrer heutigen Bekanntheit gekommen.

Das dachte sich auch die Antifa AG der Uni Hannover, als sie nach einem völlig anderen, sehr viel wirkungsvolleren Konzept gegen den Verkauf von Faschomusik vorging. Ihr ging es ausschließlich um einen Boykott der VerkäuferInnen dieser Platten.

Als erstes probierten sie es mit einem netten Hinweis an den Fillialleiter des Phonac-Ladens, der als einzigster in Hannover diesen Dreck vertickt. Als darauf keine Reaktion erfolgte, lief die »Boykottmaschine« am 18.12.92 an. Sie entwarfen ein Flugblatt, daß zum Boykott dieses Geschäftes aufrief und fragten bei bekannten Hannoveraner Rock- und UnterhaltungskünstlerInnen um Unterstützung nach. Das Echo war sehr positiv, wenig später standen 14 in Hannover wohlbekannte Namen unter dem Flugblatt. Dann wurde die Presse zur Begehung des Ladens eingeladen, ohne jedoch vorher etwas Konkretes verlauten zu lassen, damit der Filialleiter nicht die Möglichkeit hatte, die Platten vorzeitig zu entfernen. Vor den Augen der zahlreich anwesenden Presse (u.a. die beiden großen Tageszeitungen aus Hannover, der NDR und die Lokalillustrierte Schädelspalter) wurde dem verdatterten Fillialleiter alles auffindbare Material auf den Ladentisch gelegt. Zusätzlich wurden jede Menge Flugies vor dem Laden verteilt. Die Beiträge der Medien am nächsten Tag über diese Aktion waren durchweg positiv. Daraufhin traf sich die Antifa nochmals vor dem Laden, diesmal probierte der inzwischen sehr kleinlaut gewordene Filialleiter einen »Kompromiß« auszuhandeln, in dem er die faschistischen Platten unter die Theke verbanne und nur noch die Restbestände verkaufen wolle. Dies wurde natürlich abgelehnt und es wurden nochmals 2500 Flugies verteilt.

In der Folgezeit gab es noch mehrere Beiträge der Presse zu diesem Thema bis der MP Schröder, beeinflußt durch die Aktionen gegen Phonac, Anfang des Jahres die Justizbehörden aufforderte, »gegen die weitere Verbreitung solcher Schallplatten« vorzugehen. Daraufhin hat die Filiale sämtliche beanstandeten Platten vom Verkauf ausgeschlossen. Obwohl die Antifa diese Reaktion nicht mittrug, war die Aktion für sie ein voller Erfolg. Sie hatten extra kein Verbot der Platten gefordert, sondern zum Boykott ihrer VerkäuferInnen aufgerufen.

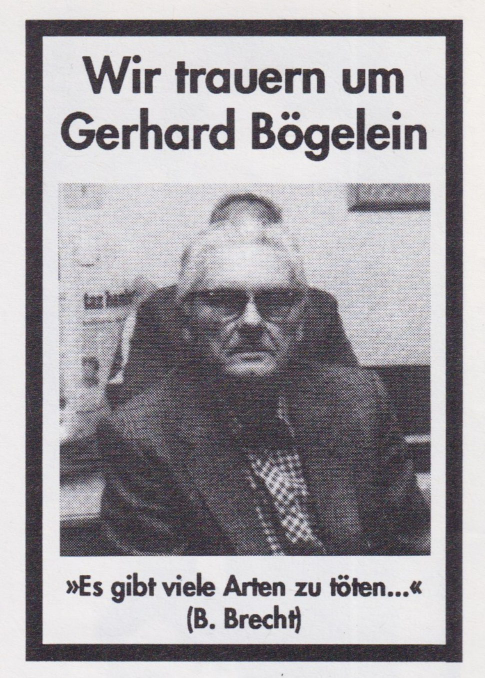
HAMBURG

Gerhard Bögelein ist tot

Dem Antifaschisten Gerhard Bögelein ist die lange Zeit seiner Inhaftierung durch die deutsche Justiz zum Verhängnis geworden. Er war bereits bei seiner Inhaftierung 1989 schwer krank. Eine Haftverschonung auf Grund dieses Umstandes wurde bis zum Dezember 92, also drei Jahre lang, abgelehnt. Im Dezember 92 kam sie nur dadurch zu stande, weil klar war, daß er nur noch eine geringe Lebenserwartung hatte. So sollte verschleiert werden, daß das lebenslängliche Urteil für ihn ein »Todesurteil« war.

Gerhard verhörte kurz nach dem Krieg in seiner Funktion als Offizier der Roten Armee den NS-Militärrichter Erich Kallmerten, der persönlich für 178 Todesurteile verantwortlich war (ausführlich siehe INFO 19). 1947 wurde Kallmerten im Kriegsgefangenenlager Klaipeda erschlagen. Seit 1949 versucht die BRD-Justiz, für die Tötung des Nazi-Blutrichters G. Bögelein verantwortlich zu machen. Das wurde lange Zeit dadurch behindert, daß Gerhard in Leipzig in der Ex-DDR lebte und damit dem Zugriff der westdeutschen Justiz entzogen war. In dem jetzt stattgefundenen Verfahren wurde der »übliche« Rollentausch ein weiteres Mal praktiziert: Der NS-Täter Kallmerten wurde zum Opfer und der antifaschistische Widerstandskämpfer zum Täter gemacht.

Wir trauern um Gerhard Bögelein



»Es gibt viele Arten zu töten...« (B. Brecht)

WIESBADEN

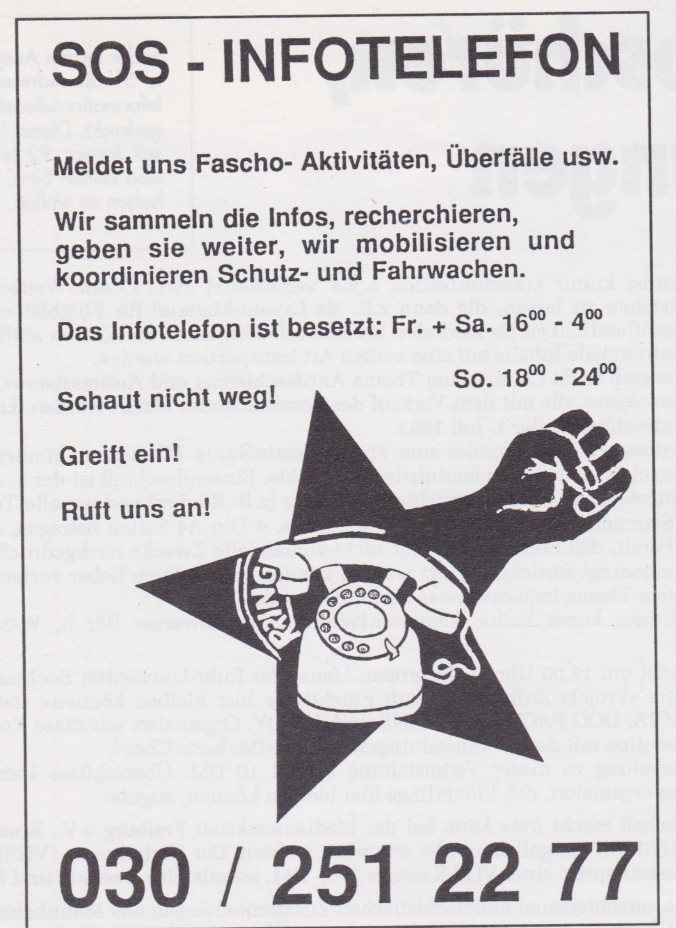
Gunther immer noch in Haft

Am 6. Januar 93 fand in Mainz ein »Kameradschaftsabend« der verbotenen Deutschen Alternative (DA) statt. AntifaschistInnen versuchten, dieses Treffen zu verhindern. Dabei wurden zwei Autos demoliert und einige Neonazis leicht verletzt. Die Polizei duldete dieses Treffen der Faschisten, errichtete aber Straßensperren, um AntifaschistInnen abzugreifen. Dreieinhalb Stunden nach den Auseinandersetzungen wurde Gunther bei einer solchen Straßenkontrolle auf der Schiersteiner Brücke in Mainz/Wiesbaden angehalten. Er wurde sofort unter dem Vorwurf des schweren Landfriedensbruch festgenommen. Nach »polizeilichen Erkenntnissen« war er als Antifaschist bekannt und deswegen reichte die gefundene



Wollmütze, ein Paar Handschuhe und ein abgesägtes Stuhlbein als »Beweis« für seine Tatbeteiligung. Am nächsten Tag wurde er dem Haftrichter vorgeführt, der auch sogleich Untersuchungshaft, die bis zum heutigen Tag aufrecht erhalten wird, anordnete. Als Begründung mußte die immer einsetzbare Verdunklungs- und Fluchtgefahr herhalten.

Weitere Informationen gibt es beim Infoladen Wiesbaden, Werderstr. 8, Tel.: 0611/440664 oder Fax: 0611/9490751; Spendenkonto: Wiesbadener Volksbank, BLZ 510 900 00, Kto.-Nr.: 149 265 18, Kennwort: »Gunther«



BREMEN

Durchsuchungen und Beschlagnahme

In Bremen wurde am 9.3.93 die Jugendinitiative Sielwallhaus, der Infoladen »Umschlagplatz« und eine Privatwohnung durchsucht. Begründet wurden die Durchsuchungen mit Durchsuchungsbeschlüssen von Anfang Februar 93. Darin geht es um angebliche »öffentliche Aufforderung zu Straftaten u.a.« und um ein »Vergehen gegen das Kunsturhebergesetz«. Auf den Tag genau vor einem Jahr haben sie den Laden schon einmal durchsucht (wegen der Zeitschriften »Unfassbar« und »radikal«).

Die »Aufforderung zu Straftaten« bezieht sich auf die vom Infoladen-Versand vertriebenen Spuckies (Schleckies), die aber bereits seit zwei Jahren vertrieben werden. Einige der kriminalisierten Motive existieren sogar schon seit 1985, ohne das sie bisher irgendwo Anstoß erregt haben. Das »Vergehen gegen das Kunsturhebergesetz« bezieht sich auf Fotos, die Polizeieinsätze und -übergriffe während der Bremer Demonstration anläßlich der Morde in Mölln, Berlin und Wuppertal dokumentieren. Diese Bilder kannten die Bullen von einer Personalienfeststellung im Dezember 92, wo sie ihnen aber wieder entrissen wurden und seit dem verschwunden waren. Keines der gesuchten Bilder wurde bei den Durchsuchungen gefunden. Die Bullen richteten in ihrer bekannten Zerstörungswut eine Sachschaden von rund 10.000 DM an und beschlagnahmten mehrere Kisten Aufkleber, ca. 1 Dutzend politischer Broschüren und diverse schriftliche Unterlagen.

PASSAU

Prozesse gegen DVU-GegnerInnen

Gegen vierzehn GegendemonstranInnen gegen die DVU-Großkundgebung vom 14.März 1992 wurden bisher Urteile gesprochen: drei Freisprüche und elf Verurteilungen (von Geldstrafen zwischen 900,- und 2.500,- bis hin zu acht Monaten Haft auf drei Jahre Bewährung + 2.000,- Geldstrafe). Der bei fast allen Verfahren zuständige Richter Hammer zeigte einen ausgeprägten Verurteilungswillen. Ganz im Gegensatz zu den Verfahren gegen die Frey-Anhänger, die 1990 nach einer DVU-Veranstaltung das städtische Jugendzentrum angegriffen hatten: ihre Verfahren wurden eingestellt. Fast alle Verurteilten gehen in die nächste Instanz. Das erste Berufungsverfahren findet Ende April vor dem Landgericht in Passau statt.

Kontakt über: Rechtshilfegruppe, c/o BBS, Gottfried-Schäffer-Str.6, 8390 Passau oder Prozeßgruppe Passau, c/o Druckluft, Am Förderturm 27, 4200 Oberhausen 1

Spenden für das Rechtshilfekonto bitte an: Schwarz-Rote Hilfe, Kto.Nr.: 277 580 200, BLZ: 360 101 11, Bank für Gemeinwirtschaft Oberhausen

BONN

Demonstration und Festnahmen

Troisdorf: Am Samstag den 6.2.93 trafen sich zwischen 60 und 80 Neofaschisten in der Gaststätte »Zur Laterne« in Troisdorf-Sieglar zu einer Feier. Gegen 22:30 erreichte eine sich spontan gebildete Gegendemonstration von rund 120 deutschen und türkischen Jugendlichen den Ort des Geschehens. Auf die Forderung, die Feier aufzulösen ging die Polizei zum Schein ein. Tatsächlich nutzte die Polizeiführung, ihr einstündiges Hinhalten der GegendemonstrantInnen dazu, Kräfte aus dem gesamten Rhein-Sieg Kreis und darüber hinaus zusammenzuziehen. Nach dem ausreichende Polizeikräfte vorhanden waren, griffen diese, die sich bereits auf dem Rückweg (!) befindenden DemonstrantInnen an. Dabei wurde ein Teil der Jugendlichen eingekesselt und festgenommen. Eine etwa halbe Stunde vor (!) der Einkesselung bei der Polizei eingegangene Meldung, wonach in S.Augustin Flüchtlingscontainer angegriffen wurden, war der Polizei offensichtlich einen Einsatz nicht wert. Auch wenn unsere bisherigen Rescherchen diesen Angriff nicht bestätigen konnten, bleibt Grundsätzliches festzuhalten: Wenn der Polizei eine größere Ansammlung Rechtsradikaler bekannt ist, ist es, angesichts der derzeitigen Situation in Deutschland, unverantwortlich in der Nähe befindliche Flüchtlingsunterkünfte ungeschützt zu lassen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Polizei von mehreren mit Faschisten besetzten Autos, die die weitere Umgebung durchstreiften, Kenntnis hatte. Stattdessen konzentriert sie alle vorhandenen Kräfte auf die Festnahmen der antifaschistischen Jugendlichen.

(aus: Pressenachrichten der Jugendfront Bonn/Rhein-Sieg, Pressegruppe)

Bücher, Broschüren, Ankündigungen

In der letzten Ausgabe haben wir auf Seite 51 die Adresse des Antifaschistischen Informationsdienstes aus Mannheim abgedruckt. Dieser Infodienst existiert bereit seit Januar 92 leider nicht mehr, es hat also keinen Sinn, dort irgendwelche Infos haben zu wollen.

Comix-Sammlungen

Der Verein »kunst kultur kommunikation e.V.« veranstaltet zwei Comic-Wettbewerbe. Ziel ist es, eine Sammlung entstehen zu lassen, die dann z.B. als Layout-Material für Flugblätter, Publikationen, Plakate usw. eine Gegenöffentlichkeit im medialen Bereich schaffen kann. So können antifaschistische/antirassistische und antipatriarchale Inhalte auf eine andere Art transportiert werden.
Der eine Wettbewerb sucht Comics zum Thema Antifaschismus und Antirassismus. Mitmachen kann jedeR, finanzielle Überschüsse, die mit dem Verkauf des Sammelbandes erzielt werden, kommen der Antifa-Arbeit zu gute. Einsendeschluß ist der 1. Juli 1993.
Der andere Wettbewerb sucht Comics zum Thema Feminismus. Mitmachen können nur Frauen, eventuelle finanzielle Überschüsse fließen in feministische Projekte. Einsendeschluß ist der 1. August 1993!
Bei beiden Wettbewerben werden verschiedene Preise (z.B. Bücher) verlost, alle TeilnehmerInnen erhalten den erstellten Sammelband. Der Umfang sollte max ca. 4 Din A4 Seiten betragen, durch die Teilnahme erklärt Ihr Euch bereit, daß Eure Arbeiten für nicht-komerzielle Zwecke nachgedruckt werden dürfen. Da die Comics nicht unbedingt zurückgeschickt werden können, macht Euch lieber vorher eine Kopie. Der Rechtsweg ist bei diesem Thema logischerweise sowieso ausgeschlossen.
Die Kontaktadresse: kunst kultur kommunikation e.V., Schwarzer Bär 6, W-3000 Hannover 91, Tel: 0511/762-5061

Solikonzert

Am 26.5.93 findet um 19.00 Uhr in der großen Mensa der Ruhr-Universität Bochum ein Solidaritätskonzert unter dem Motte »Projekt Zuflucht - Damit Flüchtlinge hier bleiben können« statt. Es spielen die Bands CHUMBAWAMBA, DOG FACED HERMANS und ALLOY. Organisiert wir diese Konzert vom AStA Kulturreferat in Kooperation mit dem Veranstaltungskollektiv »Der harte Chor«.
Der Solidaritätsbeitrag zu dieser Veranstaltung beträgt 10 DM. Überschüsse kommen dem Projekt »Zuflucht«, welches organisiert, daß Flüchtlinge hier bleiben können, zugute.

Film: »Wahrheit macht frei«

Der Film »Wahrheit macht frei« kann bei der Medienwerkstatt Freiburg e.V., Konradstr. 20, W-7800 Freiburg, Tel: 0761/709757 ausgeliehen oder erworben werden. Der Verleihpreis (VHS) pro Vorführung beträgt 50,- DM, der Verkaufspreis einer VHS-Kassette 250,- DM, jeweils plus Versand und Mehrwertsteuer.

»Das Rechte Netz in der Rhein-Neckar-Region«

Von Leuten aus verschiedenen antifaschistischen Zusammenhängen aus Mannheim und Weinheim ist eine neue Broschüre herausgegeben worden, die eine gute Übersicht über die in der Region tätig werdenden faschistischen Kräfte gibt. So werden rechtsextreme Gruppen und Organisationen wie die NF, die Nazi-Skinband Tonstörung, die Kameradschaft Schwarz Weiß Rot, die Aktion Sauberes Deutschland und weitere 6 Gruppen beleuchtet. Weiter geht es mit Informationen über 5 faschistische Parteien (DL, DVU, NPD, REP und Nationaleuropäisches Jugendwerk (NEJ)) und über Gruppierungen und Personen der Braunzone (Deutscher Arbeitnehmer-Verband (DAV), Mannheimer Liste (ML), Junge Union (JU), Rechtsanwalt Philipp usw.). Die MacherInnen stützen sich in erster Linie auf die Recherchen des Mannheimer Antifa-Info-Telefons und wollen die ihnen bekannten Fakten und Hintergründe einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Ein empfehlenswerte Broschüre nicht nur für Antifas aus dieser Region. Sie kostet 3,- DM und ist für 4,- DM (incl. Porto) beim Infoladen, c/o Jugendzentrum »Friedrich Dürr« in Selbstverwaltung, Postfach 121965 in W-6800 Mannheim 1 erhältlich.
Die Notruftelefone in Mannheim und Heidelberg haben folgende Nummern:
Antifaschistisches Infotelefon Mannheim: 0621/21705 (Anrufbeantworter mit ständig aktualisierter Ansagespur)
Antirassistisches Notruf- und Infotelefon Heidelberg: 06221/29082 (täglich von 19 Uhr bis 7 Uhr früh persönlich besetzt)
Antirassistisches Notruf- und Infotelefon Mannheim: 0621/1564141 (Freitag & Samstag von 19-6 Uhr und Sonntag & Montag von 19-24 Uhr)

»Vier Wochen Connewitz«

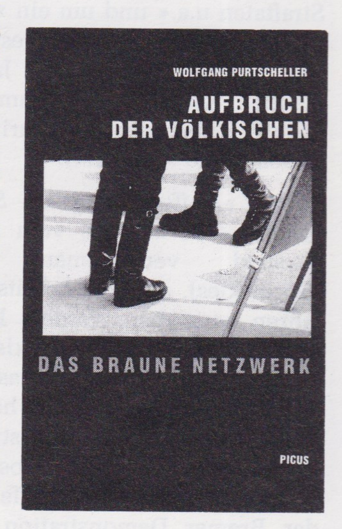
Es ist eine Broschüre zu den Ereignissen am 27./28. November 1992 in Leipzig-Connewitz und der Ermordung von Thümy am 22. Dezember 1992 unter dem Titel »Vier Wochen Connewitz« erschienen. »Genau in dieser Zeit, wo mancher frustrierte Antifa eigentlich eine Chance hätte sehen müssen, dem gemächlich rasenden Mob der Empörung eine Richtung zu geben, ereignen sich hier in Leipzig zwei folgenschwere Ereignisse, die die oben genannten Entwicklungen regelrecht ins Gegenteil verkehren sollten.« (aus dem Vorwort der Broschüre).
Die Darstellung der Ereignisse, Zusammenhänge, Hintergründe und persönliche Kommentare und Gefühle für und zu Connewitz. Alles zusammen: 2,- DM + Porto bei DRUCK, HdD, Bernhard-Göring-Str. 152, O-7030 Leipzig.

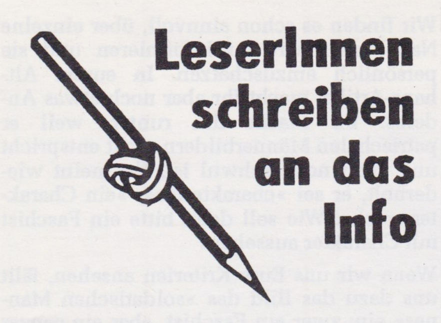
»Heute gehört uns die Straße...«

Von dem Filmemacher von »Wahrheit macht frei«, Michael Schmidt, liegt jetzt ein Buch mit dem obigen Titel vor, in dem er seine Erlebnisse im GdNF-Netz beschreibt. Zwei Jahre lang hatte er sich in der faschistischen Szene aufgehalten und konnte dadurch eine Menge Insider-Informationen über das Kühnen-Netz, auch gerade über die Querverbindungen zur illegalen NSDAP/AO, an die Öffentlichkeit bringen. Das spannend geschriebene Buch erscheint im ECON-Verlag und kostet DM 39,80. Mehr im nächsten Info.

»Aufbruch des Völkischen«

Buchtip: Purtscheller benennt Ereignisse und Organisationen, Namen und Querverbindungen, Hintermänner und Hintergründe, Lügen und Wahrheiten, Siege und Niederlagen der rechtsextremen Szene im gesamten deutschen Sprachraum. Ca. 240 S., 20 Abb., 34,- DM, ab Mai im Buchhandel





Antifaschistisches Presse Archiv

Was machen wir?

Wir sind als von Parteien und Institutionen unabhängiges Antifa-Archiv seit Jahren dabei, Veröffentlichungen zu archivieren, die Antifaschistinnen und Antifaschisten nützlich sind. Wir bearbeiten zu diesem Zweck die Tagespresse, wobei der Schwerpunkt deutlich auf Vorgängen in Berlin und Brandenburg liegt, ohne dabei Überregionales zu vernachlässigen. Hinzu kommen Wochen- und Monatszeitungen sowie Dokumentationen, Broschüren und Bücher aus dem bürgerlichen und linken Spektrum.

In unserem Bestand – ab 1980 – findet Ihr Material ...
* zu neofaschistischen Organisationen (NF, DA, FAP, ...)
* zu Parteien der Braunzone (DVU, REP, NPD, ÖDP, DL, ...)
* zum rechtskonservativen Bereich (Burschenschaften, Vertriebenenverbände, ...)
* zu Skinheads und Holligans
* zu Psycho- und Politsekten
* zu heidnischen Gruppen und deren Verbindungen zum neofaschistischen Lager
* zur Ideologie der »Neuen Rechten«
* zu rassistischen und antisemitischen Angriffen
* zu antifaschistischen und antirassistischen Aktionen und Initiativen
* zur Asylpolitik und Asyldebatte

Wozu das Archiv?

Wir wollen die Informationen, die zu den obigen Themen tagtäglich und über die Jahre veröffentlicht werden, allen antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, Gruppen und Personen zur Verfügung stellen, um durch Hintergrundwissen u.a. eine fundierte Öffentlichkeitsarbeit zu erleichtern.

Wir wollen mit dem Archiv die Möglichkeit bieten, sich ein umfassendes Bild über die Entwicklung im neofaschistischen Lager anzueignen.

Desweiteren haben wir das Ziel, Informationen zu ausgewählten Schwerpunkten selber zu veröffentlichen.

Wie könnt Ihr das Archiv nutzen?

Ihr kommt bei uns vorbei. Wir sind jeden Donnerstag von 17 bis 20 Uhr im Archiv.

Ihr fragt schriftlich bei uns an. In diesem Fall werden auf Euch Kopier- und Portokosten zukommen. Bitte legt Rückporto bei!

Was könnt Ihr zum Antifa-Archiv beitragen?

Vor allem benötigen wir Material und Informationen aus und zu den oben genannten Themenbereichen, denn wir können nicht überall sein bzw. wissen von vielen Dingen auch nichts.

Deshalb möchten wir Euch bitten, uns alles zuzusenden, was mit Faschismus/Antifaschismus zu tun hat. Egal ob es sich um Bücher, Filme, Namen, Treffpunkte, Organisationen, Aufkleber, Texte, Zeitschriften, Flugblätter, Fotos oder sonstwas handelt. Besonders wichtig wären uns Artikel aus regionalen Zeitungen, da wir die berliner Zeitungen umfassend auswerten.

Im Prinzip können wir alles gebrauchen, weil auch Kleinigkeiten Mosaiksteine im Gesamtbild sein können und dazu beitragen, der Realität ein Stück näher zu kommen. Euch mag ein Detail unwichtig vorkommen, für uns ergibt sich aber vielleicht daraus ein neuer Aspekt oder eine neue Verbindung. Wichtig ist vor allem, daß Ihr uns die Quelle Eurer Zusendung nennt (soweit Euch das möglich ist), damit wir damit auch wirklich arbeiten können.

Geldspenden können wir jederzeit gebrauchen. Wenn Ihr auf das unten angegebene Konto einzahlt, könnt Ihr eine Spendenquittung erhalten.

Ku-Bi e.V., Stichwort: »Archiv«,
Konto-Nr.: 96 545 - 103
beim Postgiroamt Berlin, BLZ: 100 100 10

Sachspenden: Wenn Ihr Bücher zu dem Thema habt, die Ihr nicht mehr braucht, wären wir über Euer Geschenk sehr froh. Auch Büromaterialien wie Gummibärchen und Schokolade fehlt regelmäßig!

Antifa-Presse-Archiv, c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 1000 Berlin 36, Tel.: 030 / 618 30 51
jeden Donnerstag von 17 bis 20 Uhr

Liebe Freunde,

mit Interesse las ich vor einiger Zeit Euren Bericht »Das Nachkriegsnetz der SS«, Nr. 19/1992. Auch wenn mir das Meiste noch aus meiner BRD-Zeit in den 50iger Jahren geläufig war, z.B. die Rehabilitierung über die 'Jungtürken' der FDP mit von Manteuffel und dem hohen HJ-Führer Zogelmann - so ist leider immer noch Anlaß, die jüngere Generation über die Machenschaften der Dunkelmänner und ihres Nachwuchses aufzuklären. Gegen Ende des Berichtes erwähnt Ihr auch einige Figuren aus der schwedischen SS-Szene. Diese sind gewiß nicht zahlreich - 1939-45 ca. 300 SS-Leute - aber als Hintermänner für immer neue faschistische und fremdenfeindliche Terrororganisationen sowie wegen ihrer Beziehungen zur Justiz und Höheren Beamtenschaft sind diese Herren durchaus gefährlich.

Ein beispielhafter Fall wurde kürzlich in DEMOKRATIE UND RECHT 3/92 erwähnt, nachdem die schwedische, sozialdemokratische Regierung durch ein Plenar-Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte am 29.10.1991 wegen geheimer Gesinnungsjustiz in meinem Fall verurteilt worden war. Die juristischen Einzelheiten des Justizskandals wurden schon weitgehend von den DEMOKRATIE UND RECHT-Berichten abgedeckt. Zu Anfang hatten Regierung und ihr Generalstaatsanwalt unter Bruch der Verfassung sich ausgerechnet der verfahrensentscheidenden Hilfe eines Gefängniskunden, SS-Obersturmführer KARL DOGGER bedient, um sowohl grobe Menschenrechtsverletzungen zu vertuschen, als auch um die Straßburger Instanzen zu betrügen. Weil die Menschenrechtskommission nicht zugeben will, daß sie mit einem SS-Verbrecher reingelegt worden war, sind ihre Entscheidungen auf der betrügerischen Grundlage unwiderruflich. Somit kommt diesem 'SS- Einsatz' für die zukünftige Auslegung der Menschenrechtskonvention für alle Staaten des Europarates eine präjudizielle Schlüsselrolle zu.

Dies dürfte ein ausreichender Grund sein, die Einbettung dieses Gestapomannes in die Stockholmer Nomenklatura näher zu untersuchen. Es gibt sie den 30er Jahren kaum einen politisch eingefärbten Justizskandal, bei dem EDQUIST alias DOGGER alias ADELSMANN BORGENSTIERNA nicht seine Finger mit drin hatte. Meine Freunde und natürlich ich selbst haben deshalb umfangreiches Material über diesen schwerverbrecherischen 'Leumund' der Regierung zusammengetragen, obwohl der ehemalige Gestapoagent tüchtig im Verwischen seiner Blutspur zu sein scheint. 1986 wurden die bis dahin geheimen Akten über seine Tätigkeit während der Nazizeit in u.a. Oslo und Berlin geöffnet. Nach eigenen Angaben gegenüber der schwedischen Geheimpolizei war der 'Leumund' z.B. SS- Obersturmbannführer OTTO SKORZENYs Ratgeber für nordische Fragen. Nach dem Krieg war er in zahlreiche Betrügereien, Gewalttaten, Bombenanschlägen von Neonazis in irgendeiner Weise verwickelt, entweder als Täter oder Rechtsvertreter der Täter. Wie kein anderer stellte er die Blutspur von der SS zu den heutigen Neonazis dar. Selbstverständlich nahm er maßgeblich an der Hetzkampagne gegen Olaf Palme teil. Einen politischen Gegner versuchte er bereits in den 30er Jahren mit einem Pistolenschuß zu ermorden.

In den schwedischen Presseberichten über den Straßburger Skandal wird die Schlüsselrolle des Gestapomannes fast ausnahmslos verschwiegen, nachdem die Staatsanwaltschaft wegen einer Enthüllung im liberalen Massenblatt FEXPRESSEN einen groben Übergriff auf die Pressefreiheit begangen hatte, um ihre Zusammenarbeit mit dem SS- Offizier zu vertuschen. Kein Reichstagsabgeordneter wagte eine Anfrage wegen des Verfassungsbruches des Generalstaatsanwaltes mit dem SS-Verbrecher. In den Berichten der BRD-Presse über den Justizskandal wird der SS- Mann höchstens beiläufig erwähnt. Dabei wäre ohne seine Hilfe die Verurteilung schon 1982 fällig gewesen. So wurden die betrogenen MR-Kommissionsmitglieder zu mitwissenden Komplizen und die Brüche der Menschenrechtskonvention konnten fortgesetzt werden - unter Begünstigung der betrogenen MR-Kommission. Solltet Ihr an einer Aufdeckung interessiert sein, könnte ich Euch weiteres Material oder gar einen Bericht schicken.

Mit freundlichen Grüßen (Name bekannt)

Anm.d.Red.: *Der Leserbriefschreiber ist Anfang der 60er aus der BRD nach Schweden emigriert. Dort ist er an einer Universität be-*

schäftigt. Anfang der 70er wurde seine Stelle erneut ausgeschrieben und mit einem Minderqualifiziertem besetzt. Er fand heraus, daß er wegen seiner politischen Einstellung und Betätigung Opfer einer anonymen Rufmordkampagne geworden war. Der nächste Hammer war: Er mußte feststellen, daß er kein Recht hatte, gegen den Uni-Obersten zu klagen. Nach einem schwedischen Gesetz war es nur dem Generalstaatsanwalt möglich, bei Rechtsverstößen gegen höhere Beamten vorzugehen. Daraufhin zog der geschädigte Uni-Angestellte vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. In einem Parallelverfahren (Hintergrund: auf hoher Justiz-Ebene sollte offenbar die Verfolgung bestimmter krimineller Aktivitäten gestoppt werden) spielte dann der beschriebene SS-Mann eine maßgebliche Rolle.

Zum Artikel über die Ermordung Silvios:

In Nr. 21 im Artikel zu Silvios Ermordung behandelt Ihr auch den Judith-Auer-Klub und erwähnt auch, daß er während der Demo entglast wurde. Ihr »vergeßt« aber zu erwähnen, daß der Klub ein paar Tage später abgefackelt wurde, und zwar von einer FrauenLesben-Gruppe (Interim 218). Ich frage mich, warum Ihr gerade dieses Stück Wirklichkeit In Eurem Artikel einfach ausblendet.

Sagt nicht, daß es eh jede/r weiß, weil das nicht stimmt, oder daß es nicht wichtig wäre.

Wenn Ihr Kritik an der Aktion oder Ihrer politischen Ausrichtung (»Wut rauslassen, in die Offensive gehen, Faschos angreifen!«) habt, dann schreibt das. Sie aber zu ignorieren, find ich unsolidarisch und typisch.

Ein Leser

Info: *Hallo Leser!*

Du hast recht, wenn du feststellst, das die Frauen/Lesben Aktion nicht erwähnt wurde und ich kann dazu nur sagen, daß ich es wirklich vergessen habe. Als ich Deinen Brief gelesen habe, habe ich erstmal ganz ungläubig nachgeschlagen, da ich mir sicher war, daß ich die Sache erwähnt habe. Ich beziehe mich ja auch einige Zeilen später auf diese Aktion mit den Sätzen: »Wenn ein Jugendklub ..., zerstören, ... Das mag in einigen Fällen richtig sein, auf jeden Fall muß dann aber »Aufbauarbeit« geleistet werden, ... «

Damit ist auch schon die Kritik an der Aktion in Sätze gefaßt, denn auch in ihrem »Bekennerinschreiben« gehen die FrauenLesben in keiner Weise näher auf den Klub ein und warum sie ihn platt gemacht haben (nicht jedeR weiß, daß sich dort u.a. Nazis treffen, die AnwohnerInnen auch nicht unbedingt). Die FrauenLesben haben nicht nur Priem und Konsorten ihre Freitagsdisko zerstört, sie haben auch den Jugendlichen des Kiezes ihren Treffpunkt zerstört.

Jugendliche aus dem Auerklub haben einen langjährigen Freund von mir umgebracht, darüber bin ich verdammt wütend. Trotzdem habe ich mich daraufhin mit der Zusammensetzung der BesucherInnen des Auerklubs auseinandergesetzt und da kam auf alle Fälle raus, das nicht alle faschistisch drauf sind, daß es kaum Kontakte zwischen den Freitags-Nazis und dem restlichen Auer-Publikum gab, und das von dem »normalen« Publikum die Leute auch unterschiedlich drauf sind.

Zum Althans-Artikel, Info 20a:

Liebe Leute von Antifa-Info

Glückwunsch zu Euren neuen Ausgaben des Antifaschistischen Infoblatt 20a/b. Gut fand ich vor allem den Bericht über die »Anti-Antifa« im 20b und die vielen wichtigen Informationen über Neo-Nazi-Führer und Nazi-Aktionen.

Äusserst bedenklich finde ich jedoch die Darstellung von Neo-Nazi-Größen als Idioten, als 'Narzisten', etc. So z.B. im 20b S. 5, daß der FAP-Neonazi Weidner Schwierigkeiten hat, seine Füße zu koordinieren. Leider kann ich über Nazis und deren Aktivitäten gar nicht lachen und finde eine solche witzige Darstellung als eine Verharmlosung dieser Neonazis und somit auch ihrer ganzen Aktionen und Organisierung.

Ich will das nochmal an dem Artikel über Althans deutlich machen, der in dieser Beziehung ganz schlimm war.

Ich halte Althans nicht für einen solchen Idioten, wie Ihr ihn darstellt (vielleicht stellt er sich ja auch absichtlich so idiotisch dar?!). Aber gehen wir mal davon aus, er ist ein solcher Idiot und 'Narzist', wie Ihr ihn beschreibt. Ist er dadurch weniger gefährlich als Kühnen es war, als Worch es ist? Hat er nicht tatsächlich wichtige Funktionen übernommen, als ein 'Führer' und Organisator der faschistischen Gruppen und Aktionen?!

Es ist doch geschickt für ihn, von den Antifas als harmloser Idiot dargestellt zu werden: 'So schlimm und gefährlich sind die Nazis doch gar nicht – sind halt nur Spinner. Ein ähnliches 'idiotisches' Bild könntet Ihr auch von anderen Nazi-Führern zeichnen, ebenso von Goebbels oder Hitler. Wem nützt also eine solche Verharmlosung?

Auch das Althans andere Nazis ausspielt, um sich an die Spitze der Bewegung zu setzen u.ä. (oder Niemann, der einen 'Kameraden' erschlagen hat), ist doch keine Frage von Idiotismus oder Yuppie-Verständnis, sondern eben ein Teil des Kampfes innerhalb der faschistischen Bewegung, wo sich am Ende die 'Besten' durchsetzen, die dann von der Bourgeoisie herangezogen werden können, um eine neue faschistisch-nazistische Diktatur zu errichten, wenn sie es für nötig hält.

Ich halte deshalb eine sachlichere Darstellung für sehr viel hilfreicher und besser. Auf Einschätzungen mit 'Unterhaltungswert' sollte verzichtet und das Wesentliche herausgearbeitet werden. Die Gefahr der Unterschätzung der Nazis wird dadurch vermieden.

Am Ende würden solche Artikel auch kürzer werden, die/der LeserIn hätte schneller einen Überblick (unterhalten will mensch sich damit ohnehin nicht) und Ihr würdet Platz sparen und hättet weniger Probleme, wie in Euren Vorworten geäußert.

(...)

mit antifaschistischen Grüßen

H., Besucher des Buchladen Georgi Dimitroff

Wir finden es schon sinnvoll, über einzelne Nazi-Funktionäre zu informieren und sie persönlich einzuschätzen. In eurem Althans-Artikel macht Ihr aber noch etwas Anderes: Ihr macht ihn runter, weil er patriachalen Männerbildern nicht entspricht und auch noch schwul ist. Ihr meint wiederholt, er sei »charakterlos«, »ein Charakterwrack«. Wie soll denn bitte ein Faschist mit Charakter aussehen?

Wenn wir uns Eure Kriterien ansehen, fällt uns dazu das Bild des »soldatischen Mannes« ein; zwar ein Faschist, aber ein ganzer Kerl, ein aufrechter Kämpfer. Mit solch einem (ebenbürtigem) Gegner kann man sich schlagen, während Althans zwar einer der wichtigsten GdNF-Kader ist, aber eben kein vollwertiger Mann.

Ein paar Beispiele: Althans sei »ein adrettes Jüngelchen, auf das jede Mami stolz wäre«. Ein Muttersöhnchen. Wir wissen doch: Auf die Mutterliebe kann der wahre Mann gut verzichten, denn er muß hinaus in den (antifaschistischen) Kampf. (Was ihn nicht hindert, periodisch eine Frau zu suchen, die ihn bemuttern bzw. reproduzieren soll, bis er dann schnell wieder hinaus muß in...)

Weiter: Althans sei ein »Dressman«, »Model«; »hübsche Vissage«. Ein Mann hat eben nicht schön zu sein, sondern hart. Nicht weiter verwunderlich, wenn manche Antifa-Macker und Nazi-Glatzen sich bis zur Verwechselung ähnlich sehen. Männermythen überwinden Fronten!

Dann setzt ihr Althans Kopf auf das Bild eines nackten, sich schamvoll windenen Mannes. Warum habt ihr noch keinen heterosexuellen Nazi nackt dargestellt oder versucht, ihn über Körperlichkeiten lächerlich zumachen? Reiner Zufall? (Die verwendete Originalzeichnung des schwulen Zeichners Ralf König zeigt übrigens tatsächlich einen Heterosexuellen und zwar einen von der Sorte, die fortwährend beteuern, sie hätten nichts gegen Schwule, um sie dann hintenrum doch anzugreifen.)

Eure Montage erinnert uns fatal an die schwulenfeindliche Kampagne von SPD und KPD gegen den schwulen SA-Chef Röhm. John Heartfield arbeitete dabei mit ähnlichen Montagen. Ihr meint, Althans sei charakterlos, weil er ständig zwischen den Nazi-Führern und Fraktionen taktiert. Fragt sich, was es mit Charakter zu tun haben soll, wenn andere Faschisten (treudeutsch!) bei ihren angestammten Fraktionen bleiben und den jeweiligen Ideologiemist (anders als Althans) auch noch glauben.

Übel finden wir auch, daß er sich als Schwuler 1986 (mit 20 Jahren) dem schwulenfeindlichen Anti-Kühnen-Flügel anschloß. Wir finden, daß sich nicht-schwule Zusammenhänge grundsätzlich kein Urteil darüber anmaßen können, ob, wie und wann ein Schwuler zu seinem Schwulsein zu stehen und andere zu unterstützen hat. Vieleicht wäre es angebrachter, sich mal Gedanken über Patriarchale Männerbilder und Schwulenfeindlichkeit in der Antifa zu machen, wie sie sich auf jeder Demo in Sprüchen zeigt. (Wir Männer in der Gruppe können uns da auch an die eigene Nase fassen. Unser Sarkasmus soll nicht überspielen, daß wir in der Patriachatsdiskussion auch erst am Anfang stehen und uns über niemand stellen können und wollen.)

Eine autonome Antifa-Gruppe aus Hannover



Ein Bericht von REFLEXes aus Paris

Wahlen in Frankreich:

Rechte im Aufwind

Die französischen Wahlen zur Nationalversammlung Ende März '93 haben einige interessante Ergebnisse hervorgebracht. Zuerst ist zu erwähnen, daß die extreme Rechte keinen einzigen Sitz für sich gewinnen konnte. Die größte Überraschung war, daß die einzige Abgeordnete der FRONT NATIONAL (FN), MARIE-FRANCE STIRBOIS, ihren Sitz in Dreux an die Gaullisten abgeben mußte, auch wenn ihr am Ende nur 105 Stimmen für ein Mandat gefehlt hatten. Zuvor galt es als sicher, daß sie gewinnen würde. JEAN-MARIE LE PEN gewann die erste Runde in Nizza mit Leichtigkeit, doch er verlor die zweite eine Woche später aufgrund von taktischen Wahlabsprachen, um ihn aus der Nationalversammlung heraus zu halten. Der Umstand, daß Le Pen in der ersten Runde 27,49% und 42% der Stimmen in der zweiten Runde für sich verbuchen konnte, gibt einigen Anlaß zur Besorgnis, auch wenn er diesmal nicht gewählt worden ist.



Ebenfalls in Nizza scheiterte Le Pens Vertrauter JACQUES PEYRAT beim entscheidenen zweiten Wahlgang äußerst knapp mit 48%, nachdem er in der ersten Runde schon 31% gewonnen hatte. Peyrat plant jetzt zur Wahl als Bürgermeister von Nizza anzutreten. Der FN-Vize BRUNO MEGRET stand in Vitrolles, einem Vorort von Marseille zur Wahl, wo er 49.5% im zweiten Wahlgang erhielt und den Sitz um Haaresbreite verlor. Auch der Familienclan Le Pens, der bei der KandidatInnenaufstellung bedacht worden war, zwei seiner Töchter, MARINE und MARIE-CAROLINE plus des Ehemannes der dritten Tochter JEAN-PIERRE GENDRON, scheiterte in der zweiten Runde. Mehr als 100 KandidatInnen der FN erreichten im ersten Wahlgang die erforderlichen 12,5%, die zur Teilnahme an der Ausscheidung berechtigen und waren in vielen Regionen die einzige Alternative in der Ausscheidung. Nur durch die Änderung des französischen Wahlgesetzes in ein Mehrheitswahlsystem blieb die FN ohne VertreterIn in der Nationalversammlung. Deshalb sind die Ergebnisse des ersten Wahlganges als der eigentliche Gradmesser für die Zustimmung in der Bevölkerung zu werten.

Der Umstand, daß die FN nicht mehr in der Nationalversammlung präsent ist, gibt keinen Anlaß zur Beruhigung. Die FN ist erstens immer noch auf lokaler, regionaler und der europaweiten Ebene gut vertreten. Und zweitens waren die Ergebnisse der FN in allgemeinen Wahlen die höchsten, die sie bisher erzielen konnte. Sie verbuchte dieses Jahr 12,5% der Stimmen (3.158.000 WählerInnen) für sich, gegenüber 9.7% 9im Jahr 1988. Drittens belegen Wahlanalysen, daß die FN vor allen für junge männliche Franzosen unter 25 Jahren attraktiv ist, für Kleingewerbetreibende, für die ArbeiterInnenklasse und jene, die sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt sehen. Die besten Resultate erzielte die FN in fünf Zentren Frankreichs: Der Ile de France (Paris und Vorstädte), in der Provènce Cote d 'Azur (Marseille und Nizza), im Rhone-Tal (Lyon), in Languedoc-Roussillon (Perpignan und Montpellier) und in Elsaß-Lothringen im Osten. Insgesamt schnitt die FN in Städten besser ab als auf dem Lande.

Der Wahlsieg der Konservativen

Schlußendlich bedeutet der eindeutige Wahlsieg der Konservativen, die 80% der Sitze erwarben, daß in den nächsten zwei Jahren die Bedingungen für ImmigrantInnen und andere Minderheiten verschärft werden. Die Konservativen traten mit einer Wahlplattform an, die versprach illegale EinwanderInnen verschärft zu verfolgen, neue Gesetze zur Beschneidung der Einwanderungsbestimmungen, zur Erweiterung der Polizei- Befugnisse und neue Sicherheitsgesetze zu erlassen. In zwei Jahren finden die Präsidentschaftswahlen statt und bis dahin muß sich der amtierende Präsident FRANCOIS MITTERAND auf eine äußerst unbequeme »Zusammenarbeit« gefasst machen. In den letzten Wochen hat die politische Rechte eine scharf geführte Diskussion über das Thema entfacht was die französische Nationalität ausmache und ob sie auf französisches Blut gestützt werden könne.

Die zerbrechliche Allainz zwischen der Gaullistischen RPR und dem »liberal-konservativen« Parteienbündnis UDF, die das entscheidende Gewicht in der Machtverteilung darstellt, sorgt jedoch dafür das die FN an den Rand gedrängt wird. Die Mehrheit der RPR kann aus Angst vor einem Koalitionsbruch der UDF nicht zu weit nach rechts schwenken. Die UDF könnte sich mit der »Linken« verbünden und die Unfähigkeit der RPR, die Geschicke der Regierung zu lenken, offen vorführen. Würde sich die RPR zuweit Rich-

tung politischer Mitte bewegen, dann nähme die Unterstützung für die FN weiter zu. Dies wird von der RPR auch nicht gewünscht wird, immerhin hatte sie geschworen Le Pen und seine Partei zu zerstören. Obwohl die Rechte diesmal ohne Bündnisse mit der FN an die Macht gelangen konnte, gelang es ihr nicht sie komplett zu zerstören. In der zweiten Wahlrunde war noch ein weiteres interessantes Phänomen zu beobachten. Dort wo die FN in der ersten Runde gescheitert war, splitteten die WählerInnen ihre Stimmen zwischen der Rechten, der Sozialistischen Partei oder enthielten sich der Stimme.

Auch verschiedene andere Parteien neben der FN stellten Kandidaten zur Wahl. Das lächerlichste war der verzweifelte Versuch von SERGE AYOUB, alias BASKIN, einer der penetrantesten Nazi-Skinheads Frankreichs. Nach einer Entscheidung für seine Partei JEUNESSE NATIONALISTE REVOLUTIONAIRE anzutreten, sammelte er heldenhafte 68 Stimmen (0.17%). Die ALLIANCE POPULAIRE, eine Splittergruppe der FN mit »revolutionärer Tendenz«, bekam im Durchschnitt weniger als 1% der Stimmen, trotz einer großen Anzahl von Kandidaturen. Eine denkenswerte Vorstellung. Keine der Minderheiten-Gruppen der extremen Rechten schaffte es, über die erste Runde hinaus zu kommen.

Minister mit Nazi-Vergangenheit

Zwei Minister des neuen französischen Kabinetts haben selbst eine faschistische Vergangenheit vorzuweisen. Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung ALAIN MADELIN war früher führendes Mitglied der Organisation OCCIDENT, eine faschistische Aktivistengruppe der 60-iger Jahre. Die Occident war für ihre extremistische Gewalt und weiße Vorherrschaftsideologie bekannt. Heute ist er in der Republikanischen Partei zu Hause, die innerhalb der UDF eine Schlüsselpartei einnimmt. Außerdem war er zusätzlich noch Mitglied der anti-kommunistischen Denkfabrik INSTITUT d'HISTOIRE SOCIALE. GERARD LONGUET ist heute Industrie-Minister und war ebenfalls Mitglied der Occident, wo er eine Vorgeschichte als gewaltätiger Aktivist hat, mit einer besonderen Vorliebe für das Schwingen von Eisenstangen gegen Leute, die nicht mit ihm übereinstimmt haben. Auch er sitzt heute für die Republikanischen Partei im Kabinett.

Die antifaschistischen und antirassistischen Gruppen warten noch ab, wie sich die FN zu dem Ausgang der Wahlen verhalten wird, abgesehen von der Tatsache, daß Le Pen angesichts des Verlustes von Repräsentation im Parlament schier wild geworden war. Heute ist es noch ungewiß ob die FN ihre Politik ändern wird um damit ihre Wählbarkeit zu erhöhen.

Nach den Wahlen: Rassistische Polizeimorde und Krawalle

Zehn Tage nach den Wahlen explodierten in Paris die schwersten Unruhen von ImmigrantInnen seit der Zeit der letzten französischen Rechts-Regierung 1986-87. Der Ärger begann am 4.April im Ostfranzösischen Chambéry als die Polizei einen 18-jährigen wegen Verdachts auf Autodiebstahl festnahm und im Polizeigewahrsam erschoß. Gleich zwei Tage später wurde ein 17-jähriger Schwarzer aus Zaire mit dem Namen Makome, der wegen Ladendiebstahls festgenommen worden war, ebenfalls ermordet. Dieses fand statt im 18. Distrikt im Norden von Paris, wo hauptsächlich ImmigrantInnen leben. Der verhörende Polizist setzte seine Pistole an die Schläfe des Jugendlichen und drückte ab. Später behauptete er, daß er den Jungen »nur erschrecken wollte«. Als diese Meldung am nächsten Tag bekannt wurde, entwickelte sich vor der Polizeistation in der Makome ermordet worden war, eine Straßenschlacht. Am 8.April griffen die Aktionen auf Lille, inklusive des Vorortes Tourcoing über, wo zuvor ein junger Algerier von einem betrunkenen Polizisten erschossen worden war. Insgesamt dauerten die Krawalle vier Tage bis zum Abend des 10 Aprils. Die geplante Demonstration wurde verboten, jedoch trotzdem mit einigen hundert Leuten auf den Straßen des 18. Bezirkes durchgeführt. Es gab 70 Festnahmen und sechs Verfahren wegen Waffenbesitzes und Landfriedensbruch.

Die Todesschüsse kurz nach den Wahlen und die anschließenden Krawalle können als ein Vorgeschmack, auf das was noch von der neuen Rechts-Regierung zu erwarten ist, angesehen werden. Kurz vor Makome's Tod fand in den Straßen des 18. Distriktes eine Großrazzia der Polizei statt, unter dem Vorwand gegen Rauschgiftdealer vorgehen zu wollen. Durch das rassistische Gesetz, daß jede/r eine Identitätskarte mit sich führen muß, verhaftete die Polizei jedoch hauptsächliche illegal lebende EinwanderInnen. Die Razzia wurde direkt vom Innenminister CHARLES PASQUA angeordnet, der dieses Amt schon von 1986- 1987 innehatte. Mit dem Unterschied, daß sich Pasqua diesmal von der Polizeigewalt distanziert hat, indem er betonte, daß die Polizei nur bewaffnet sei, um die BürgerInnen zu schützen, jedoch nicht um sie zu terrorisieren. Er ließ verschiedene Polizisten beurlauben, wovon gegen Einen wegen Mordes ermittelt wird.

Nazi-Skin-Treffen in Paris

SERGE AYOUB organisierte am 5.März 93 in Paris ein Treffen, zusammen mit Boneheads der VENCTO

Mister Le Pen, lassen sie uns sie zum Wahlbüro begleiten (Searchlight, 4/92)



FRONT (Italien), BLOOD AND HONOUR (England) und der DEUTSCHEN ALTERNATIVE. Es erschienen rund 150 Nazis aus verschiedenen Ländern, inklusive aus Kroatien. 70 wurden wegen verschiedener Anschuldigungen, meistens wegen Trunkenheit oder Personalienfeststellungen, festgenommen und drei von ihnen wegen des Tragens von Nunchakus festgesetzt. Das Treffen war von der Polizei verboten worden, die in Frankreich die Skins nicht gerade mag. Doch Ayoub schaffte es, einen Ausweichort außerhalb Paris zu organisieren und dort trafen sich dann 140 Boneheads am Freitagabend. Als Redner traten zwei belgische Nazis in Erscheinung: Der Geschichtsrevisionist OLIVIER MATTHIEU und HERVÉ VAN LACTHEM von der belgischen Boneheadgruppe ASSAULT. Während des Treffens wurde »Sieg-Heil-« und »Rostock Non-Stop«- gerufen. ■



»Reflexes« wird von R.E.F.L.E.X. in Frankreich herausgegeben.

Zu bestellen bei:
Reflex,
14 rue de Nanteuil,
75015 Paris
Tel: 42 50 99 43

Ein Abo kostet mindestens 100 Franc, außerhalb Frankreich plus 20 F.

ÖSTERREICH

Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Kroatien-Söldner

Österreichischen Söldnern in Jugoslawien droht die Aberkennung der Staatsbürgerschaft, schreibt das österreichische Innenministerium in seinem Magazin INNERE SICHERHEIT in der Januar/Februar-Ausgabe. 32 des Staatsbürgergesetzes verpflichte die Landesregierung, ein Verfahren zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft einzuleiten, wenn ein Österreicher in den Militärdienst eines anderen Staates eintrete. Fünf solcher Verfahren gegen ex-Söldner würden bereits laufen; mit hoher Wahrscheinlichkeit werden sie mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft enden.

Das »Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes« (DÖW) ist 30 Jahre alt!

1963 wurde von wenigen ehemaligen Widerstandskämpfer/innen das DÖW in Wien gegründet. Mit der Zeit entwickelte sich eine im In- und Ausland anerkannte wissenschaftliche Institution, die ein vielfältiges Tätigkeitsfeld aufweist: Es reicht von der Dokumentation des Widerstandes, der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen und Verbrechen, Flucht, Exil, Holocaust, bis zur Bekämpfung des aktuellen Rechtsextremismus. Archiv, Bibliothek, diverse Spezialsammlungen, wissenschaftliche Forschungen und Publikationen, Ausstellungen, Führungen, zeitgeschichtliche Aufklärung, insbesondere für SchülerInnen und Jugendliche, zuletzt immer stärker die Auseinandersetzung mit dem Neonazismus, mit »revisionistischer« Geschichtsfälschung und rassistischer Propaganda – das sind die wichtigsten Aufgabenbereiche des DÖW.

Die Adresse ist: DÖW, Wipplingerstr. 8 (Altes Rathaus), A-1010 Wien

Spenden können auf das Konto: CA-BV Wien 21-44376 bzw. BAWAG 100-17-407-983 eingezahlt werden.

Bullenterror in Linz!

Am 21. November 1992 kam es im Linzer Neustadtviertel zu einer Auseinandersetzung zwischen kurdischen, türkischen und österr. AntifaschistInnen und Aktivisten der grauen Wölfe, wegen der geplanten Eröffnung einer Moschee und eines angeschlossenen faschistischen Lokals. Die Situation eskalierte und es kam zu einer regelrechten Straßenschlacht zwischen Bullen, Grauen Wölfen und AntifaschistInnen, bei der mehrere Autos der Wölfe zerstört wurden.

Dieser Konflikt wurde daraufhin in der Berichtersstattung der bürgerlichen Medien als Auseinandersetzung zwischen »linken« und »rechten« Türken verfälscht, oder einfach entpolitisiert und als »Türkenkrawalle« bezeichnet. Dies paßte natürlich hervorragend in die rassistische FP- AusländerInnenkampangne und unter massiven Druck der FPÖ (insbesondere Hans Achatz) und der aufgehetzten Öffentlichkeit, wurden sofortige Maßnahmen gefordert.

Die wichtigsten Punkte dieses Maßnahmenkatalogs sollten zusätzliche Bullenstreifen, ein weiters Wachzimmer, schärfere Überwachung ausländischer Vereine und eine verstärkte Überprüfung der Aufenthaltsgenehmigungen sein.

In Linz kam es kürzlich zu einer Diskussion zwischen Innenminister Löschnak, BürgerInnenmeister Dobusch, Bullenpräsident Stark und den BewohnerInnen des Neustadtviertels. Löschnak bezeichnete sich natürlich als »Ausländerfreund« und unser Bullenpräsident gab folgenden lächerlichen Satz von sich: »Die Linzer Polizei behandelt alle Menschen gleich.« In Wirklichkeit sieht das natürlich ganz anders aus und die Erfüllung des Sicherheitsmaßnahmenpakets hat zu regelrechtem Bullenterror geführt.

Im Neustadtviertel werden die kurdischen Vereine und Lokale bis zu 5(!) mal am Tag kontrolliert. Die Bullen gehen dabei äußerst brutal (teilweise mit vorgehaltener Waffe) und beleidigend vor. Lokale der Faschisten werden aber nur oberflächlich mit einem Blick durchs Fenster »kontrolliert«, obwohl die Grauen Wölfe dort Kampfsportübungen abhalten. Die kurdischen Lokale werden auch ununterbrochen von den Wölfen angezeigt. Ein Heim mit vorwiegend türkischen, kurdischen und ex- jugoslawischen BewohnerInnen wird auch jeden Tag mit Bullenbesuch »beglückt«. Einmal wurde dieses Heim sogar von einem Sonderkommando (vermummt, mit Schildern und vorgehaltenen Waffen) »überfallen«, wobei gezielt nach ausländischen FreundInnen, die sich illegal hier aufhalten, und GenossInnen mit PKK-Mitgliedschaft gesucht wurde. Dabei waren die Staatsbüttel leider ziemlich erfolgreich, denn alleine in den letzten

2 Monaten wurden an die 30 KurdInnen und TürkInnen abgeschoben.

Unsere ausländischen GenossInnen haben den Verdacht geäußert, daß der bei den Bullenverhören anwesende Dolmetscher für die türkische Geheimpolizei arbeitet, da er auch von den Bullen nicht gestellte Fragen stellt, und sich ganz besonders für das Umfeld der Betroffenen interessiert. Der Verdacht konnte noch nicht bestätigt werden, doch es würe nicht besonders überraschen, da der türkische Außenminister bei seinem vorletzen Besuch der österreichischen Regierung seine volle Unterstützung im Kampf gegen die PKK angeboten hat.

Bei seinem jüngsten Besuch konnte er die Aufhebung des Einreiseverbots, der im Nov. 92 abgeschobenen Faschisten (in ihrer Heimat wurden sie als Helden gefeiert!) erwirken. Das Aufenthaltsverbot gegen die beiden kurdischen Antifaschisten wurde allerdings nur provisorisch aufgehoben. Den beiden droht also weiterhin die jederzeitige Ausweisung.

Prozeß gegen Küssel

Die Termine im Prozeß gegen GOTTFRIED KÜSSEL (VAPO-Führer und einer der GdNF-Organisationsleiter) stehen jetzt fest: 17.Mai und die Woche vom 5. bis 9.Juli. Von Seiten Küssels dürfte es zu einem Eiertanz kommen. Wir sind gespannt, wie der großmäulige »Führer« seinen »Kameraden« erklärt, warum er am 29.April 1992(!) bei der Haftprüfung angeboten hatte, bis Prozeßende von jeglicher politischer Betätigung abzuschwören.

FPÖ-Liste sorgt für guten Draht zu Rechtsradikalen

Die Kandidatenliste der FPÖ zu den Landtagswahlen in Niederösterreich weist auf den ersten acht Plätzen gleich fünf Personen mit Querverbindungen zur rechtsradikalen Szene auf. Platz 2 hat HANS-JÖRG SCHIMANEK inne, der Vater des gleichnamigen GdNF-Kaders. Der auch nicht gerade fortschrittliche Vater hat immer die Hand schützend über die faschistischen Aktivitäten seines Sohnes gehalten. Auf Platz 4 folgt EDWIN RAMBOSSEK, der auf dem Kameradschaftstreffen der KAMERADSCHAFT PRINZ EUGEN als »Ehrengast« firmierte, zusammen mit dem SS- Offizier WALTER REDER, dem »Schlächter von Marzabotto«. Die Kameradschaft »Prinz Eugen« schaffte es immerhin, wegen Rechtslastigkeit aus dem Österreichischen Kameradschaftsbund ausgeschloßen zu werden, wahrlich keine leichte Übung. Platz 5 repräsentiert BARBARA ROSENKRANZ. Ihr Ehemann kandidierte zusammen mit dem Faschisten Honsik 1990 auf der wegen NS-Wiederbetätigung verbotenen WAHLLISTE NEIN ZUR AUSLÄNDERFLUT. Nach seiner gescheiterten Kandidatur finden wir JAKOB ROSENKRANZ im VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER GANZEN WAHRHEIT wieder, in dessen Vorstand sich 1990 vier Leute aus dem VAPO-Umfeld befanden. WOLFGANG HABERLERs (Platz 6) und ALOIS PREISZLERs Ansichten lassen sich in dem rechtsradikalen Blatt DER VÖLKERFREUND von HERBERT FRITZ nachlesen. Preiszler ist auch ein Besucher der Feiern der KAMERADSCHAFT IV, einer Vereinigung von Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS.

Ochensberger in Auslieferungshaft

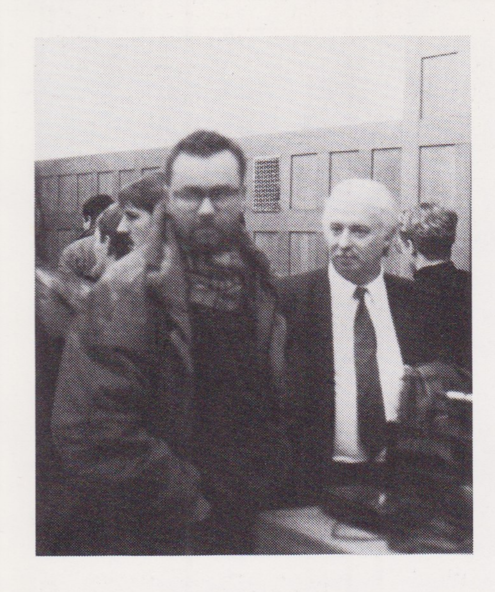
WALTER OCHENSBERGER, der »Schriftleiter« des Hetzblattes SIEG, sitzt in Kiel in Auslieferungshaft. Die Kieler Justiz muß feststellen, ob ein bundesdeutscher Paragraph dem österreichischen NS-Verbotsgesetz entspricht. Ochensberger wurde letztes Jahr in Österreich zu zwei Jahren Haft wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt. Bevor das Urteil rechtskräftig war, setzte er sich nach Spanien ab, von wo aus der SIEG jetzt über die spanische Faschistenorganisation CEDADE verschickt wird. Bevor Ochensberger mit einem Schiff aus Litauen kommend verhaftet wurde, hatte er sich u.a. im russischen Kaliningrad aufgehalten. In der litauischen Stadt Kaunas verfügen die österreichischen und bundesdeutschen Neonazis bereits über eine Druckerei. Ochensberger verkauft 500 DM-Anteilsscheine für eine Druckerei, die an eine Briefkastenfirma auf den britischen Virgin Islands zu schicken sind (Direktor ist Walter Ochensberger). Aus der Kieler Haft versendet der »politisch Verfolgte« Ochensberger schwülstige Briefe an seine Freunde. Allein zu fühlen braucht er sich nicht - liegt doch in der Zelle gegenüber, wie er schreibt, der Attentäter von Mölln.

Österreichischer Auschwitzlügner hat sich abgesetzt

GERD HONSIK (52), als Herausgeber des Hetzblattes HALT bekannt, hat sich Ende letzten Jahres ins Ausland abgesetzt, nachdem er im vergangenen Mai zu eineinhalb Jahren Knast wegen »Wiederbetätigung«(im NS-Sinne, in Österreich gibt es einen entsprechenden Strafbestand) verurteilt worden war. Dieses Urteil aus erster Instanz ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

Damit tritt Honsik in die Fußstapfen von Walter Ochensberger (52), der Unterschlupf bei der CEDADE in Spanien gefunden hatte. Von dort verschickte der »Schriftleiter« Ochensberger das Fascho-Blattes SIEG. Honsiks Verurteilung wegen Wiederbetätigung basiert auf dem Gutachten des Zeitgeschichteprofessors Gerd Jagschitz. Die Kosten für das Jagschitz-Gutachten, immerhin 2,1 Mio. Schilling, will Honsik nicht übernehmen.

Honsik beklagte sich in einer HALT-»Notausgabe« vom Dezember 1992 darüber, daß TJUDAR RUDOLPH (81), der an Honsiks Stelle den presserechtlich Verantwortlichen mimt, in der BRD »zwangspsychiatrisiert« worden sei. Als nächstes Projekt kündigte Honsik ein »Enthüllungsbuch« über den »Wiedergutmachungsbetrüger Szymon Wizenthal« an mit dem Titel: »Schelm und Scheusal«.





Walter Ochsenberger (rechts) und GdNF-ler Kai Dalek aus Kronach (oben)
Gerd Honsik, Herausgeber von »Halt«, hat sich nach Spanien abgesetzt (unten)

Schweden

Die größte schwedische rechtsradikale Partei, die SD (Sverigedemokraterna) hatte in der letzten Zeit nicht so sehr viel Glück: Nachdem ihr die Anmietung einer großen Stadthalle in Stockholm am 29. November verboten worden war, war sie am selben Tag von Antifas vom Vorplatz der Stadthalle verjagt worden. Die Partei, die von erheblichen internen Querelen geplagt wird, verkündete daraufhin, in Zukunft nicht- demokratische Methoden anwenden zu wollen. Die SD versucht nach dem Vorbild der französischen Front National als moderate Partei aufzutreten. In der letzten Zeit traten Parteimitglieder jedoch zunehmend offen faschistisch auf. Zudem gibt es Berichte über bestehende Kontakte mit der rechtsterroristischen Organisation VAM (»Weißer Arischer Widerstand«). AntifaschistInnen in Stockholm haben mit einer Kampagne gegen die Parteizentrale begonnen. Mit einigem Erfolg war im letzten Jahr bereits eine Kampagne gegen faschistische Propaganda auf der Straße durchgeführt worden.

NORWEGEN

Bombe gegen Jugendzentrum

Am Silvesterabend wurde an die Außenwand des autonomen Jugendzentrums Blitz in Oslo eine Zeitbombe mit Dynamit gelegt. Die Bombe explodierte um 3 Uhr morgens. Obwohl sie professionell gebaut war, verursachte sie glücklicherweise keinen ernsthaften Schaden, da sie falschrum plaziert wurde. Das Jugendzentrum Blitz ist bekannt für seine militanten Aktionen und Demonstrationen gegen jegliches Auftreten von Nazis. Die Täter sind bisher unbekannt, kommen aber vermutlich aus der kleinen Naziszene Norwegens.

5000 gegen Rassismus

Am 30. Jan. 1993 beteiligten sich in Bergen, Kristiansand, Trondheim und Oslo 5000 Menschen an Demonstrationen, organisiert von AMOR (Aktion gegen Organisierten Rassismus) und SOS Rassismus. Die Demos standen unter dem Motto: »Kampf dem Rassismus, zuhause und am Arbeitsplatz; Die norwegische Flüchtlingspolitik ist eine Schande - laßt sie kommen, laßt sie bleiben; Nie wieder - Stoppt die Nazis!« und wurden unterstützt von über 80 Organisationen, Schulen, Politischen Parteien, Gewerkschaften und der Norwegischen Kirche.

Massendeportationen von Kosovo-Albanern

Die Norwegische Regierung hat, trotz anhaltender Menschenrechtsverletzungen in der von Serben kontrollierten Kosovo-Provinz, die Deportation von 1200 Kosovo-Albanern beschlossen, deren Asylantrag abgelehnt worden war. Gegen die Entscheidung der Regierung fanden im ganzen Land Protestdemonstrationen statt. 14 Kosovo-Albaner haben in Tromso Schutz in einer Kirche gefunden und mit einem Hungerstreik begonnen. Die Bischöfe des ganzen Landes haben ihre volle Unterstützung des Hungerstreikes zugesichert. In Trondheim haben Aktivisten vier Familien versteckt um ihre Abschiebung zu verhindern. Bei einer Umfrage sagten 60% der Befragten, daß sie die Kircheninitiative zum Schutz der Flüchtlinge unterstützen, 52% sprachen sich gegen die Deportation der Kosovo-Albaner aus. Trotzdem hält die Regierung an ihrer Entscheidung fest und trifft erste Vorbereitungen für die Massendeportationen.

Späte Verurteilung

Zweieinhalb Jahre nachdem ARNE MYRDAL (s. Kasten) einen gewalttätigen Angriff gegen Antifas anführte, die gegen das Jahrestreffen der FMI in Fevik protestierten, wurde er vor Gericht gestellt. Anklage wurde erst nach massiver öffentlicher Kritik erhoben. Obwohl Myrdal behauptete sich nur selbst verteidigt zu haben wurde er zu sieben Monaten verurteilt. Außerdem war ARILD ELVVSVEEN angeklagt u.a. gewalttätiger Angriffe auf Antifas in Fevik 1990 und Brumunddal 1991. Er wurde zu 90 Tagen Gefängnis verurteilt.

Aus der Stadt gejagd

In Eidsvoll versuchte sich eine Gruppe von 15 Neonazis in Uniform zu rächen, weil einer ihrer Mitglieder zusammengeschlagen worden war. Sie wurden von ca. 300 wütenden Jugendlichen aus der Stadt gejagt.

Niederlande

Flugis gegen SS-Angehörige

In Groningen wurden Flugblätter mit Namen und Fotos ehemaliger SS-Angehöriger in deren Nachbarschaft verbreitet. Einer dieser SS-Leute ist JAN SCHOONDERBEEK, Chef der niederländischen HIAG.

Weiter so...

Am 4.2.93 wurden von der niederländischen Polizei in Koekange, einem winzigen Dorf in Drenthe, 8000 (!) Disketten mit rassistischen und diskriminierenden Computerspielen beschlagnahmt.

Märchen von dem Land, in dem ohne Asylsuchende alles besser wurde

Es war einmal ein Land, das lag zwischen Elbe und Mut, zwischen Rhein und Raus, und man nannte es Deutschland. Die Menschen dort hatten große Angst, denn König Helmut hatte den Staatsnotstand ausgerufen, weil - ungeheuer - viele Asylanten Einlaß begehrten; so viele, daß je 160 Deutsche von einem Asylanten umzingelt wurden. Außerdem konnten die Asylanten zaubern, denn sie waren gleichzeitig so faul, daß sie den Deutschen auf der Tasche lagen und so fleißig, daß sie den Deutschen die Arbeitsplätze wegnahmen.

So sahen die braven Bürger - ungeheuer - schwarz und rot und gelb und grün. Da beschloß der tapfere König Helmut, zusammen mit dem tapferen Junker Björn, das Ungeheuer zu vertreiben; und sie schlugen mit Schnellverfahren und Sozialhilfekürzungen um sich, bis das Grundgesetz sehr schwer verletzt war, und auch der letzte Asylant nach Hause ging.

Das war der glückliche Tag, an dem sich plötzlich alle Sorgen auflösten in Wohlgefallen. Die Häuflein in den deutschen Vorgärten stammten fortan nur noch von deutschen Schäferhunden. Beim Einkauf waren die Menschen sehr froh, alldieweil sie dort all die lekkeren Büchsen und Dosen wieder ganz für sich alleine hatten.

Die Wohnungsnot war zu Ende, denn glückliche deutsche Familien zogen in die Asylantenbaracken. Sie machten dort alles sehr gemütlich und gründeten den Wettbewerb »Unser Containerdorf soll schöner werden«. Die Krankenkassen sparten soviel Geld, daß der Durchschnittsbeitrag statt 153 Mark 80 nur noch 152 Mark 50 kostete.

Unser Schatzkanzler Theo war plötzlich so reich, daß er versprach, die Mehrwertsteuer zu senken - und zwar von 15 auf 17 Prozent. Den bösen Skinheads aber wuchsen all die Haare nach, die ihnen die Asylanten vorher vom Kopf gefressen hatten. Sie wurden zu friedlichen Blumenkindern, und aus ihren Baseballschlägern sprossen grüne Zweiglein. Fortan entsagten sie der Gewalt und halfen statt dessen alten Omas und Behinderten höflich um die Ecken.

Was aber, liebe Leute, geschah mit den Asylanten? Die wären glücklich und zufrieden zurückgekehrt in die Elendsviertel, Gefängnisse und Folterkammern ihrer Heimat. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.

Südafrika-Komitee-Köln
(entnommen aus: Eulenspiegel Nr.43, 1993)

